

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1942.

Sonnabend, den 17. Februar 1906.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1944.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnement: Preis pränumerando:  
Wochenblatt 3,50 M., monatl. 1,10 M.,  
tatsächlich 26 Bg. frei ins Haus.  
Einzeln. Nummer 5 Bg. Sonntags-  
nummer mit illustrierter Sonntags-  
beilage „Die Neue Welt“ 10 Bg. Post-  
abonnements: 1,10 Mark pro Monat.  
Eingetragen in die Post-Zeitungs-  
Preisliste. Unter Kreuzband für  
Deutschland und Oesterreich 4 Mark,  
für das übrige Ausland  
5 Mark pro Monat.

Erhältlich täglich außer Montags.

**Die Interaktions-Gebühr**  
Beträgt für die schlaggehaltene Koloniel-  
zeile über deren Raum 40 Bg. für  
politische und gesellschaftliche Vereins-  
und Berichtsangelegenheiten 25 Bg.,  
„Kleine Anzeigen“, das erste (Zett-  
gedruckte) Wort 10 Bg., jedes weitere  
Wort 5 Bg. Worte über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte. Preisliste für  
die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr  
nachmittags in der Expedition abgegeben  
werden. Die Expedition ist an Sonntags-  
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
Feiertagen bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegraph-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

### Heinrich Heine.

Die fünfzigste Wiederkehr des Tages, an dem Heinrich Heine im Exile starb, wird von der bürgerlichen Presse mit großem Geräusch begangen. Nicht von der ganzen bürgerlichen Presse. Die konservativen und ultramontanen Kreise hassen den Dichter, dessen rosenumwundene Klänge unter den Rückschrittler und Finstertingler so furchtbar aufträumte, noch heute mit dem wohlverdienten stupid-ehrlichen Haß wie nur jemals. Ihnen ist der genialste Satiriker und größte Lyriker der deutschen Literatur ein sittenloser Jude, ein frecher Umstürzler, ein frivoler Lasterer von Thron und Altar, ein charakterloses Individuum, das leider einen jugendbetörenden, volksverderbenden Einfluß dadurch erlangte, daß es das Talent besaß, seine Ironismen in eine stilistisch blendende, epigrammatische Prosa oder in graziose, geistreiche Verse zu kleiden. Aber diese seit Wolfgang Menzels Tagen allbekannten, längst stereotyp gewordenen Schmähungen der reaktionären Presse werden lärmend überdönt durch die Lobeshymnen der eigentlichen Bourgeoispresse. Diese liberale Presse begnügt sich nicht mit ein paar Jubiläumsartikeln: schon wochenlang genießt der tote Dichter journalistische Ehren, wie sie freilebiger kaum der meistgenannten lebenden Tagesgröße, dem Raubmörder Hennig, zuteil geworden sind. Trotz all dieses Lobesgeschwärmes will es uns freilich dünken, als ob der verböhrte, aber aufrichtige Haß unserer Reaktionäre dem Dichter zu weit höherem Ruhm gereicht als die unverschämte gönnerhaften Elogen, die die Kasse und Konferten dem poetischen Revolutionär darbringen lassen.

So wenig Heine mit den udermärktischen Stranden, mit den Stöcker oder Bachem gemein hat, so wenig Seelen-gemeinschaft verbindet ihn doch auch mit dem liberalen Selbstprogenium in Berlin W. Diese „aristokratischen“ Nachfahren des Marchese Gumpelino, die in dem ihnen von Herrn Woffe servierten Leibblatt mit patriotischer erglühendem Stolz lesen, daß wieder einmal einer von ihren Leuten coursfähig geworden ist oder daß die deutsche Prostitution der französischen in Monte Carlo merklich Konkurrenz zu machen beginnt — diese öden Geld- und Genüßmenschen sehen Heinrich Heine ebenso wellenfern wie das kümmerlichste Heftoppländchen. Man soll sich durch den Begeisterungsschwund der Bourgeoispresse nicht irre machen lassen; die Gemeinde der wirklichen Heine-Berehrer ist unter den bürgerlichen Schichten in den letzten Jahrzehnten eher kleiner als größer geworden. Zu dieser Gemeinde rechnen wir natürlich nicht die journalistischen Kunsthandwerker, die täglich ihr Kapitel Heine lesen, um dem Dichter die stilistischen Handgriffe abzulernen und einem unwissenden Publikum dann durch das ausbringliche Zunkeln unechter Stilbrillanten zu imponieren. Noch weniger rechnen wir dazu die unsauberen Wesellen, die sich aus Heines Poesie die paar Pikantieren herausrauben, um vor ihresgleichen den Literaturkenner und Schwerehdörner zugleich spielen zu können. Diesem Geschicht wohnt ja der Dichter selbst den Spottvers:

Selten habt Ihr mich verstanden,  
Selten auch verstand ich Euch,  
Nur wenn wir im Kot uns sondeten,  
Dann verstanden wir uns gleich.

Die Gemeinde der wirklichen Heine-Berehrer innerhalb des Bürgertums besteht aus den jugendlichen Schwärmern, deren geistige Spannkraft sich durch den herkömmlichen Bildungsdrill nicht unterkriegen ließ und deren Idealismus nicht in der gemeinen Streberlei unserer Tage erstarrte. Sie besteht aus den Elementen, die gegen die langweiligen Spracherzittern unserer „humanistischen“ Bildungsanstalten rebellieren, weil sie nach den Erkenntnisfähigkeiten des klassischen Welt-rums hungert und in ihrer Phantasie das Ideal antiker Grickeharmonie lebt. Ihnen erklingt sofort eine verwandte Seele, wenn Heine in seiner Parzeise über den „engen trodenen Notzenstolz der hochgelahrten Georgia Augusta“ spottet. Sie besteht aus denjenigen, die jeden Freiheitskampf der Geschichte mit pochenden Puffen miterlebt haben, die beim Bastillesturm zugegen und mit dabei waren, als Robert Blum unter dem Standrechtsschleier auf der Briggittenau dahinsank — und die sich in dieser wunderlichen Zeit des Referendents und der Hohenzollern-bergogung nicht zurechtfinden können. Der elektrisierende Teummelwirbel des Monsieur le Grand, von dem Heine so rührend erzählt, der Marzeller Marzsch und das Ca ira, ca ira vibriert auch in ihren Herzen. Sie besteht endlich aus denjenigen, denen die Befriedigung ihrer ertölichen Bedürfnisse nicht ein glattes Handbetsgeschäft ist, denen sich die Liebe vielmehr als Mysterium offenbart, das Lebensrätsel und Weltanschauungskämpfe in sich faßt. Diese sentimental-unpraktischen Köpfe pflegen dann in den melancholischen Gewässern der Heineschen Croit zu schwelgen, sie gewahren dann die furchtbare, scheinbar unüberwindbare Weltanschauungskluft, die sich zwischen den Nazarenern und Hellenen aufst.

Es wäre sonderbar, wenn es nicht auch noch im heutigen Bürgerthum solche Idealisten gäbe, wenn sie auch nicht allzu zahlreich sein mögen. Aber dieser Idealismus verbleibt nur zu rasch mit den Jahren. Nichts bleibt von ihm zurück als eine romantische Jugenderinnerung. Man hat sich mit dem Bestehenden ausgeöhnt. Daß unser heutiges Bildungswesen keine Vollmenschen schafft, daß es kein harmonisches Bildungsideal kennt, ist ja richtig — aber, je nun, die Schule soll auch kein „leite b“ den, sondern brauchbare Staatsbürger erziehen.

Die höheren Schulen Beamte und dergleichen, die Volksschule anspruchslöse Proletarier, die sich in die Verhältnisse schiden. Ein Mensch von harmonischer Geistesbildung möchte sich ja zum Künstler ganz gut eignen, aber er wäre ganz undenkbar als Staatsanwalt oder als Strafenlehrer. Und die Freiheit ist ja auch etwas sehr Schönes — aber sie darf schließlich nicht schrankenlos sein. Sonst könnte es ja dem Proletarier einfallen, die gleichen Rechte und Lebensgenüsse zu verlangen, wie ein akademisch Gebildeter! Und hat es denn nicht seit jeher Arme und Reiche gegeben? Deshalb: zwar entschieden liberal, aber ob nicht das Dreiklassenwahlrecht ein notwendiges Bollwerk gegen die Massen ist und ob es nicht am Ende ganz gut wäre, wenn dem Volke etwas Religion erhalten bliebe, ist noch eine andere Frage. — Und hat nicht Heine selber die romantische Liebeschwärmerlei als „blöde Jugendehelei“ verspottet? Daß der Mensch ein Astet sei, verlangt ja auch kein vernünftiger Mensch. Der Mann kann sich ja amüsieren, soweit es sein Portemonnaie gestattet. Haben wir diese „freie Liebe“ nicht schon jetzt? Freilich, die Ehe darf nicht angetastet werden und von dem „anständigen“ Weibe muß nun einmal verlangt werden, daß es „rein“ bleibt. So denkt selbst das Gros derer, die einmal für und mit Heine geschwärmt haben — unendlich viel größer aber ist die Zahl derer, die von des Dichters Geist niemals auch nur einen Hauch verspürt haben.

Wer an Heine nur die künstlerischen Vorzüge schätzt, in ihm den feinen Verksünstler und den eleganten Stilisten verehrt, wird dem Dichter niemals gerecht. Nachdrücklich hat Heine selbst — man vergleiche den an anderer Stelle unserer heutigen Nummer enthaltenen Artikel über „Heines Weltanschauung“ — betont, daß seinem ganzen Schaffen eine bestimmte, polemisch zugespitzte Weltanschauung zu grunde liege. Und es war durchaus keine Kofetterie, wenn Heine ein andermal sagte, daß man, wie immer man auch seine Poesie beurteilen möge, ihm den Ruhm nicht streitig machen könne, ein braver Soldat im Befreiungskampfe der Menschheit gewesen zu sein. Heine war es mit seinem Kampfe gegen politische und soziale Knechtung, gegen pöfische Verdummung und sexuelle Heuchelei bitterer Ernst, das Ideal einer freien, glücklichen, frohen Lebensgenüß ergebenen Gesellschaft „gleich-befehliger Götter“ war ihm ein hehres und heiliges. Dieser psychischen und sozialen Grundstimmung entsprang seine ganze Poesie, auf diesem Fundament ruht die ganze Pyramide seiner Philosophie und Aesthetik. Wer also von Heines Weltanschauung abstrahieren zu können glaubt, um Heine als „reinen Künstler“ genießen zu können, der sündigt nicht nur an dem Dichter, sondern auch an dem Denker Heine. Wer aber überlegen auf Heine als Denker herabzublicken zu können wähnt, der ist jedenfalls um seinen Geschmack nicht zu beneiden.

So zweifellos es ist, daß Heine heute moderner, lebendiger wirkt, als irgend ein anderer deutscher Dichter, so ist es doch nicht minder zweifellos, daß er als lebendige Kraft nur zu wirken vermag im modernen Proletariat, zu dem ja auch der Dichter selbst sich aus geistiger Wahlverwandtschaft hingezogen fühlte. Juweilen freilich spukte in Heines Vorstellung noch der Wahn von den modernen Barbaren, dem schönheits- und kulturfeindlichen Charakter der proletarischen Massenbewegung. Aber der Dichter überzeugte sich, daß die kunst- und schönheitsfeindlichen Tendenzen nur im Wesen des älteren Kommunismus lagen, daß jedoch das moderne Proletariat ebenso nach Schönheit und Wissen hungert, wie nach Brot und Freiheit. Und er begriff, daß die Menschheitsbefreiung nur vom Sozialismus zu erwarten sei. Und der Vorkämpfer der Geistesfreiheit, der Hohepriester des Kultus der Schönheit wurde auch zum Messias des Sozialismus!

Die Bourgeoisie denkt nicht daran, auch nur eines der Ideale Heinrich Heines zu verwirklichen. Sie schätzt ihn als den geistreichen Spötter, als Bundesgenossen gegen die Annahungen des Feudalismus und der Kirche. Seine vernichtende Kritik der Gesellschaft existiert für sie nicht. Seine positiven Ideale vollends sind ihr unsympathisch und bekämpfungswert. Desto rückhaltloser kann sich das moderne Proletariat zu dem wirklichen, dem echten, dem ganzen Heine bekennen. Hat auch das Proletariat dank seiner großen Lehrer Marx und Engels gelernt, in der Religion nicht die Ursache, sondern das Produkt der sozialen Verhältnisse zu erkennen, und erblickt es deshalb auch im ökonomisch-politischen Kampfe das wirksamste Mittel zur Entwurzelung der der Kapitalistenklasse so genehmen nazarenisch-weltfeindlichen Weltanschauung — die Weltanschauung Heines ist gleichwohl die des modernen Proletariates! Gleich Heine glaubt es, daß alle Menschen, gleichgeboren, ein abliges Geschlecht sind, und daß es hienieden nicht nur Brot, sondern auch Schönheit und Lust genug für alle Menschenkinder gibt! So ist Heine dem Proletariat wert als Kämpfer und Künstler, er ist ihm Schwert und Flamme.

Auf Heine und seine poetische Mission speziell für das sozialistische Proletariat paßt am besten die Charakteristik, die er selbst einmal von sich gegeben:

Ich bin das Schwert, ich bin die Flamme.

Ich habe Euch erluchtet in der Dunkelheit, und als die Schlacht begann, socht ich voran, in der ersten Reihe.

Rund um mich her liegen die Leichen meiner Freunde, aber wie haben gesiegt. Wir haben gesiegt, aber rund umher liegen die Leichen meiner Freunde. In die jauchzenden Triumphefänge

lönen die Choräle der Totenfeier. Wir haben aber weder Zeit zur Freude noch zur Trauer. Auf's neue erklingen die Trommelen, es gilt neuen Kampf. —

Ich bin das Schwert, ich bin die Flamme!

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. Februar.

#### Weinberedelung und Weinstener.

Große Quantitäten edlen Nebenstoffes führen große Quantitäten des edelsten Metalles in die Taschen der Weinbergsbesitzer oder Händler, selten oder nie in die des weinproduzierenden Weinbergarbeiters. Die Wandelung des Weins in Gold hat aber auch Grenzen, auch die Vermehrung des Urstoffes durch Streckungen durch allerhand unangenehme „Verschönerungsmittel“. So ist es erklärlich, daß die mit der geschlechterischen Loga beledeten Weinbauern des Reichstags — just wie einst Sordorius — in heiliger Entrüstung die Hilfe des Staates dagegen anrufen, daß die Chemie milder gute Sorten deshe, strecke, ändere — natürlich nur bei anderen, beim Nachbar oder beim Händler. Den Umstand, daß guter Wein reines Gold dem glücklichen Besitzer des sonnig gelegenen Weinberges schafft und daß Wein ein ganz besonderer Saft, will der junkerliche Protektor der notleidenden Großwinger zur Einführung einer Weinstener benutzen. Es klingt so hübsch populär, von einer Weinstener zu reden. Dann vergißt so mancher, daß die gerechteste Steuer allein die nach der Höhe des Einkommens und Vermögens bemessene ist.

Die Herren Agrarier meinen: verhängt über den Wein fiskalischen Damm, legt ihm eine Steuer auf und bestellt den Steuererheuter als Wächter der Ehrlichkeit und Keuschheit. Dieser Vorschlag könnte auf die so beglückten Weinbauern schlimmer wirken als der sauerste Wein. Diese Folgen setzte Genosse David den Andächtigen der späten Nachmittagsstunde auseinander und fand dabei zornigen Widerspruch der Agrarier und ihrer Helfersbelfer, besonders als er charakterisierte, wie die Zoll- und Steuerfucht der Agrarier dem Volke allgemach alle edlen Genüsse veresse und die notwendigen einschränke.

Etwas voreilig erwiderte darauf der Zentrumsman Dr. Jäger, diese Zollpolitik habe Segen für Industrie und Landwirtschaft zur Folge, denn — die Wirkung des Zollwuchers sehe erst mit dem 1. März dieses Jahres ein, wenn die neuen Handelsverträge in Kraft treten. Und was inzwischen die samose Reichsfinanzreformkommission noch für ein Steuerkompositum zusammenpanzern wird, dürfte erst recht den „Segen“ des Zollwuchers in die Seele des Volkes brennen, wenn auch der Abg. Hug, Zentrum, der gegen eine Weinstener plädierte, die Meinung hat, in der Steuerkommission sei keine Keigung für eine Weinstener vorhanden.

Bis ans späte Ende des Beratungstages pendelte die Redelust zwischen den Stückfassern reinen und unreinen Weines hin und her. Schlechter Wein scheint sehr dauerhaft zu sein. Die Qualen, die schlechter Wein dem Magen zufügen kann, mußte der Mund des für reinen Wein Schwärmenden immer wieder und wieder auf den Zuhörer in wenig einladender Weise abzuladen.

Morgen soll beim Titel „Gesundheitsamt“ über andere Dinge geredet werden.

#### Kein Ausbau der Gewerbeinspektion in Preußen.

Auch unter dem neuen Handelsminister ist ein Ausbau der Gewerbeinspektion in Preußen nicht zu erwarten. Darüber hat die am Freitag beendete Beratung des Handelsrats keinen Zweifel gelassen. Der Abg. Goldschmidt (fr. Vp.) trat für eine Vermehrung der Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten, für die Hinzuziehung von Ärzten und Arbeitern und für die Ausdehnung der Gewerbeinspektion auf die Heimindustrie ein. In ähnlichem Sinne sprachen sich einige Redner des Zentrums aus, die insbesondere noch die weitere Anstellung weiblicher Gewerbeaufsichtsbeamten befürworteten.

Von alledem will Minister Delbrück nichts wissen. Ganz naiv erklärte er, er begreife nicht, was Arbeitervertreter bei der Gewerbeaufsicht eigentlich sollen! Entweder müßten die Arbeiter zu Polizeibeamten gemacht werden, und dann wären es keine Vertrauensleute der Arbeiter, oder sie hätten das Vertrauen der Arbeiter, und dann würden sie sich hüten, Befehlungen von Arbeitern zu melden; die beamteten Arbeiter könnten sehr leicht nur Beamte der sozialdemokratischen Organisationen sein usw. Auch eine Ausdehnung der Gewerbeinspektion auf die Heimindustrie hält Herr Delbrück nicht für nötig; er verspricht sich eine Beseitigung der Schäden der Heimarbeit bereits von einer guten Wohnungshygiene. Allerdings könnte auf diese Weise manches gebessert werden, schade nur, daß auch eine Wohnungs-gesetzgebung im Interesse der minderbemittelten Volksklassen von dieser Regierung nicht erhofft werden kann.

Ebenso wie der Minister bekämpfte natürlich auch der konservative Abg. v. Pappenheim die Hinzuziehung von Arbeitern zur Gewerbeinspektion mit dem Hinweis darauf, daß diese Maßnahme nur der Sozialdemokratie zugute kommen würde.

Die Furcht vor der Sozialdemokratie ist überhaupt der Vorwand, der bei jeder Gelegenheit für alles Mögliche und Unmögliches im preussischen Landtage förmlich an den Haaren herbeigezogen wird. Aus Furcht vor der Sozialdemokratie



Staatsanwaltschaft von ihnen verlangt! Es ist bezeichnend für unsere deutschen Zustände, daß eine Behörde mit derartigen Zumutungen an freie Staatsbürger herantreten kann, ohne einen Sturm der Entrüstung hervorzurufen, der die beamteten Akteure in diesem Kulturdrama aus ihren Stellungen hinwegjagt!

#### Kollisions- oder Handelsprovisorium.

Die deutsche Regierung ist tatsächlich, wie wir gestern ausführten, mit ihrer den Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber befolgten Handelspolitik in eine Sackgasse geraten. Die von einigen offiziellen Blättern ausgesprochene Zusage, daß es gelingen wird, während des von der deutschen Regierung vorgeschlagenen einjährigen Provisoriums mit der Union zu einer für Deutschland vorteilhaften Verständigung über einen neuen Vertrag zu gelangen, entbehrt jeglicher Begründung. Das Festhalten der deutschen Unterhändler an den Agrarzöllen des neuen Vertragstextes hat jede Aussicht auf die Abschließung eines Reziprozitätsvertrages zerstört — nicht nur für jetzt, sondern auch für die nächstfolgenden Jahre. Das geht auch der Korrespondent des „Hamb. Korresp.“ zu, indem er seinem Blatt telegraphiert:

„Aus hier eingetroffenen Berliner Meldungen geht hervor, es warte dort die Annahme vor, daß während des Bestehens eines einjährigen Provisoriums der Handelsvertrag abgeschlossen werden könnte. Dies ist absolut irrig. Der Kongreß dürfte im nächsten Winter die gleiche Stellung einnehmen wie heute, und die Verteidiger des Dingley-Tarifs erklärten nach dem Austausch der Nachricht von einem neuen Abkommen mit Deutschland, sie hätten dies von vornherein gewußt, weil Deutschland es auf einen Kollisionskrieg nicht werde antworten lassen können. Alle Einflüsse, die hier zugunsten des künftigen Handelsvertrages wirken, werden durch die gewaltig überschätzte, sowohl die New York Merchants Association wie die Handelskammer sind Privatgesellschaften, deren Einfluß nicht weiter reicht als etwa der des Vereins der Textilfabrikanten in Deutschland. Daran ändert die Tatsache nichts, daß solche Gesellschaften von dem in solchen Fällen ebenfalls mächtigen Präsidenten empfangen werden. Auch vom künftigen Kongreß sollte lieber nichts erhofft werden. Die gegenwärtige Regierung betrachtet als ihre vornehmste Aufgabe, vor der alle anderen zurücktreten müßten, die Erhaltung des republikanischen Regimes auch für die Zukunft. Das wird ihr gelingen und für die nächsten zehn Jahre werden die „Standpatters“ (die am Dingley-Tarif Festhaltenden) im Kongreß die Oberhand haben.“

Das Bemühen der Reichsregierung, mit der nordamerikanischen Union ein provisorisches Abkommen zu treffen und für dieses die Zustimmung des Reichstages zu gewinnen, bedeutet unter diesen Umständen nichts anderes als ein Manöver zur Verbedung der erlittenen Schlappe und des Rückschlages. Wie das Handelsprovisorium mit England, so wird auch das mit den Vereinigten Staaten immer wieder erneuert werden müssen — bis der jetzige handelspolitische Kurs der deutschen Regierung in andere Bahnen einlenkt. Die agrarische Begünstigungspolitik hat es tatsächlich fertig gebracht, daß das deutsche Volk heute vor der Entscheidung steht: Langandauerndes Provisorium oder Kollisionskrieg!

#### Zum Ausfall der Erstwahl in Chemnitz

Schreibt man uns aus dem Kreise selbst in einer Weise, die durchaus unser gestriges eigenes Urteil unterkräftigt und dasselbe durch Anführung von Tatsachen illustriert.

Diese Zuschrift lautet:  
Der Ausfall der Erstwahl im Chemnitzer Wahlkreise hat lebhaftes Erörterungen in einem Teile der Parteipresse zur Folge gehabt. In zum Teil heftiger Form ist nach den Ursachen gefragt worden, auf die der Rückgang an sozialdemokratischen Stimmen zurückzuführen ist. Es liegt wirklich kein Anlaß zur Erregung vor. Bei ruhiger Beurteilung ist gar kein anderer Schluß möglich, als der, daß die Sozialdemokratie begründeten Anlaß hat, mit dem Wahlergebnis zufrieden zu sein. Alle Parteigenossen, die seit Jahrzehnten den Chemnitzer Kreis kennen und ihn bearbeitet, sind durch den Ausfall der Wahl angenehm überrascht. — Daß die Mandatsniederlegung des Genossen Schippel im Wahlkreise nicht freudige Überraschung hervorgerufen hat, braucht kaum betont zu werden.

Auf diesen Felsen bauen wir  
Die Kirche von dem dritten,  
Dem dritten neuen Testament;  
Das Leid ist ausgelitten;  
Bemüht ist das Zweierlei,  
Das uns so lang betört;  
Die dumme Leiberqualerei  
Hat endlich aufgehört.

Hörst du den Gott im finstern Meer?  
Mit tausend Stimmen spricht er.  
Und siehst du über unserm Haupt  
Die tausend Gotteslichter?  
Der heilige Geist, der ist im Licht,  
Wie in den Finsternissen;  
Und Gott ist alles, was da ist;  
Er ist in unsern Ästen.

In der erwähnten Schrift „Zur Geschichte“ usw. sagt Heine: „Gott ist identisch mit der Welt. Er manifestiert sich in den Pflanzen, die ohne Bewußtsein ein kosmisch-magnetisches Leben führen. Er manifestiert sich in den Tieren, die in ihrem sinnlichen Traumleben eine mehr oder minder dumpfe Existenz empfinden. Aber am herrlichsten manifestiert er sich in dem Menschen, der zugleich fühlt und denkt, der sich selbst individuell zu unterscheiden weiß von der objektiven Natur, und schon in der Verwundtheit die Ideen trägt, die sich ihm in der Erscheinungswelt fundgeben.“

„Es ist eine irrtümliche Meinung, daß diese Religion, der Pantheismus, die Menschen zum Indifferentismus führe. Im Gegenteil, das Bewußtsein seiner Göttlichkeit wird den Menschen auch zur Klugheit derselben begeistern, und jetzt erst werden die wahren Grostaten des wahren Heroentums diese Erde verherrlichen.“

„Die politische Revolution, die sich auf die Prinzipien des französischen Materialismus stützt, wird in den Pantheisten keine Gegner finden, sondern Gehülfe, aber Gehülfe, die ihre Ueberzeugungen aus einer tieferen Quelle, aus einer religiösen Synthese, geschöpft haben. Wir befördern das Wohlsein der Materie, das materielle Glück der Völker, nicht weil wir gleich den Materialisten den Geist mißachten, sondern weil wir wissen, daß die Göttlichkeit des Menschen sich auch in seiner leiblichen Erscheinung kundgibt, und das Glück den Leib, das Bild Gottes, zerstört oder aviliert (herabwürdigt) und der Geist dadurch ebenfalls zugrunde geht. . . . Wir kämpfen nicht für die Menschenrechte des Volks, sondern für die Gottesrechte des Menschen.“

Dieser Pantheismus ist, wie Heine ausführt, der schroffste Gegensatz des Christentums. Das Christentum ist ja dualistisch, es unterscheidet zwischen Gott und der Welt, zwischen dem

Schippel ist in Chemnitz geboren und herangewachsen, hat 15 Jahre lang das Mandat innegehabt und erhielt bis in die letzte Zeit hinein Vertrauensvoten mit sehr großer Majorität. Die Differenzen, die wegen der neuen Kandidatur in unseren Reihen bestanden, haben bekanntlich eine äußerst rasche Erledigung gefunden und haben auf das Wahlergebnis keineswegs ungünstig eingewirkt. Aber der neue Abgeordnete des Kreises, Genosse Roske, war, da er noch nicht ganz vier Jahre im Kreise wohnt, trotz einer sehr regen Agitationsstätigkeit, über den Kreis der Leute hinaus, die Volksversammlungen besuchen, nicht besonders bekannt. Dagegen war der Name des freisinnigen Kandidaten Günther durch seine Tätigkeit als Abgeordneter im sächsischen Landtage im Kreise recht geläufig.

Bei der Wahl im Jahre 1903 war die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen um 10 000 in die Höhe geschneit. Der Steuerzuschlag, die Hofstandale, die Nachwirkungen der Kollisionskämpfe usw. müssen wesentlich dazu beigetragen haben, daß diese gewaltige Zunahme an Stimmen zu verzeichnen war. Es hat seit der Hauptwahl nicht an der Arbeit gefehlt, die geleistet werden mußte, um die neu gewonnenen Wähler zu festen Sozialdemokraten zu machen. Die Zahl der organisierten Genossen ist erheblich gestiegen, auch die Verbreitung unserer Parteipresse hat erfreulich zugenommen. Daß ein frischer Zug durch die Reihen der Chemnitzer Arbeiterschaft geht, das haben die imposanten Straßendemonstrationen gelehrt; der amtliche Polizeibericht gab die Zahl der Demonstranten auf 10 000 an. Es bedarf keines besseren Beweises dafür, daß von einer Klammerei im Kreise keine Rede sein kann. Auch die Wahlbewegung war eine flotte. Wenn auch nicht über 100 Versammlungen im Kreise stattgefunden haben, wie ein freisinniges Blatt flunkert, so ist doch unser Kandidat wochenlang eifrig im Kreise tätig gewesen und neben ihm andere Redner. Alle Versammlungen waren ausgezeichnet besucht, viele wurden polizeilich abgeperrt. In einem äußerst imposanten, geradezu riesenhaften Aufmarsch des Proletariats gestalteten sich die beiden Versammlungen, in denen Nebel sprach. In den sozialdemokratischen Wählermassen kann gar kein besserer Geist herrschen, als er in allen Orten des Chemnitzer Wahlkreises zu beobachten war. Wenn trotzdem die Wahlbeteiligung geringer war und die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen etwas abnahm, so ist das nur ein Beweis dafür, daß nicht alle Wähler, die 1903 sozialdemokratische Stimmzettel abgaben, Sozialdemokraten waren.

Genoss, die Freisinnigen haben tüchtig agitiert. In der Wahl ihrer Kampfmittel waren sie unanständiger als die Kartellparteien. Aber damit konnten sie Sozialdemokraten nicht gewinnen. In vielen Kreisen haben sich unsere Gegner ruppiger gezeigt und konnten doch der Sozialdemokratie keinen Abbruch tun. Rund heraus gesagt: Die Straßendemonstrationen, auf die die Chemnitzer Arbeiter nach wie vor stolz sein werden, haben eine Anzahl kleinbürgerlicher Wähler und unsicherer Antonsisten aus der Arbeiterschaft kopfige gemacht. Das Hauptargument unserer Gegner gegen die Sozialdemokratie war der Hinweis auf die in letzter Zeit schärfer hervorgetretenen revolutionären Tendenzen unserer Partei. Der einzige nennenswerte „Vorwurf“, den die Kartellparteien gegen unseren Kandidaten erhoben, war der, er sei der Urheber der Chemnitzer Straßendemonstrationen. Die Staatsanwaltschaft hatte den Wahlkampf damit eingeleitet, daß sie gegen den Genossen Roske wegen der Straßendemonstrationen ein Strafverfahren einleitete. Dasselbe ist wieder eingestellt worden; aber das Agitationsmittel ließen sich die Gegner nicht entgehen. Wir würden uns selbst täuschen, wenn wir die Augen vor der Tatsache verschließen wollten, daß solche bürgerliche Schichten, die bisher mit der Sozialdemokratie kokettierten, durch die Straßendemonstrationen abgeschreckt worden sind. Die Geschäftsleute in den Stadtteilen, die an zwei Sonntagen von den demonstrierenden Massen durchwogt wurden, sind ängstlich geworden oder wütend. Man muß die Gesichter der Spießer gesehen haben, als sie angfi-

Geist und den sinnlichen Erscheinungen. Dem Christentum ist das Weltliche das Böse, das Geistige, Weltflüchtige das Gute. Die Erde ist nicht dazu, sich wohllich einzurichten, sondern nur eine Vorbereitungsstätte für das Jenseits. „Dem guten Christus steht der böse Satan entgegen; die Welt der Geister wird durch Christus, die Welt der Materie durch Satan repräsentiert; jenem gehört die Seele, diesem unser Leib; und die ganze Erscheinungswelt, die Natur, ist demnach ursprünglich böse, und Satan, der Fürst der Finsternis, will uns damit ins Verderben locken, und es gilt allen sinnlichen Freunden des Lebens zu entgehen, unseren Leib, das Lehen Satans, zu peinigen, damit die Seele sich desto herrlicher emporschwingt in dem lichten Himmel, in das strahlende Reich Christi.“

Heine weiß übrigens auch sehr gut, woher dieser weltflüchtige, den Lebensgenuß verpöndende Geist des Christentums stammt: er wurde geboren in einem Zeitalter furchtbarer Weltentwehnen. Angesichts des ungeheuren Elends, das der Verwesungsprozess der antiken Gesellschaft erzeugte, mußte jede Freude als Uebermut, jeder Genuß als Privileg erscheinen. Auch an den mittelalterlichen christlich-kommunistischen Sekten ist dieser Gang zum Trübsinn, zur Askese zu beobachten. Und daß die psychische Disposition, die ihrerseits wiederum auf die materiellen Verhältnisse zurückzuführen ist, nicht nur im Leben der Völker, sondern auch in dem des Individuums der Religion gegenüber die ausschlaggebende Rolle spielt, hat Heine im Vorwort zum „Romanzero“ mit den Worten ausgesprochen: „Das endliche Schicksal des Christentums ist davon abhängig, ob wir dessen noch bedürfen.“

Heine war der begeisterte Prophet und Hohepriester der Freiheit und Schönheit. Er wollte die Menschheit von der politischen Tyrannei, von den Fesseln der sozialen Anrechtenschaft befreit sehen. Aber sie sollte auch von dem dumpfen, selbstquälenden Dasein des Christentums befreit werden. Er wollte die heitere, schöne Sinnlichkeit wieder in ihre Rechte einsetzen, die sie im alten Hellas besaßen, er predigte die Emanzipation des Fleisches:

„Einst, wenn die Menschheit ihre völlige Gesundheit wiedererlangt, wenn der Friede zwischen Leib und Seele wieder hergestellt, und sie wieder in ursprünglicher Harmonie sich durchdringen, dann wird man den künstlichen Pader, den das Christentum zwischen beiden gestiftet, kaum begreifen können. Die glücklicheren und schöneren Generationen, die erzeugt durch freie Wahlmarmung, in einer Religion der Freude emporschlüpfen, werden vermählig lächeln über ihre armen Vorfahren, die sich aller Genüsse dieser schönen Erde trüblich enthielten, und durch Abtötung der warmen, farbigen Sinnlichkeit fast zu kalten Geispenstern verblühten sind. Ja, ich sage es bestimmt, unsere Nachkommen werden schöner und glücklicher sein, als wir. Denn ich glaube an den

erfüllt die Rollen an ihren Schaufenstern herunterrasseln ließen. Allen englischen Gemütern, die aber trotzdem von den reaktionären Kartellparteien nichts wissen wollen, war der freisinnige Oppositionsmann Günther der rechte Kandidat. Der Mann hat seit ein paar Jahren im sächsischen Landtage gezeigt, daß er der Regierung gegenüber Haare auf den Zähnen hat, ist aber nicht so gefährlich, wie ein Sozialdemokrat. Lediglich aus diesem Gedankengang der Wähler heraus kann die Zunahme der freisinnigen Stimmen um 6000 erklärt werden. Die Masse der Arbeiter hat die Probe glänzend bestanden; sie brachte zum Ausdruck, daß sie aus vollem Herzen die Taktik der Sozialdemokratie billigt und als die allein richtige und Erfolg verheißende ansieht. Insofern kann der Ausfall der Chemnitzer Erstwahl uns wohl mit Befriedigung erfüllen.

Daß die Parteigenossen im Kreise verstehen werden, aus dem Wahlergebnis zu lernen, wo nun er ne u t mit der Arbeit einzusehen ist, kann als selbstverständlich betrachtet werden.

Die „Voss. Ztg.“ sagt zu unserer gestrigen Bewertung des Wahlausfalles in Chemnitz:

„Es ist zweifellos richtig, daß Roske nicht verstand, die Mitläufer so zu bezaubern wie Schippel. Die „politische Erregung“ wird die Sozialdemokratie voraussichtlich auch nach anderswo die gleichen Erfahrungen wie in Chemnitz machen lassen. Die Wahlrechtsumulte und die Verherrlichung der russischen Revolution haben mandem Arbeiter und Kleinbürger die Augen geöffnet. Die werdende Kraft des Liberalismus läßt sich andererseits nicht vernichten. Wohl kann sie durch widrige Umstände gemindert werden, nie aber wird sie ihre Wirkung verfehlen, wenn sie durch Männer, die von ihr erfüllt sind, ins Volk getragen wird. Und das geschieht jetzt in Sachsen.“

Was die alte Karte in der Breitenstraße da über die Wirkung der „Wahlrechtsumulte“ und der „Verherrlichung der russischen Revolution“ auf das Bürgertum sagt, ist ja richtig, zeigt aber eben, wie oberflächlich es seit den schönen Tagen des „Extrablatt der Freude“ mit unserem Bürgertum geworden ist. Die „werdende Kraft des Liberalismus“ vermag nicht einmal mehr, aus „Vossischen Zeitungs“-Redakteuren wirkliche Liberale zu machen. —

#### Ein Ansetzungs-Experiment.

Das Kolonialamt gedenkt eine Anzahl deutsch-russischer Rückwandererfamilien aus dem Kaukasus in Deutsch-Ostafrika anzusetzen. Es stellt zu diesem Zweck vorläufig 60 solcher Familien je 50 Hektar Land kostenlos zur Verfügung; ferner sind den Ansetzern insgesamt 100 000 M. aus der Wohlfahrtslotterie bewilligt worden. In einem Artikel der „Kol.-Ztg.“ äußert sich zu diesem Projekt der Hauptmann a. D. Leue:

„Grade diese bescheidenen, an ein entbehrungsreiches und arbeitsames Leben gewöhnten Kleinbauern, die in der Heimat bedrängt, froh sein werden, wenn sie ein sicheres Pflügen finden, wo sie in Ruhe ihren Acker bauen können, werden uns in Deutsch-Ostafrika von größtem Nutzen sein. Was uns dort fehlt, sind Menschen, die Werte schaffen. Ein glückliches Moment ist dabei, daß diese Deutsch-Russen Ackerbauer und nicht Viehzüchter sind, da eine intensive Landwirtschaft der Kolonie zum größeren Nutzen gereicht, als eine extensiv. Auch daß das Ansehen des Weibes auf Grund körperlicher Arbeit in den Augen der farbigen Herabläute, ist nicht der Fall. Mit dem Prestige der weißen Rasse ist es wegen der vielen anderen helferartigen Menschen in Ostafrika nicht weit her, und wenn der Deutsche dort eine gewisse Achtung genießt, dann verdankt er das ganz anderen Eigenschaften, als seiner weißen Hautfarbe.“

Die armen Teufel, die gezwungen sind, sich in den fiebergegenden Deutsch-Ostafrikas eine neue Heimat zu gründen, tun uns leid. Es ist ein gefährliches Experiment, das mit ihnen vorgenommen wird. —

#### Die Reise-Stipendiaten des Norddeutschen Lloyd.

Wie sich herausstellt, hat der Norddeutsche Lloyd keineswegs die zwanzig Freipassanten für die Studienfahrt von Reichstagsabgeordneten nach Ostafrika ganz freiwillig geliefert. In dem Schreiben des Norddeutschen Lloyd an den Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg heißt es nämlich:

„Die Ew. Hoheit aus dem Programm ersehen wollen, haben wir uns bemüht, den Wünschen Ew. Hoheit für die Ausführung dieser Studienreise nach Möglichkeit Rechnung zu tragen, und stellen wir nunmehr Ew. Hoheit 20 Plätze an Bord der in dem Programm genannten Dampfer zur Verfügung. Sollten Ew.

Fortschritt, ich glaube, die Menschheit ist zur Glückseligkeit bestimmt, und ich hege also eine größere Meinung von der Gottheit, als jene frommen Leute, die da wohnen, sie habe die Menschen nur zum Leiden erschaffen. Schon hier auf Erden möchte ich durch die Segnungen freier politischer und industrieller Institutionen jene Seligkeit etablieren, die nach Meinung der Frommen erst am jüngsten Tage im Himmel stattfinden soll.“

Das schrieb Heine 1834. Bejn Jahre später sagte er an einer anderen Stelle:

Die Vernichtung des Glaubens an den Himmel hat nicht bloß eine moralische, sondern auch eine politische Wichtigkeit: Die Massen tragen nicht mehr mit christlicher Geduld ihr irdisches Elend, und suchen nach Glückseligkeit auf Erden. Der Kommunismus ist eine natürliche Folge dieser Weltanschauung, und er verbreitet sich über ganz Deutschland. Es ist eine ebenso natürliche Erscheinung, daß die Proletarier in ihrem Antampf gegen das Bestehende die fortgeschrittensten Geister, die Philosophen der großen Schule als Führer besitzen; diese gehen über von der Doktrin zu Taten, dem letzten Zweck alles Denkens, und formulieren das Programm. Wie lautet es? „Ich hab' es längst geträumt und ausgesprochen in den Worten: „Wir wollen keine Sandalotten sein, keine frugalen Bürger, keine wohlfeilen Präsidenten; wir stiften eine Demokratie gleichherrlicher, gleichberechtigter, gleichberechtigter Götter. Ihr verlangt einsame Trachten, enthaltene Sitten und ungewürzte Genüsse; wir hingegen verlangen Rektar und Ambrosia, Purpurmäntel, kostbare Wohlgerüche, Wollust und Pracht, lachenden Nymphantanz, Musik und Komödien.“

In der Tat, das ist, poetisch formuliert, das Programm des Kommunismus, des modernen Sozialismus!

Mag sich die gegnerische Heuchlersippe in Entrüstungskrämpfen winden ob solcher „Trivulität“. Heine selbst hat das Gelächter schon heimgeschickt mit den Versen:

Ich kenne die Weise, ich kenne den Teufel,  
Ich kenne die Herren Verfasser;  
Ich weiß, sie tranken heimlich Wein  
Und predigten öffentlich Wasser.

Das alte Geschlecht der Heuchler  
Verchwinder, Gott sei Dank, heut,  
Es sinkt allmählich ins Grab, es stirbt  
An seiner Lügenkrankheit.

Es wächst heran ein neues Geschlecht  
Ganz ohne Schminke und Sünden,  
Mit freien Gedanken, mit freier Luft —  
Dem werde ich alles verüben.

Schon krosset die Jugend, welche versteht  
Des Dichters Stolz und Wille,  
Und sich an seinem Herzen erwärmt,  
An seinem Sonnengemüte.

Hohheit noch weitere Plätze wünschen, so werden wir gern bereit sein, solchen Wünschen, soweit der Platz reicht, Rechnung zu tragen.

Danach müssen der Direktion des Norddeutschen Lloyd irgend welche Wünsche in Bezug auf die Anzahl der Plätze ausgesprochen werden sein. Ist es schon ohnehin für einen charaktervollen Menschen peinlich, derartige Gefälligkeiten von einem fremden Privaten anzunehmen, so ist recht, wenn er weiß, daß das Anerbieten kein freiwilliges ist. Trotzdem werden sich sicher genug Reichsboten zur Mitfahrt finden, selbst solche, die sich derartige Studienfahrten bequem aus eigenen Mitteln leisten könnten. Die Diätenzahlung des Reichstages erscheint ihnen als eine Verleugung der Würde des Reichstages, die Annahme von Freibillets aus den Mitteln einer Aktien-Gesellschaft dagegen als etwas ganz Unbedenkliches.

**Zur Wahlrechtsreform in Sachsen-Weimar.**

Der Landtag nahm nach langer Sitzung und zweifelhafte Ausführungen des Abgeordneten Genosse Baudert die Wahlgesetz-änderung mit 19 gegen 14 Stimmen an. Der sozialdemokratische Antrag, die allgemeine, gleiche und direkte Wahl einzuführen, wurde von allen bürgerlichen Parteien einschließlich des Freisinn abgelehnt. Der Staatsminister Nothe hält Versammlungsverbote als ungeeignet zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und empfiehlt den Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien.

**Neue Opfer der Kolonialpolitik.**

Am 7. Februar sind im Patrouillengebiet bei Sandoorn nach amtlicher Meldung gefallen: Leutnant Erich Bender, geboren am 15. 4. 77 zu Boerde, früher im Jülicher Regiment Nr. 39, Schußkopf, linke Seite. Gefreiter Woller von Santen, geboren am 26. 2. 80 zu Glasbagen, früher im Infanterie-Regiment Nr. 41, Kopf- und Rückenwunde. Reiter Alois Feldmeier, geboren am 13. 5. 88 zu Lengthal, früher im Königlich Bayerischen 3. Chevauleger-Regiment. Verwundet: Reiter Karl Gerold, geboren am 1. 7. 82 zu Wiengen, früher im Königlich Württembergischen Infanterie-Regiment Nr. 120. Gefreiter Andreas Pfeifer, geboren am 20. 7. 82 zu Zauberschedenbach, früher im Königlich Bayerischen 13. Infanterie-Regiment, am 12. Februar d. J. in Ojofonda am Typhus und Ruhr gestorben.

**In die Gewehre!**

In der gestrigen Nummer der „Münchener Post“ veröffentlicht der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei Bayerns einen Aufruf zu den Landtagswahlen. Die bayerischen Genossen rufen sich heutzutage die Wahlen stehen etwa im Mai 1907 erst zu erwarten. Aber sie wissen, weshalb sie sich diesmal so früh an die Wähler wenden. Werden die Bayern doch von nun an unterm System des direkten Wahlrechts zu kämpfen haben.

Und vor allen Dingen kommt eins in Betracht: „Zum ersten Male wird dann die Sozialdemokratie in Bayern in der Lage sein, vermittels des direkten Wahlrechts die Stimmen ihrer Landtagswähler genau zu zählen“ — so heißt es im Aufruf. Und die erfreuliche Konsequenz daraus ist, daß für die bayerischen Genossen nunmehr keinerlei Verunsicherung vorliegt, Wahlabkommen mit bürgerlichen Parteien zu treffen. Söllig selbständig beabsichtigen sie in den Wahlkampf zu ziehen.

Die Genossen werden schließlich auch aus technischen Gründen so zeitig auf die Wahlen vorbereitet; denn nach guter alter sozialdemokratischer Tradition heißt es nun, sofort in die Vorarbeiten eintreten: Agitation entfalten zur Erwerbung der bayerischen Staatsangehörigkeit usw.

Ihre Mührigkeit ehrt die bayerische Sozialdemokratie. Bei solcher Kampfbereitschaft können und werden die Erfolge nicht ausbleiben. Möge das Beispiel der Bayern da — wo's noch nötig sein sollte in unseren Reihen — Nachahmung werden. Mögen die Genossen der Staaten, die sich nicht des allgemeinen Wahlrechts erfreuen, bald in gleicher Weise wie die bayerischen Genossen zum Kampfe unter einem unsern modernen Kultur würdigen Wahlsystem aufrufen können! —

**Husland.**

**Hungarn.**

Man soll den Teufel nicht an die Wand malen. Budapest, 16. Februar. (W. Z. V.) Da es nunmehr bestimmt ist, daß am Montag das ungarische Abgeordnetenhaus aufgelöst werden soll, ist die Stimmung in der Opposition eine äußerst erregte. Es werden Stimmen laut, sich der Auflösung mit Gewalt zu widersetzen. Der Präsident des Abgeordnetenhauses, Jusch, erklärte gegenüber einem Journalisten, daß er erst dann an die Auflösung des ungarischen Reichstages glaube, wenn das Haus von Truppen besetzt und die Abgeordneten durch Bajonette aus dem Sitzungssaal vertrieben werden.

**Frankreich.**

**Dubost Senatspräsident.**

Mit 241 von 246 abgegebenen Stimmen wurde gestern (Freitag) Antonin Dubost zum Präsidenten des Senats ernannt. Dubost gehört nach seiner Parteistellung zu den Republikanern. Er ist im Jahre 1844 geboren und steht seit 1870 im öffentlichen Leben.

**Ihr tötet nicht den Geist!**

Paris, 10. Februar. (W. Z. V.) Die Staatsanwaltschaft ließ die letzte Nummer des Organs des antimilitaristischen Verbandes „Voix“, welches wegen der demnachst stattfindenden Musterung in überaus scharfen Kritiken und Karikaturen die Armee angreift, mit Beschlagnahme belegen; doch konnte die Polizei nur weniger Exemplare habhaft werden. Es heißt, der Anschlag des Verbandes habe den größten Teil der Auflage von etwa 30000 Exemplaren in Sicherheit gebracht.

Der nationalistische Deputierte Berry will in der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer an die Regierung die Anfrage richten, welche Maßnahmen sie wegen der jüngsten antimilitaristischen Anschlagzettel zu ergreifen gedenke.

**Dänemark.**

**Die neue Wahlkreiseinteilung.**

Am Mittwoch hat das Folkething über die Verfassungsänderung bezüglich einer neuen Wahlkreiseinteilung beschlossen. Die Vorschläge der Kommission, über die bereits im Nr. 14 des „Vorwärts“ berichtet wurde, sind einstimmig mit 79 Stimmen angenommen; die Konserverativen enthielten sich der Stimme und zwar, weil — wie sich einer ihrer Redner ausdrückte — sie nicht zehn neue sozialdemokratische Folsprechmänner schaffen wollten! Die Konserverativen rechnen also selbst damit, daß die zehn neuen Mandate ohne weiteres der Sozialdemokratie zufallen. Den Glauben an legendwilde agitatorische Kraft ihrer eigenen Partei haben sie schon lange aufgegeben. Der erwählte Konserverative erklärte denn auch fast verzweifelt: es sei bald zum Verriickwerden mit der Kammerung der Sozialisten; da müsse man doch bald einen Riegel vorschieben!

Die Durchführung der neuen Wahlkreiseinteilung hängt jetzt vom Landsting ab. Unser Genosse Vorphjerg richtete im Folkething eine erste Mahnung an die Regierung, ihren ganzen Einfluß geltend zu machen, damit das Landsting nicht auch diese Reform hinterziehe, wie es das mit so manchen anderen wichtigen Gesetzentwürfen der Regierung gemacht hat.

**Schweden.**

**Erholungsbedürftig.**

Stockholm, 16. Februar. (W. Z. V.) König Oskar hat beschlossen, nach Kap Martin an der Riviera zu reisen und sich dort während der Frühjahrsmonate aufzuhalten, nachdem sein Leibarzt erklärt hatte, daß er dem König nach den anstrengenden Regierungsgeschäften des vorigen Jahres und seines vorgeschrittenen Alters halber anrate, einige Zeit in einem südlicheren Klima zuzubringen. Der König wird am 21. d. Mts. von hier abreisen und auf der Reise nach Cap Martin einen kurzen Besuch in Wien beim deutschen Kaiser abhalten. Anfang Mai gedenkt der König nach Schweden zurückzukehren.

Dieser Leibarzt scheint ein Späthvogel zu sein; denn das vorige Jahr hat dem guten Oskar belanntlich gerade eine Erleichterung der Regierungsgeschäfte gebracht, indem er der Mühe enthoben wurde, sich fernerhin um das Wahl und Wehe Norwegens kümmern zu müssen.

**Gewerkchaftliches.**

**Berlin und Umgegend.**

**Tariffbewegung der Landshaftsgärtner.**

Im Dezember hatten die Berliner Landshaftsgärtner (Sektion des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins) neue Tarifforderungen ihren Arbeitgebern unterbreitet. Es wurde verlangt ein Mindestlohn von 55 Pf. pro Stunde für Gehülfen und 45 Pf. für Gartnarbeiter bei 9 1/2 stündiger Arbeitszeit. Die Organisation der Arbeitgeber zeigte sich zu Verhandlungen geneigt und fanden solche auch zwischen den beiderseitigen Kommissionen am 5. Januar und am 14. Februar statt. Das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen beschloß am 15. Februar eine stark besuchte Versammlung der Landshaftsgärtner, die bei Obst in Schöneberg abgehalten wurde. Wie die Lohnkommissionsmitglieder berichteten, gleicht das Verhandlungsergebnis einem Rahmen ohne Bild. Die Organisation wollten die Arbeitgeber anerkennen. Sie erklärten anfangs auch, daß es ihnen weniger auf die Höhe, als auf die Gleichmäßigkeit der Löhne ankomme. Insbesondere solle die Gehülfschaft dafür Sorge tragen, daß auch in den städtischen Betrieben 55 Pf. Stundenlohn gezahlt würden, wodurch dann auch verhindert werden könne, daß die städtischen Gärtnere Privatarbeiten zu billigeren Preisen ausführen. Dem wurde entgegen gehalten, daß die Arbeitgeber nur erst die Lohnaufhebung in den eigenen Betrieben durchzuführen sollten, dann würden auch die Löhne der städtischen Gärtnere steigen. Jetzt berufe sich die Stadt ja gerade immer darauf, daß sie ihre Gärtnere nicht besser entlohnen könne, weil sie sonst zum Schaden der Gärtnerebesitzer lohntreibend wirken würde. Schließlich erklärten die Arbeitgeber, sie seien bereit, einen Mindeststundenlohn von 50 Pf. bei zehnständiger Arbeitszeit zu bewilligen. Die Lohnregelung der Gartnarbeiter wünschten sie dabei aber ausgeschlossen zu sehen; auch wollten sie die Abmachungen nur als sogenannte freie Vereinbarung aufgefaßt wissen, eine Bindung durch einen formellen Tarifvertrag aber lehnten sie ab. Demgegenüber beschloß die Versammlung, an ihren ursprünglichen Forderungen festzuhalten, wenn man sich auch mit der 10 stündigen an Stelle der geforderten 9 1/2 stündigen Arbeitszeit zufrieden geben wolle. Die Lohnkommission wurde beauftragt, in diesem Sinne die Verhandlungen weiter zu führen und dahin zu wirken, daß auf der beschlossenen Grundlage ein Tarifvertrag abgeschlossen werden kann.

In der Wagenfabrik von F. G. Dittmann, Berlin, Morlusstraße 32, streiken sämtliche Arbeiter, als Stellmacher, Schmiebe, Schlosser, Dreher, wie auch Hülfarbeiter. Da sich keine Streikbrecher hier am Orte finden, sucht die Firma in auswärtigen Wätern durch Inserate, z. B. in Hannover, Magdeburg, Frankfurt usw., Arbeitswillige anzuerwerben. Zugang ist fernzuhalten. Die Arbeiterpresse wird um Abdruck ersucht. Die beteiligten Organisationen.

Organisationsfeindliche Schlächtermeister. Man schreibt uns: Der Zentralverband der Fleischer betreibt gegenwärtig eine eifrige Agitation hier am Orte. Bei dieser Gelegenheit haben die Flugblattverteiler manch unliebsame Auseinandersetzung mit den Schlächtermeistern, die mit besonderer Heftigkeit darüber machen, daß ihre Gesellen nicht mit der Lukenwelt in Verührung kommen. Da nun die Gesellen bis 9 und 10 Uhr abends arbeiten müssen, bleibt den Flugblattverteiler nichts weiter übrig, als dieselben in der Werkstätte aufzufuchen. Wehe aber demjenigen, der sich von einem solch robusten Schlächtermeister erwischen läßt, seinen ganzen Jora kann der „Anzeiger“ zu spüren bekommen. Ganz besonders tat sich in dieser Hinsicht der Schlächtermeister Ladeberg, Dresdenstraße 133, hervor. Derselbe trat dem Flugblattverteiler, der zu einer Versammlung einladen wollte, barsch entgegen, fragte, was er wolle, und als ihm erwidert wurde, daß man den Gesellen etwas übergeben wollte, rief Herr Ladeberg dem Verbandsmitgliede das Flugblatt aus der Hand und gerich dasselbe in Stücke. Als ihm dann Vorhaltungen über sein Benehmen gemacht wurden, warf der Herr dem dabonstehenden Genossen die Halspantoffeln nach und erging sich in Schimpfereien. Die Herren Schlächtermeister füllen schmunzelnd ihre Kassen mit den Arbeiterproben, mag es aber jemand, ihre Gesellen zu organisieren, dann schämen sie sich nicht, den Flugblattverteiler mit Gewalt zu Leibe zu rücken.

Wahrung, Acker! Die Sperre über die Firma Maria nowsky, Rommjenstraße 16 und 70, ist aufgehoben.

Metallarbeiter. Wegen Nichtanerkennung einer neuen Arbeitsordnung wurden sämtliche in den Deutschen Stahlwerken in Schönevide beschäftigten Arbeiter entlassen. Zugang von Formern, Schlossern, Drehern und Modellmachern ist bis zur Regelung dieser Angelegenheit fernzuhalten. Die Ortsverwaltung.

Gewerkchaftsartikel Weisenfer. Die Adresse des Gewerkchaftsartikels Weisenfer ist jetzt Franz Content, Weisenfer, Lehdersstraße 5. Alle Zuschriften sind nur unter dieser Adresse an das hiesige Gewerkchaftsartikel zu richten.

Die Differenzen bei der Firma J. und O. Reinde, Spandau, Bicheladorsstraße 12, sind zugunsten der beteiligten Arbeiter erledigt und ist am Montag die Arbeit wieder aufgenommen, desgleichen sind die Bauten der Firma wieder freigegeben.

**Deutsches Reich.**

Ein Fabrikeldrabs am Rhein. In Nr. 37 des „Vorwärts“ gaben wir eine Probe von der Arbeitsvermittlung eines Agenten Wunderlich in Stolp, der Arbeiter unter sehr bedenklichen Umständen für eine Fabrik am Rhein anwirbt. Hierzu wird uns von mehreren Seiten mitgeteilt, wohin die Reise derjenigen geht, die sich durch die Reklame des Agenten betören lassen. Die Arbeiter werden nämlich für die Eibersfelder Farbenfabriken in Leberkusen am Rhein angeworben. Daß diese Fabrik Arbeitskräfte in Ostelbien sucht, hat seinen guten Grund. Obgleich die Firma — es ist eine Aktiengesellschaft — 80 Proz. Dividende verteilt, sind die Verhältnisse der Arbeiter in ihrem Betriebe so miserabel, daß die dortige Arbeiterschaft diese Betriebsstätte gern verläßt. Es ist bezeichnend, daß der Ort Leberkusen mit Rücksicht auf die elende Lage der Arbeiter in den Farbenfabriken von der Bevölkerung der ganzen Gegend nicht anders als „Jammerkusen“ genannt wird. Ein Streik, den die Arbeiter im Jahre 1904 führten, hat ihre Löhne nur wenig verbessert, so daß diese immer noch auf einem sehr niedrigen Niveau stehen. Das sind die Gründe, weshalb die Firma Arbeiter durch Agenten aus Ostelbien rekrutiert. Vielleicht trägt diese Aufklärung dazu bei, daß die Bemühungen des Vermittlers keinen Erfolg mehr haben.

Kohlenarbeiterstreik. Am 10. Februar entließ die Kohlenpeditionsfirma Jhms u. Graf, Kiel, Gaarden, zwölf ihrer ältesten Kohlenarbeiter wegen angeblichen Arbeitsmangel und stellte dafür an den folgenden Tagen zwölf neue Kräfte wieder ein. Die organisierten 130 Kohlenarbeiter beantworteten diese

Mahregelung mit der Forderung der sofortigen Wiedereinstellung der Entlassenen und Anerkennung eines Lohn- und Arbeitsstarifes. Die Firma reagierte hierauf nicht, weshalb die obengenannte Anzahl am 16. einmütig die Arbeit einstellte. Um Fernhaltung des Zugangs wird ersucht.

Sie weichen mutig zurück, die Leute vom christlichen Gewerkeverein der Bergarbeiter, von denen wir gestern berichteten; daß gegen eine Versammlung, die sie in Hayingen im lothringischen Erzwald abhielten, eine Abteilung Husaren mobil gemacht worden ist. Wie wir aus der „Bergarbeiter-Zeitung“ sehen, hat das Erscheinen der Husaren in Hayingen den ursprünglich zur Schau getragenen Mut der christlichen Gewerkevereiner so herabgestimmt, daß sie an eine ernsthafte Durchsetzung ihrer Forderungen gar nicht mehr denken. Anstatt zu fordern, belegen sie sich auf untertäniges Bitten. Sie möchten den Bürgermeister veranlassen, beim Grubenmagazin de Wendel ein gutes Wort für die Arbeiter einzulegen, und sie suchen ihren Bitten dadurch Nachdruck zu geben, daß sie auf die fürchterliche Möglichkeit aufmerksam machen, die Arbeiter könnten, wenn ihre Forderungen abgelehnt werden, Sozialdemokraten werden. Dessen wird den christlichen Gewerkevereiner als ihre Forderung nicht, denn der Bürgermeister eines kleinen Ortes, wo der Grubenbesitzer der Allgewaltige ist, wird sich wohl hüten, einen so einflussreichen Mann durch Vorstellungen zugunsten der Arbeiter zu bestimmen.

So haben die Husaren allerdings ihre Schuldigkeit getan. Sie haben durch ihr bloßes Erscheinen die Christlichen noch vor dem Beginn ihrer Vorbereitungen zum Kampf vollständig eingeschüchtert. Die christlichen Gewerkevereiner werden, wie das ihrem Wesen entspricht, sich darin fügen, daß sie nichts erreichen, und sie werden, wie gewöhnlich, dazu beitragen, daß Unternehmern, Polizei und Geistlichkeit die freie Gewerkschaftsbewegung nach Kräften unterdrücken können, so daß die Unternehmern Ruhe haben vor denen, die allein die Interessen der Arbeiter mit Nachdruck vertreten.

Leberarbeiter. Die Thüringer Lederwerke in Schmölln (Sachsen-Altenburg), Inhaber Ernst Buchardt, sind wegen Mahregelung gesperrt. Zugang von Ledergerbern ist fernzuhalten. Desgleichen nach den Blankenburger Lederwerken bei Berlin, Firma G. Roefeler. Der Zentralvorstand

**Mit fünf Monaten Gefängnis**

bedachte die Strafammer in Eberfeld einen Arbeiter, der beschuldigt war, einem Streikbrecher einen Stockhieb versetzt zu haben. Trotz eines großen Aufgebotes von Belastungszeugen war die Schuld des Angeklagten so wenig erwiesen, daß selbst der Staatsanwalt die Freisprechung beantragte. Das Gericht erkannte aber auf die angegebene ungemein hohe Strafe. Der Angeklagte war eben ein streikender Arbeiter.

**Letzte Nachrichten und Depeschen.**

**Die Landtagswahl in Schwarzburg-Rudolstadt.**

Rudolstadt, 16. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Abgeordnetenwahl im Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt wurden 7 Sozialdemokraten und 8 gegnerische Vertreter gewählt. Ein Sozialdemokrat steht in Stichwahl. Im vorigen Landtag waren wir durch 8 Genossen vertreten. Der Wahlkampf wurde sehr erbittert geführt, auf beiden Seiten ist eine große Stimmenzunahme zu verzeichnen.

**Geisteskranker Rentner des Landesdirektoriums zu Hannover.**

Lüneburg, 16. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In der heutigen Schwurgerichtsverhandlung gegen den Bureauassistenten Thiele wurde dieser wegen Unterschlagung im Amt zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Er hatte 4000 M. unterschlagen. Bei den Kassenrevisionen wurde nichts entdeckt. Der Direktor Soell behauptete, daß der Rentner des Landesdirektoriums von Hannover Hugo bereits ein Jahr vor seiner Beurlaubung geisteskrank war. Die Wahrheit des Landesdirektoriums wollte aber auf seine Dienste nicht verzichten.

**Ein Marokko-Zwischenfall.**

Alin, 16. Februar. Die „Königliche Zeitung“ veröffentlicht folgende Meldung aus Melilla: Als der französische Dampfer „Zenith“ weitere Waren bei der Faktorei Mar Chica auspacken wollte, ließ der sultanische Dampfer „Turki“ von Melilla aus, hinter ihm der französische Dampfer „Lalande“. Der „Turki“ beschloß die Faktorei, die mit Schnelleregeschützen antwortete. Das Feuer von beiden Seiten blieb ohne Erfolg. Der „Turki“ verfolgte dann den „Zenith“, doch schnitt „Lalande“ dem sultanischen Dampfer den Weg ab. Beide Schiffe anferten darauf bei den Chafarinen. Der Befehlshaber des „Turki“ beschwerte sich bei dem Kommandanten des „Lalande“ über sein Verhalten und das ungehörliche Verfahren des „Zenith“. Der Kommandant antwortete, daß er die Angelegenheit mit dem Kapitän des „Zenith“ regelt, aber keine weitere Beschickung der Faktorei dulden würde, so lange französische Untertanen dort weilten, sonst würde er den „Turki“ in den Grund bohren. Die marokkanischen Behörden telegraphierten an Mohammed el Torres, damit er die Angelegenheit zur Kenntnis der Konferenz in Algiciras brächte.

**Generalfreik in Finne.**

Finne, 16. Februar. (W. Z. V.) Der Ausdand hat sich allgemein verbreitet. In sämtlichen Gewerben ruht die Arbeit und die Zahl der Streikenden beträgt über 7000. Die Ausständigen erzwangen die Schließung der Läden. Die ungarisch-kroatische Schiffahrtsgesellschaft bewilligte den Ausständigen die geforderten Löhne, doch weigern sich diese, die Arbeit aufzunehmen, ehe der unbeliebte Leiter der Schiffswerft entlassen ist. Die Fabriken werden militärisch bewacht.

**Die „erfichte“ Revolution.**

Petersburg, 16. Februar. (W. Z. V.) Dem „Ruflose Slowa“ gehen aus Wladivostok höchst ungnügige Nachrichten zu. Die Stadt gleiche einem Vulkan, dessen Ausbruch nahe bevorsteht. Die „Rotooje Bremja“ meldet, daß in den Ostprovinzen Ruhe eingetreten ist, doch ist die Möglichkeit eines abermaligen Ausstandes nicht ausgeschlossen. Das Feuer des Ausbruches lodere noch unter der Asche. Die Bevölkerung liessere nur die schlechten Waffen aus, die guten vergrabs sie. Von Agitatoren seien 40000 Gewehre verteilt worden.

**Der Bluthund Gouverneur des Kaukasus.**

Petersburg, 16. Februar. (W. Z. V.) An Stelle des Grafen Boronzow Daschkow, welcher nun definitiv von seinem Posten als Gouverneur des Kaukasus zurücktritt, soll der ehemalige Gouverneur von Petersburg und jetzige Palastkommandant des Jaren, General v. Krepon, unter gleichzeitiger Beförderung zum Generaladjutanten des Jaren zum Statthalter des Kaukasus mit außerordentlichen Vollmachten ernannt werden.

**Eine Wagenladung Sprengstoffe.**

Petersburg, 16. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Auf dem Güterbahnhofe der Nikolajewbahn fiel beim Abladen eines Wagens eine von Wladivostok gefommene Kiste zu Boden. Es erfolgte eine Explosion; mehrere Personen wurden verletzt. Der Wagen geriet in Brand, doch wurde das Feuer bald gelöscht. Bei einer hierauf angestellten Untersuchung zeigte sich, daß der Wagen vollständig mit Sprengstoffen gefüllt war.

Reichstag.

46. Sitzung vom Freitag, den 16. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowski. Die Spezialdebatte des Etats des Reichsamts des Innern wird beim Kapitel „Gesundheitsamt“ und zwar bei der Wein-Frage fortgesetzt.

Abg. Dr. Dahlem (Z.) spricht sich namens seiner sämtlichen politischen Freunde eine Reichsweinsteuer aus. Ein gesetzlicher Zwang auf genaue Buchführung würde viel Gutes wirken. Däne das kann das Gericht dem Fälscher nicht auf seinen verschlungenen Pfaden folgen, sondern dieser kann jedem Kontrolleur ein Schnippen schlagen. In der Budgetkommission ist es heute zur Sprache gekommen daß die Kolonialverwaltung für die kranken Soldaten den Wein nicht bei den Produzenten am Rhein, an der Nahe oder Uhr eingekauft hat, sondern den Einkauf durch den umständlichen Weg der Berliner Handelskammer besorgte, unter deren Sachverständigen sich Kaufleute befanden, die hervorragend an den Lieferungen beteiligt waren. (Hört! hört! rechts.)

Staatssekretär Graf Posadowski: Der Herr Redner hat mich in Bezug auf meine Stellung zur Reklerkontrolle mißverstanden. Ich habe ausdrücklich ausgesprochen, daß eine Kontrolle durch selbstständige Beamte einer ehrenamtlichen Kontrolle bei weitem vorzuziehen sei, habe aber dann hinzugefügt, daß Preußen, nachdem es nun einmal die ehrenamtliche Kontrolle eingeführt habe, nicht so leicht geneigt sein werde, dies System gleich wieder abzuschaffen. Ja, Herr Abgeordneter, ich bitte mich nicht immer mit Preußen zu identifizieren. (Heiterkeit.) Ich vertrete 26 verbündete Regierungen, und diese sind keineswegs immer alle derselben Ansicht.

Abg. Bianchhorn (nat.): Ich freue mich, daß der Herr Staatssekretär die ehrenamtliche Kontrolle, wie sie jetzt in Preußen besteht, als nicht geeignet anerkannt hat. Chemiker, Apotheker und Drogeristen sind in der Tat nicht die geeigneten Kontrolleure. Wegen der Weinsteuer haben wir verfassungsmäßige und andere Gründe. In den Einzelstaaten, wo sie eingeführt ist, hat sie sich nicht bewährt. Man hat von dem Zurückgehen des Weinkonsums gesprochen. Zum Teil liegt das sicher auch an der um sich greifenden Temperanzbewegung. Im Abgeordnetenhaus und vielfach auch bei uns im Reichstage sieht man die Kollegen Mittag essen, ohne etwas dazu zu trinken, höchstens mal eine Flasche Selterswasser. Ja, meine Herren, wo soll das hinführen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Schmidt-Ebersfeld (fr. Vp.): Eine Buchkontrolle halten wir für zu weitgehend. Eine Deklarationspflicht einzuführen hätte nur dann einen Sinn, wenn man — was unmöglich ist — nachweisen könnte, ob ein Wein Verschnittwein ist oder nicht.

Inzwischen ist folgende Resolution Jäger, Baumann und Genossen (Z.) eingebracht:

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage noch in dieser Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem bis zur einheitlichen reichsgesetzlichen Regelung der Beaufsichtigung des Verkehrs mit Nahrungs- und Genussmitteln einseitigen zur Ausführung des Weingesetzes in jedem Bundesstaate besondere Beamte im Hauptamt für kleinere Bezirke angestellt werden sollen.

Abg. Vogt-Gratshausen (Wirtsch. Ver.) hält das bestehende Weingesetz nicht für ausreichend, um die Weinfälschungen zu verhindern und befürwortet die Resolutionen.

Abg. Dr. David (Soz.): Graf Ranitz hat das Wesen der Weinsteuer wieder lebendig gemacht und sich dabei auf das Prinzip der Gerechtigkeit berufen, weil ja Bier und Branntwein auch besteuert sind, und weil der Wein vorzugsweise ein Luxusgetränk ist. Wenn der Wein ein Luxusgetränk wirklich sein sollte, so sind es doch Apfelwein und Beerwein ebenfalls. Warum die nicht besteuern? Aber in den eigentlichen Weinländern und Weingebirgen ist der Wein durchaus nicht nur Luxusgetränk. Vor allem aber würde die Weinsteuer die Masse der kleinen Weinbauern treffen. Die große Masse der Weinbauern und Weinhandlärer würde sich gegen die Reichsweinsteuer wie ein Mann erheben. Wir haben ja in Preußen erst vor wenigen Jahren, als eine Landbesteuereinstellung kommen sollte, diese Erfahrung gemacht. In zweiter Linie aber würde der Weinkonsument getroffen werden, und zwar natürlich derjenige am stärksten, dessen Geldbeutel nicht erlaubt, sich die beste Quelle zum Kaufe auszuwählen. Graf Ranitz meint, man möchte den Staat durch eine Weinsteuer dafür interessieren, daß er eine scharfe Kontrolle anstellt. Aber man sollte dem Staate, bei dem immer das fiskalische Interesse am größten ist, nicht den kleinen Finger geben; denn hat er einmal Blut geleckt, so will er mehr. (Heiterkeit.) Natürlich wird man jetzt wieder sagen: die Sozialdemokraten wollen den Luxus nicht besteuern. (Zuruf rechts: Sie wollen überhaupt keine Steuer!) Ich werde Ihnen gleich sagen, welche Steuern wir wollen, aber die wollen Sie nicht! Wenn wir prinzipiell die Weinsteuer ablehnen, so tun wir das zunächst deshalb, weil keine Möglichkeit besteht, den Luxuswein von dem Massengetränk streng zu trennen, und weil bei allen indirekten Steuern der Staat immer möglichst in den Massenkonsum hineingreift, da nur dadurch die Steuer einträglich wird. Will man aber eine Luxussteuer, so muß man doch allen Luxus treffen. Warum nur den Weintrinker besteuern wollen und nicht auch denjenigen, der sein Geld in Deligamäden anlegt oder in alten Porzellanen oder in losbaren Teppichen, goldenem Geschmeide und Edelsteinen? Warum den Steuerfrei lassen, der sein Vermögen in Remppferden anlegt? Würde man aber all diesen Luxus besteuern, so würde man die Kirche ins Dorf tragen. (Heiterkeit.) Warum will man den Luxus erst dann besteuern, wenn sein Besitzer im Begriffe ist, sich etwas für sein Geld zu kaufen? Besteuern Sie doch lieber den Luxus, solange er noch häufig zusammen ist: im Portemonnaie, (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) und dann lassen Sie ihn für den Rest seines Geldes laufen, was er will. Was er es im Remppferd anlegt oder im Ballett. (Heiterkeit.) Deshalb treten wir also für progressive Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuer ein. (Marius rechts.) Da haben Sie die Steuern, die wir wollen, aber wie ich schon sagte, Sie wollen diese Steuern nicht. (Heiterkeit.)

Wenn Graf Ranitz bei seinem Gerechtigkeitsgefühl es unangenehm empfindet, daß Bier und Branntwein besteuert werden und der Wein nicht, so genügt es ja, um die Gleichmäßigkeit herzustellen, die Steuern auf Bier und Branntwein zu beseitigen und dann mit dem schönen Gerechtigkeitsgefühl zum Ausgleich auf die von uns vorgeschlagenen Steuern einzugehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe schon gezeigt, daß die Gründe, die dafür angeführt werden, daß die Weinsteuer nötig sei, um den Staat an der Kontrolle zu interessieren, hinfällig sind. Der Staat kann ja auch ohne fiskalisches Interesse ganz ausgezeichnet kontrollieren, wie man das so oft beobachtet kann, wenn einem Redakteur in der Empörung über andere erbärmlichen Zustände die Feder ausgeleitet oder ein ehrlicher Arbeiter einem Streikbrecher ein böses Wort sagt. Der Regierung fehlt nur der ernste Wille, zu kontrollieren, obwohl es sich hier um eine Sache der Volksgesundheit handelt.

Die Konservativen könnten einmal ihre Macht in Preußen gebrauchen, um zu zeigen, daß sie auch in dieser Sache etwas leisten können. Aber ihnen stehen eben die Interessen der Großgrundbesitzer im Osten höher als die Interessen der kleinen Winger im Westen des Reiches.

Einmütig sagt Süddeutschland über die mangelhafte Weinkontrolle in Preußen. Es ist ja auch ein reiner Widerwinn, Apotheker und Geldhändler alle Art, die in engler wirtschaftlicher Beziehung zu den Weinhandlern stehen, im Nebenberuf zu Kontrolleuren zu machen. Das häufige Vorkommen der Weinproben in Bayern, Baden und Hessen beweist nur, daß dort ernsthafter kontrolliert wird.

Man hat uns vorgeworfen, daß wir für das amerikanische Wachsenfleisch eingetreten sind, obgleich dieses angeblich auch gesundheitschädlich sei. Der Beweis dafür, daß es sich hier um eine Agitation gegen ein wertvolles ausländisches Produkt handelt, wird dadurch gegeben, daß die Marineverwaltung zur Provinzierung unserer Kriegsschiffe große Massen von diesem Wachsenfleisch in Amerika einlauft. Auf jeden Fall ist dieses Wachsenfleisch viel einwandfreier, als dasjenige Fleisch, welches auf den Freibänken den Proletariern verkauft wird. Man hat meinem Parteigenossen Ehrhart entgegengehalten, daß man den Hausrum nicht zu kontrollieren brauche, da die Regierung nichts dagegen haben könne, wenn einer selbst gern den gefälschten Wein trinkt. Dieser Einwand wäre aber nur dann richtig, wenn der Hausrum ausschließlich von dem Verfertiger selbst getrunken würde. In Wirklichkeit aber wird er auch dem Gefinde und den Arbeitern vom Arbeitgeber vorgelegt, bedeutet hier also sozusagen einen Teil der Entlohnung. Deshalb muß auch ihm gegenüber die Kontrolle verschärft werden. Wenn wir auch sonst für die Kunst eintreten, von den Kunstweinen wollen wir nichts hören. (Heiterkeit.) Jede Anwendung von Kunst und Wissenschaft zur Verfälschung von Nahrungs- und Genussmitteln ist verwerflich. Wir sind also bereit, den Anträgen auf Verschärfung der Weinkontrolle zuzustimmen. Denn die Weinfälschung ist nur eine Unterart der Fälschung von Genussmitteln überhaupt, und diese wiederum ist nur eine Unterart des Betrugs im allgemeinen.

Wir sind, so will ich mich zusammenfassen, für Verschärfung der Weinkontrolle, aber gegen jede Weinsteuer, weil diese keine Förderung der Gerechtigkeit, sondern ein Ausfluß der Ungerechtigkeit sein würde. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Jäger (Z.) tritt für seine Resolution ein. Abg. Preis (F.): Die Anträge gehen mir nicht weit genug. Für eine mäßige Weinsteuer würden wir zum Zwecke der Einführung einer einheitlichen Kontrolle zu haben sein.

Abg. Dr. Wolff (Wirtsch. Ver.): Ebenso gefährlich für den Weinbau wie die ganze Weinhandelserei sind die Caprivischen Handelsverträge gewesen, als deren Stütze die Partei des Herrn Dr. David galt. Umso mehr freue ich mich, daß die Herren von der äußersten Linken für eine schärfere Weinkontrolle eintreten wollen.

Abg. Hug (Z.) polemisiert gegen den Abg. Ranitz wegen seines Vorschlages der Reichsweinsteuer. Damit schließt die Debatte über die Weintaxen. Die Abstimmung über dieselben wird verschoben.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr. (Dritte Lesung des Gesetzes betreffs Ausgabe von Banknoten. Fortsetzung der Debatte über das Reichsamt des Innern. Schluß 1/2 Uhr.)

Verichtigung.

In dem Bericht über die Mittwochsitzung des Reichstages (Sozialdemokratischer Wahlrechtsantrag) ist in der Rede des Abg. Wülfing dem Genossen Vebel ein Zwischenruf zugeschrieben worden, den er tatsächlich nicht gemacht hat. Es handelt sich um einen Hörschüler des Berichterstatters.

Abgeordnetenhaus.

24. Sitzung, Freitag, den 16. Februar, vormittags 10 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Delbrück. Die zweite Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung wird fortgesetzt.

Auf eine Anregung des Abg. Krause-Datowien (L.) erklärt Geheimrat v. Barthe, daß Verhandlungen über die Aufnahme der Seeloten in die Klasse der Subalternbeamten schwebten.

Abg. Goldschmidt (fr. Vp.) fordert Heranziehung von Ärzten und Arbeitern zu den Fabrikinspektionen und Ausdehnung der Fabrikinspektion auf die Heimarbeit.

Minister Dr. Delbrück: Die Hygiene der Heimarbeit wird am besten durch eine Wohnungsreform gebessert. Die Arbeiter würden in der Fabrikinspektion entweder Beamte des Staates oder der sozialistischen Propaganda sein. Im ersten Falle würden sie überflüssig, im letzten schädlich sein. (Sehr wahr! rechts.) Wegen die Anstellung der Ärzte bin ich, weil ich meine, man soll nicht immer neue Beamte schaffen, die ohne Fühlung mit den übrigen regieren. (Beifall rechts.)

Abg. v. Pappenheim (L.): Von der Heranziehung von Arbeitern zur Fabrikinspektion kann für uns keine Rede sein.

Die Abgg. Hise (Z.) und Goldschmidt (fr. Vp.) treten für Heranziehung der Arbeiter zu den Fabrikinspektionen ein. Minister Dr. Delbrück: Vielleicht läßt sich die Berufung von Arbeitern zu Subalternbeamten, die als Gehälfen der Inspektoren fungieren, ermöglichen. Bei einer Reform der Versicherungsgesetze werden wir erwägen müssen, ob wir nicht die Organe der Kassen, die von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gewählt sind, zu den Besichtigungen heranziehen können.

Abg. Heilich (L.) mahnt, nicht immer neue soziale Versicherungsgesetze zu schaffen, da die Industrie sonst mit dem Auslande nicht konkurrieren könne.

Abg. Dr. Schröder-Kastel (nat.) tritt für Verschmelzung der Kranken- und Invalidenversicherung ein mit Schaffung besonderer Rentenstellen, welche die Arbeit verrichten, die jetzt von den Landratsämtern geleistet würde.

Abg. Trimborn (Z.): Wenn man die kleinen Unfallsrenten in der Landwirtschaft beseitigt, dann kommen die Haftpflicht und die Prozessel. Es gibt aber auf dem Lande nichts Ersehnlicheres als einen Prozess. (Heiterkeit.) Dabei geht aber leicht die Kuh, die Pflüge und vielleicht auch das kleine Landwesen auf!

Abg. Gerschel (fr. Vp.) behauptet, daß die Kunstgewerbeschulen mit der Industrie nicht genügend Hand in Hand gegangen seien und kritisiert das Bestreben, einen ganz besonderen deutschnationalen Stil im Kunstgewerbe zu schaffen.

Abg. Ernst (fr. Vp.) tritt für den obligatorischen Fortbildungsschulunterricht ein.

Abg. Rindler (fr. Vp.): Der Kölner Handwerkerkongress hat das erfreuliche Ergebnis gehabt, darzustellen, daß die böse Gewerbesteuer nicht die Schuld an der teilweise mifflischen Lage des Handwerks trägt. Darüber spreche ich meine Freude aus.

Das Ordinarium wird bewilligt. Beim Extraordinarium, Ausgabebetitel „Zur Beförderung größerer Meisterkurse“ führt

Abg. Jaksch (fr. Vp.): Ich habe mich stets gegen die großen Meisterkurse ausgesprochen. Sie sind zu teuer. (Redner sucht das statisch nachzuweisen.)

Die Fragen, welche durch die Heimarbeitseinstellung aufgeworfen sind, sind so schwierig, daß jeder davon bleiben soll, der sie nicht genau versteht.

Verabredung niederschmetternd

war es für mich, zu sehen, daß auch für die Beamtenuniformen so niedrige Löhne gezahlt sind, z. B. für Reithofen, an denen ein Mann neun bis zehn Stunden arbeitet, 1,25 M. könnte man nicht nach dem Beispiel Württembergs solche Arbeiten von Staatswegen vergeben? (Beifall.)

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Trimborn (Z.) und Rindler (fr. Vp.) wird der Etat bewilligt. Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Sonnabend, 10 Uhr vormittags. (Etat der Justizverwaltung.) Schluß: 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Steuerausgleichskommission stimmt einer Anstaltspostartensteuer zu.

Die Finanzreformkommission kam in der gestrigen Sitzung über den von uns schon mitgeteilten Antrag Racken — Versteuerung der Anstaltspostarten mit 2 Pf. pro Stück — nicht hinaus. Nach Eröffnung der Sitzung, verließ der Vorsitzende Dr. Wülfing ein Telegramm, enthaltend einen Protest der Generalversammlung des Verbandes mitteldeutscher Papierfabrikantenvereine in Leipzig, gegen die vorgeschlagene Steuer, weil dadurch die Papierindustrie, die jährlich 1800 Millionen Anstaltspostarten das Material liefert, ganz erheblich geschädigt werden würde.

Der Antragsteller hält die Anstaltspostarten, die in weitaus überwiegendem Maße ein Luxusartikel sei, der vielfach zur Verfertigung der Briefe diene, für ein vorzügliches Steuerobjekt. Da die Reichspost alljährlich circa 500 Millionen solcher Karten befördere, würde die Steuer einen Ertrag von circa 10 Millionen Mark ergeben. Das Zentrum sei bei Stellung des Antrages von dem Gedanken ausgegangen, wenn die notwendigen Nahrungs- und Genussmittel mit Steuern belastet würden, könne auch die Anstaltskarte eine so geringe Belastung wohl vertragen. Das erscheine um so gerechter, wenn man sich vergegenwärtige, welche Verdienste und welche Arbeit die Postbeamten gerade von den Anstaltskarten hätten. Die Arbeiter kämen dabei gar nicht oder doch nur in sehr geringem Maße in Frage, da sie, nach den ihm gewordenen Mitteilungen von christlichen Arbeitersekretären nur sehr wenig Gebrauch von den Anstaltskarten machten.

Der Staatssekretär des Reichspostamts Kracke vernicht in dem Antrage sowohl, wie in der Begründung Rackens eine bestimmte Definition des Begriffs Anstaltspostarten und fragt, unter Vorgehung einer Karte, auf der rechts oben ein kleines Sträußchen eingedrückt ist, wo der Absender ein: „Mein Liebes“ vorgelegt hat, ob dies eine stempelpflichtige Anstaltskarte sei im Sinne der Antragsteller. Es muß absolut sicher festgestellt werden, was als Stempelpflichtige Karte gelten soll und zwar so deutlich, daß sich sämtliche 100 000 Postbeamte darüber klar würden. Der Antrag rufe die schwersten verkehrswirtschaftlichen Bedenken wach. Die Postverwaltung könne unmöglich die Garantie für den Eingang dieser Steuer übernehmen, wie es die Ergänzungsanträge zu dem Antrage Racken fordern. Uebrigens würde sich der Ertrag, den die Antragsteller herausgerechnet haben, nicht ergeben, denn die Einführung der Steuer würde sofort ein Rückgang in den Portoeinnahmen eintreten, und wenn dieser Rückgang sich auch nur auf 1/2 Millionen Postkarten (von den 500 Millionen) belaufen würde, so läme nur ein Reinertrag aus der Steuer von 1/2 Millionen heraus. Einen Nachschuß dafür ergäbe ein postalisches Experiment der italienischen Postverwaltung mit Erhöhung des Portos für Anstaltskarten, wo sich alsbald ein Ausfall von 50 Proz. der Portoeinnahmen ergeben habe. Er ersucht die Kommission, diese Bedenken mit in Erwägung zu ziehen.

Genosse Lipinski tritt der Ansicht Rackens entschieden entgegen, daß die Anstaltskarte ein Luxusartikel sei, und mißt daran den Grad der Sachkenntnis der Antragsteller. Nicht nur reiche Leute, sondern auch arme und namentlich Arbeiter bedienen sich dieses ebenso bequemen wie angenehmen Mittels, ihren Lieben daheim Grüße aus der Ferne von dem zeitweiligen Aufenthaltsort zu geben. Sodann zergliedert er den ganzen Produktionsprozess, um zu zeigen, wie viel verschiedene Industrien daran beteiligt sind, wie viel Tausende von Arbeitern darin beschäftigt sind, die mehr oder minder schwer durch die Einführung der Steuer in Mitleidenhaft gezogen werden würden. Aus seinem reichen Material über diese Frage bringt er die Mitteilungen eines Fabrikanten zur Verlesung, aus denen hervorgeht, daß die deutsche Postkartindustrie schon ohnehin durch den Zolltarif und die neuen Handelsverträge schwer getroffen wurde, und wenn nun der Abzug ihrer Produkte durch die vorgeschlagene Steuer noch mehr geschädigt würde, so würde die Folge sein, daß Tausende von Arbeitern brotlos würden. Auf die verkehrswirtschaftlichen Schwierigkeiten übergehend, richtet er an die Antragsteller die Frage, wer denn die Steuer für unfrankierte oder auch frankierte, aber nicht gestempelte in öffentliche Briefkästen geworfene stempelpflichtige Anstaltskarten bezahlen solle, wenn der Adressat die Annahme verweigere. Alles in allem genommen, sei der Antrag unannehmbar. Auf den gleichen Standpunkt stellt sich Dr. Wiemer (fr.) Müller-Gulda (Z.) erkennt, weder die Bedenken des Staatssekretärs noch die der Redner als erheblich an und behauptet von der Durchführbarkeit und Ertragsfähigkeit des Vorschlages überzeugt zu sein. Genosse Singer hat den Antrag, als er davon zuerst Kenntnis erhalten, als einen Scherz betrachtet, bis er ihm gedruckt vorlag. Ohne Zweifel würde die deutsche Postkartindustrie, die den Siegeszug durch die Welt gemacht, ganz erheblich geschädigt und die Konkurrenz des Auslandes dadurch wesentlich gehindert werden. Durch den sicher zu erwartenden Ausfall an Portoeinnahmen würde der finanzielle Erfolg auf 0 heruntergedrückt, aber eine ganz ungeheure Verschärfung der Postverwaltung herbeigeführt werden. Und nun die Hinterziehungen, die dadurch sehr leicht seien, daß der Absender die Karte nicht als Postkarte, sondern als Drucksache im Wert verkaufe. Im Interesse der Antragsteller läge es, dem Antrage hier in der Kommission gleich heute ein stilles Begräbnis zuteil werden zu lassen, damit sich nicht erst die Deffektivität damit zu besinnen habe, womit schon eine gewisse Beunruhigung der in Frage kommenden Industrien verknüpft sei.

Während Delb (nat.) erklärt, heute für den Antrag stimmen, ihn aber bis zur zweiten Lesung noch einer näheren Prüfung unterziehen zu wollen, bekennst sich Dr. Wolff (Wirtsch. Vg.) als Gegner, nachdem er ihn bisher für annehmbar gehalten habe.

Da Racken (Z.) und später auch noch Gröber (Z.) sich darüber bestritten, daß der Regierungsvorbericht nicht mit beiden Händen zugleich nach dem fetten Steuerbissen gegriffen, sondern so schwere Bedenken gegen die Durchführbarkeit geäußert habe, erklärt der also angerepelt Staatssekretär, daß er es für seine Pflicht als Vertreter des Bundesrats halte, alle Bedenken, die bei Erörterung eines gesetzgeberischen Vorschlages obwalten, in den Vordergrund zu stellen. Gegenüber Volkelmann (Rp.), der da meinte, daß durch die Ausführungsverordnungen des Bundesrats alle postalischen Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt werden könnten, bemerkt der Staatssekretär, daß dies nicht angängig sei; alle Schwierigkeiten müßten durch den klaren Wortlaut des Gesetzes gehoben werden und zwar in solcher Klarheit, daß jeder Unterbeamte der Reichspost daraus klug werden könne. Die Genossen Reichhaus und Lipinski hoben auch noch den bezeichnenden Charakter der Anstaltspostarten hervor, darauf verweisend, wie sehr sie zur Verbreitung der Kenntnis der Werte klassischer und moderner Kunst und Künstler beigetragen haben. Genosse Reichhaus zieht einen Vergleich zwischen den freiwilligen Steuerbüchern und der Berliner Polizei mit ihrer Suche nach dem Mörder Hennig. Beide gleich unglücklich: sie hauen immer daneben, fassen Unschuldige und lassen Schuldige laufen. Einer progressiven Einkommensteuer, die die Wohlhabenden treffen wolle, ja schon einer vernünftigen Erbschaftsteuer weiche man aus und suche überall umher, ob man nicht unter dem Scheine der Gerechtigkeit Verzehrschranken schaffen und Besteuerungen des Fleißes, wie sie die verschiedenen Arten der Gewerbesteuer darstellen, Steuer gegen unglückliche Krüppelsteuer unter dem Namen Webrsteuer usw. durchsetzen könne. Ist es denn überhaupt die Aufgabe der Kommission, nach neuen Steuerobjekten zu suchen? — Der Reichssekretär erwiderte, daß er es wiederum auch nicht als Aufgabe der Kommission betrachten könne, daß sie alle seine Vorlagen ablehne. — Nachdem auch noch Graf v. Rudzewo-Richzynski (Pole) vom Standpunkte der Künstler

Maler und Zeichner, und zum Schluß Genosse Thiele gegen den "Radenschlag" gesprochen, erfolgte die Abstimmung, die als Resultat die Annahme der Postkartensteuer mit 14 gegen 12 Stimmen (Sozialdemokraten, Freisinnige, Pole, Wirtschaftliche Vereinigung und Wähler von den Nationalliberalen) ergibt.

Da der Vorsitzende erklärt, daß bisher noch keine weiteren Anträge für Erbschaftsteuer eingegangen seien und somit nun die Beratung der Erbschaftsteuer vorlage in der nächsten Sitzung beginnen müsse, meldet sich Müller-Fußba (Z.), der einen Antrag betr. Reichsteuer anknüpft, worauf Genosse Singer sofort eine fertige gestellte Resolution auf Einbringung eines Gesetzentwurfs betr. Reichseinkommens- und Reichsvermögensteuer überreicht. Dr. Wiemer (fr.) kündigt einen Antrag auf Aufhebung der Brantweinsteuerverordnung an. Die nächste am Dienstag stattfindende Sitzung wird über die Reihenfolge der Behandlung dieser Anträge entscheiden.

Hinter die Kulissen des LieferungsweSENS für Expeditionen in den Kolonien wurde gestern in der Budgetkommission des Reichstages hineingeleuchtet. Zur Bekämpfung des bei den Truppen in Südwestafrika ausgebrochenen Typhus machte sich die Lieferung von Mostwein notwendig, der seines Lammehaltigen wegen gegen Typhus eingesetzt wird. Es wurden erst 90 000 Liter, später mehr geliefert. In der Kommission wurde nun nachgewiesen, daß der gelieferte Wein minderewertiges Zeug war, Verschnittweine, die ihren Zweck gar nicht erfüllen konnten. Als Weinachtserklärende fungierten Vertreter konkurrierender Firmen, die ihre Tätigkeit als Sachverständiger auch gleichzeitig dazu benutzten, ihre „edlen“ Weine bei der Kolonialverwaltung abzusetzen. Die Regierung gab zu, daß Fehler vorgekommen sind, die aber durch die Eile, mit der geliefert werden mußte, und durch die damals noch ungenügende Organisation ihre Entschuldigung fanden. Begrüßt wurde auch, daß die Lieferung nur großen Berliner und Bremer Firmen übertragen seien, die deutschen Wingervereine habe man gar nicht beachtet. Weiter wurde der Kontrakt besprochen, den die Kolonialverwaltung mit der bekannten Firma v. Toppelkirch abgeschlossen hat. Der Kommission ist der Vertrag im Wortlaut vorgelegt worden. Der Abg. Erzberger meinte, daß der Vertrag bis 1911 abgeschlossen worden ist. Die Verwaltung zahle für viele Gegenstände dieser Firma mehr, als sie bei gleicher Qualität bei der Firma Jordan bezahlen müßte. Die Preisdifferenz betrage 17 und mehr Prozent. Das Monopol der Firma v. Toppelkirch sei schließlich nur darauf zu erklären, daß hinter dieser Firma hohe Herren stehen; wie ja seinerzeit auch ein höherer Kolonialbeamter (es werde der Name Sumiller genannt) mit 120 000 M. an dieser Firma beteiligt gewesen ist. Von sozialdemokratischer Seite wurde auf die merkwürdige Tatsache aufmerksam gemacht, daß der frühere Kolonialdirektor Stuebel den gegen ihn erhobenen Vorwurf, finanziell an der Firma v. Toppelkirch beteiligt zu sein, als eine Beleidigung auffaßte und flagrant geworden ist, während der preussische Landwirtschaftsminister v. Pöblich sich den gleichen Vorwurf ruhig eingestekt habe. Es müsse gefordert werden, daß Personen in so einflußreicher und hoher Stellung wie die eines Ministers stehen, entweder ihre geschäftlichen Beziehungen zu Firmen, die für den Staat so große Lieferungen ausführen, lösen oder auf ihre amtliche Stellung verzichten. Auch in den Gemeinden werde verlangt, daß Stadträte und Stadtverordnete nicht an Lieferungen für die Kommune beteiligt sind. Es sei hier zu beachten, daß die Firma jeden Monat für rund 600 000 M. Anlieferungsgegenstände allein für Südwestafrika liefert. Erzberger v. Hohenzollern betonte, daß der Minister v. Pöblich gar keinen Einfluß auf die Aufträge und Geschäftsabwicklung der Kolonialverwaltung habe, sein eventuelles finanzielles Verhältnis zur Firma v. Toppelkirch daher nicht zu beanstanden sei. Diese Anschauung wurde sowohl von konservativen wie national-liberalen und Zentrumsdemokraten durchaus gebilligt; während von sozialdemokratischer Seite abermals das unzulässige geschäftliche Beziehungen hoher amtlicher Persönlichkeiten zu Lieferanten für den Staat energisch betont wurde. — Dienstag Fortsetzung der Beratung.

## Soziales.

### Gärtnerei-Statistik am 2. Mai 1906.

Durch gemeinsamen Erlaß des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, des Ministers des Innern und des Ministers für Handel und Gewerbe vom 17. Dezember 1905 ist für das Gebiet des Königreichs Preußen eine gärtnereistatistische Erhebung angeordnet worden, deren Durchführung und Bearbeitung dem Statistischen Landesamt in Berlin übertragen worden ist. Als Zweck der Zählung bezeichnet der Erlaß die Gewinnung statistischer Unterlagen „zu den Vorarbeiten für die gesetzliche Regelung der Gewerbe- und arbeitsrechtlichen Verhältnisse des Gärtnereigewerbes“.

Als „Gärtnerei“ im Sinne dieser Erhebung sind nachstehende Arten oder Sonderarten dieses Berufes (Gewerbes) zu betrachten: Baum- und Obstgärtnerei, Obstgärtnerei, Handelsgärtnerei, Obst-, Wein- und Fruchtzucht, Gemüsegärtnerei, Blumentreiberei, Gemüsetreiberei, Samenzüchtung, Samenhandlung (sofern sie mit irgend einer Art von Gärtnerei verbunden ist, oder gärtnereiche Erzeugnisse zum Beispiel Blumenwiebeln, Blumenamen, Blumenerde und dergleichen vertrieben werden), Freilandblumengärtnerei, Kranz- und Blumenbinderei, Blumenhandlung (auch im Umherziehen), Pflanzenhandlung (auch im Umherziehen), Pflanzengärtnerei, Topfpflanzengärtnerei, Schnittblumengärtnerei (allgemein: Blumen- und Pflanzengärtnerei, Kunst- und Handelsgärtnerei), Landschaftsgärtnerei, Dekorationsgärtnerei, Gießgärtnerei, Schloßgärtnerei, Hofgärtnerei, Herrschaftsgärtnerei, Willengärtnerei, Gärtnerei der politischen und der Kirchengemeinden und öffentlichen Korporationen, Gärtnerei in staatlichen Betrieben und Anstalten usw., Gärtnerei bei Stiftungen, Friedhofsgärtnerei, Gärtnerei in Versuch-, botanischen, zoologischen Gärten, in Theatern, Vergnügungs-, Wirtschaftsgärten, Gärtnerei von Verschönerungs- und dergl. Vereinen, von Unterrichts-, Erziehungs-, Heil- und sonstigen Anstalten und sonstige Arten der Gärtnerei. Es macht für diese Erhebung keinen Unterschied, ob die Gärtnereien ihre Erzeugnisse verkaufen oder nicht.

Nicht zur „Gärtnerei“ gehört im Sinne dieser Erhebung: der selbstständig betriebene Gemüse-, Pflanzen-, Kräuterbau u. dergl. (Feldgärtnerei). — Ausgeschlossen von der Erhebung bleibt selbstverständlich auch alle Gärtnerei, die im wesentlichen bloß aus Liebhaberei, zur Erholung u. dergl. und ohne gärtnereiches Personal und ohne gärtnereiche Vorrichtungen betrieben wird (z. B. die Gärtnerei in kleinen Hausgärten u. dergl.).

Die Zählung ist am 2. Mai 1906 auszuführen; die Angaben haben sich auf den Stand von diesem Tage zu beziehen.

An Zählpapieren kommen für die Erhebung zur Anwendung:

1. ein Fragebogen über Gärtnereibetriebe (Geschäfte) bezw. für selbstständige Gärtnerei-Unternehmer (Geschäftsinhaber, Leiter) und
  2. eine Zählkarte für Unternehmer, für gelernte oder angeleitete Gärtner und Gärtnerlehrlinge.
- Der Fragebogen ist von den Unternehmern, Betriebsleitern, Arbeitgebern im Gärtnereibetriebe und zwar für den Betrieb als solchen (das Geschäft) auszufüllen.

Um das Wesen der Gärtnerei in ihrer Eigenart und deren verschiedenen Verfassungen zu erfassen, sind eine erhebliche Zahl von Fragen und Unterfragen notwendig. Das Ministerium hatte sich zu dem Zwecke auch mit den Organisationen der Gärtnerei-Unternehmer und der Gärtnerarbeitnehmer in Verbindung gesetzt, denen im Juli 1904 der erste Entwurf der Zählpapiere zur Begutachtung überliefert worden war. Die gegenwärtig für die Erhebung ausgegebenen Zählpapiere tragen den damit erlangten Verbesserungsvorschlägen Rechnung und sind ein Ergebnis dieser Mitarbeit. Der Fragebogen zur Erfassung der Betriebs-

verhältnisse verlangt ausführliche Angaben über die Art oder Sonderart des Betriebes, ob Inhaber den Betrieb für eigene oder fremde Rechnung betreibt, ob auf einer eigenen, erpachteten oder fremden Fläche Landes, Größe dieser Flächen, oder ob Gärtnereiarbeit nur für Kundhaft verrichtet wird (Landschaftsgärtnerei im Verdränge); Anzahl der Gewächshäuser (Warm- und Kalthäuser) und deren Grundfläche in Quadratmetern; Anzahl der Mistbeeten und Kastenanlagen und deren Grundfläche; wieviel und welche Arten von Wasser- und Entwässerungsanlagen, Samendörren, Trocknungsrichtungen, Samenreinigungsmaschinen u. dgl., Mäht-, Reihensicherungsvorrichtungen, Vorrichtungen für Verwendung elektrischen Lichts zur Unterstützung der Pflanzenkultur und ähnliche Einrichtungen der gärtnereischen Kautschuk-, Bind-, Wasser-, Dampf-, elektrische oder sonstige Kraftanlagen; Arbeitsmaschinen; Dampfessel für Hei- und Kochzwecke ohne Kraftübertragung; ob gewerbsmäßig betriebene Verkaufsläden zum Absatz der Erzeugnisse unterhalten werden und zwar, ob im engen örtlichen Zusammenhange mit der Gärtnerei, ob davon getrennt in der Stadt oder an einem anderen Orte und wo; oder ob überhaupt nur Ladengeschäft, Lager, Magazin, Markthallenstand und dergl. ohne Gartenbaubetrieb; oder ob selbständiger Straßen- oder Hausverkauf mit Blumen und Pflanzen betrieben wird. Ob, wenn ausschließlich als Erwerbsunternehmen betrieben, nur selbstgewonnene Erzeugnisse zum Verkauf gelangen, oder ob ein Zulauf von Roh-, halb- und ganzfertigen Erzeugnissen, Pflanzen und dergleichen stattfindet; ob in der Gärtnerei auch ohne Ladengeschäft eine Verarbeitung gärtnereischer Erzeugnisse stattfindet, wie z. B. Blumen- und Kranzbinderei. Oder ob die Gärtnerei vorzugsweise zur Gewinnung und Behandlung gärtnereischer Erzeugnisse für den eigenen Haushalt, Park usw. (z. B. bei Schloß, Hof, Gut, Herrschaft, Hof- und Willengärtnerei) betrieben wird; ob da noch neben dem Verkauf oder Verarbeitung von gärtnereischen Erzeugnissen stattfindet und ob für letzteren Zweck Roh-, halb- oder ganzfertige Erzeugnisse hinzugekauft werden. Wieweil gelernte und sogenannte angeleitete Gärtner (Spezialisten, angeleitete Zeitarbeiter) und Lehrlinge am Tage der Zählung, in der Regel und im Durchschnitt während der Monate des vollen oder überwiegend vollen Betriebes beschäftigt werden und in welchen Monaten voller oder überwiegend voller Betrieb stattfindet. Wie viel gelernte Gärtner als Verwaltungs- und Geschäftspersonal, als Verkäufer, Zeichner, Blumen- und Pflanzenpater und dergleichen beschäftigt werden; wie viel nicht gärtnereisch ausgebildetes kaufmännisches, Geschäftspersonal und sonstiges Verwaltungspersonal beschäftigt wird, desgleichen Blumen- und Kranzbindere und -Binderinnen, Manichettenmacher, Schleifendrücker und dergleichen. Wie viel gärtnereisch ungelernete Lohn- und Tagesarbeiter, Kutcher, Heizer und ähnliche Hilfspersonen; wie viel schulpflichtige Kinder darunter.

Alle diese Fragen dienen also der Ermittlung der Betriebsverhältnisse. Zu dem Betriebsfragebogen kommt nun noch eine Zählkarte, die von jeder in Gärtnereigewerbe tätigen Person auszufüllen ist, die in irgend einer Sonderart der Gärtnerei (siehe oben) als Unternehmer, Arbeitgeber, Betriebsleiter oder als gelernter und angeleiteter Gärtner, Gärtnergehilfe, Gärtnerlehrling, gleichviel ob männlichen oder weiblichen Geschlechts, in einem Gärtnereibetriebe (Geschäft) berufstätig ist, d. h. ihren Erwerb ganz oder teilweise — haupt- oder nebenberuflich — in der Gärtnerei findet. Dabei sind die bloß angeleiteten Gärtner (Spezialisten u. dergl.) genau ebenso wie die gelernten zu behandeln; ingleichen solche gelernten oder angeleiteten Gärtner, die zurzeit der Erhebung oder in der Regel lediglich in der Geschäftsstube (Kontor), in einem Arbeitsraum oder als Verkäufer usw. beschäftigt sind. — Dagegen ist keine Zählkarte aufzustellen: für gärtnereisch ungelernete Hand- und Tagesarbeiter, nicht gärtnereisch ausgebildete Pater, Kutcher und ähnliche Hilfspersonal, ferner für Verkäufer und Verkäuferinnen ohne gärtnereische Vorbildung, für kaufmännisches Geschäftspersonal und Verwaltungspersonal, soweit es keine gärtnereische Vorbildung besitzt, überhaupt für gärtnerei-technisches, nicht gärtnereisch gelerntes oder angeleitetes Personal. Von diesem letzteren Personal wird nur die Zahl und zwar, wie oben ersichtlich, in dem Betriebsfragebogen festgestellt.

Ueber das angeleitete und gelernte Gärtnereipersonal sollen durch die Zählkarte folgende Verhältnisse ermittelt werden: Stellung im Betriebe (Unternehmer, Gehilfe, angeleiteter Gärtner, Lehrling); das Alter; beim Arbeitgeber Wohnung und volle Kost? Wohnung und teilweise Kost? Nur Wohnung? Nur Kost? Eine vertragsmäßige, nicht gärtnereische Nebenbeschäftigung (z. B. als Diener, Jäger usw.)? Ob eine ordentliche Lehrzeit zurückgelegt oder ob noch in der Lehre? In welcher Sonderart der Gärtnerei hauptsächlich ausgebildet? Wo die Ausbildung erhalten? Wie lange gelernt bzw. wie lange soll die Lehrzeit dauern; ob eine Akademie, Gärtnereischule, Gartenbauschule, Hof- oder Fortbildungsschule besucht, wo und welche. Wenn keine ordentliche Lehrzeit zurückgelegt, als was oder in welcher besonderen gärtnereischen Fertigkeit wenigstens angeleitet.

Es ist zuzugeben, daß die auf dem Fragebogen und auf der Zählkarte enthaltenen Fragen ausreichend sind für den Zweck der Statistik. Weniger wahrscheinlich ist allerdings, daß die Verantwortung durchgehends wahrheitsgemäß und so erfolgen wird, daß die Antworten ein wirklich klares Bild der Verhältnisse zeitigen werden. Es steht nämlich zu befürchten, daß eine erhebliche Anzahl von Unternehmern, vornehmlich die von Großbetrieben, bestimmte Verhältnisse verschleiern werden. So werden aller Voraussicht nach die meisten „angelernten“ Gärtner, Spezialisten, die ursprünglich als gewöhnliche Arbeiter in den Betrieb einzuknien und sich dort für bestimmte Teilarbeiten ausgebildet haben, die also dasselbe Personal hier darstellen wie in Fabriken die Zeitarbeiter, entgegen dem Willen der Statistik, zumeist unter den ungelerten Tagesarbeitern verschwinden. Und ebenso steht zu befürchten, daß die technischen Einrichtungen viel kleiner und in geringerer Zahl erscheinen werden als sie in Wirklichkeit vorhanden sind. Und das alles um damit zu beweisen, daß die Gärtnerei in arbeits- und gewerbrechtlicher Beziehung nicht in Gemäßheit der Gewerbeordnung zu behandeln sei, sondern der Landwirtschaft gleichgestellt werden müsse. In dieser Beziehung sind die Gärtnerei-Unternehmer schon mehr wie ein Jahrzehnt durch ihre Organisation vorbereitet worden. Da eine Nachprüfung, etwa durch paritätische Kommissionen von Gärtnereifachverständigen (Unternehmern und Angehörigen) nicht erfolgt, so werden derart tendenziöse Entstellungen leider als Bild zum Schaden der Arbeitnehmerinteressen verurteilt.

Einen weiteren schwereren Mangel enthält die Personal-Zählkarte in der Frage: „In welcher Art oder Sonderart der Gärtnerei sind oder werden Sie hauptsächlich ausgebildet?“ Dazu heißt es in einer Fußnote: „Auf der Rückseite ist eine Uebersicht über die hauptsächlichsten Gärtnereiarten abgedruckt.“ Und zwar stehen auf der Rückseite aufgeführt: Baumgärtner, Obstgärtner, Rebschulen, Obst-, Wein-, Fruchtgärtner, Gemüsegärtner, Gemüsetreiberei, Samenzüchtung, Freilandblumengärtner, Blumentreiberei, Pflanzengärtner, Staudengärtner, Rosenkulturen, Topfpflanzengärtner, Schnittblumengärtner, Landschaftsgärtner, Dekorationsgärtner, Blumen- und Kranzbinderei, Blumenhandel, Pflanzenhandel, Samenhandel, sonstige Gärtnerei aller Art.“ Die Zählkarte enthält für die Antwort einen so kleinen Raum, daß nur eine solche Gärtnereiart angeführt werden kann; es ist aber unmöglich, damit die Ausbildung der Gehilfen zu charakterisieren; für die Regel sind die gelernten Gärtner in etwa der Hälfte aller aufgezählten Arten gleichmäßig ausgebildet, und nur die „angelernten“ Spezialisten vermögen präzis eine Art anzugeben. Wie hier also sich ein klares Bild ergeben soll, ist unerschwinglich. Im ersten Entwurf der Zählpapiere (Juli 1904) war das weit zweckdienlicher eingerichtet, dort hieß es: „Unterstreichen Sie die Sonderarten, die für Sie in Frage kommen“.

Ursprünglich war die Gärtnereistatistik für 1905 geplant; dann sollte sie zugleich mit der Reichsberufs- und Gewerbezählung 1907 stattfinden und sich über das ganze Deutsche Reich erstrecken. Nun ist sie zum 2. Mai 1906 und nur für das Königreich Preußen ausgeschrieben worden. Deshalb man nicht noch das eine Jahr gewartet hat und dann gleich das ganze Reich berücksichtigte, ist nicht ersicht-

lich. Von einer Seite, die vielleicht nicht ganz ununterrichtet ist, wird behauptet, die preussische Regierung trage sich zurzeit mit dem Gedanken, die gewerbliche und die nichtgewerbliche Gärtnerei als ein geschlossenes Wirtschaftsgebiet zu behandeln und die arbeits- und gewerberechtlichen Verhältnisse durch eine Landes-Sondergesetzgebung, analog dem Vergrecht, zu regeln. Einem solchen Bestreben müßte mit aller Entschiedenheit entgegen gewirkt werden, weil hierdurch die Arbeitnehmer außerhalb des Reichsrechts gestellt würden, dem sie, wie wir wiederholt dargelegt haben, zum großen Teil schon heute unterstellt sind. Eine partikularrechtliche Regelung würde die Verwirrung, die auf dem Rechtsprechungsgebiet über die Rechtsverhältnisse der Gärtner herrscht, lediglich vermehren und die Gärtnereiangestellten in ihrem Koalitionsrecht noch mehr wie heute gefährden. Die Unterstellung der Rechtsverhältnisse der Gärtnereigehilfen ist überdies auch mit der Reichsgesetzgebung unvereinbar. Gewerbliche Gärtnereien sind der Gewerbeordnung unterstehende Betriebe. Eine Befreiung des von uns wiederholt geschilderten Wirtschaftskreises auf dem Gebiete der Rechtsstellung der Gärtnereigehilfen kann nur eine reichsgesetzliche Regelung bringen. Für eine solche haben sich auch wiederholt Petitionen aus Gärtnereikreisen und Redner im Reichstage erklärt.

## Aus Industrie und Handel.

Friede im Kalisyndikat. Viel Geschrei und wenig Wolle kann man auch in bezug auf den Streit im Kalisyndikat sagen. Der Syndikatsvorsitz, der gegenüber einigen neuen Werken sehr forsch auftrat, hat sich anerkennend zu der Ueberzeugung aufgeschlossen, daß Konsequenz und Mut vielleicht eine schöne Sache, die Anpassung unter Umständen die viel wertvollere Tugend, nämlich die der Tatkraft fallenden sei. In seiner letzten Sitzung hat der Ausschuss sich im wesentlichen auf die Quotenforderungen der in Betracht kommenden Werke verpflichtet. Damit erscheint der Bestand des Kalisyndikats gesichert, der Preisstreit vermieden. Es wird nun noch mehr Kapital im Kaliberbau spekulativ angelegt, die Konsumenten und die Arbeiter zahlen die Kosten.

Güterandrang an der russischen Grenze. Die in Erwartung des Inkrafttretens der neuen Zolltarife eingetretene Steigerung des Ein- und Ausfuhrverkehrs auf den Bahnen macht sich bereits unliebsam fühlbar. Die Station Wirballen verweigert wegen Platzmangel infolge enormen Güterandranges die weitere Annahme deutscher Güterzüge, und es stehen augenblicklich in Eydtkuhnen bestimmt weniger als 401 verladene Waggons mit für Rußland bestimmten Waren, die zur Ueberführung nach Wirballen aufgegeben sind und infolge der Annahmeverweigerung seitens dieser Station nicht dorthin überführt werden können.

Wenn jetzt bereits, einen vollen halben Monat vor dem Inkrafttreten des neuen russischen Tarifs, solche Störungen eintreten können, so ist die erste Besichtigung am Plage, daß auch frühzeitig abgehandelte Waren nicht mehr vor Inkrafttreten des neuen Zolltarifs über die Grenze gebracht werden. Der Handelsvertragsverein bittet alle Interessenten, seiner Geschäftsstelle, Berlin W. 9, Köthenerstraße 28/29, unverzüglich Mitteilung zukommen zu lassen, wenn an anderen Grenzplätzen etwa ähnliche Kalamitäten herbeizutreiben, damit so schnell wie möglich Versuche zur Abhilfe gemacht werden können.

### Beforgung des Weltmarktes mit Baumwolle im Jahre 1905/06.

Zu Beginn des Erntejahres 1905/06, am 1. September 1905, war der Vorrat amerikanischer Baumwolle in den Märkten und Spinnereien der Welt erheblich größer als im Anfang früherer Erntejahre; derselbe betrug sich auf ziemlich 3,1 Millionen Ballen. Der verfügbare Vorrat und der Verbrauch amerikanischer Baumwolle dürfte sich für das Jahr bis zum 31. August 1906 folgendermaßen stellen:

	Ballen
Am 1. September 1905:	
Sichtbarer Vorrat . . . . .	1 594 000
Vorräte in amerikanischen Spinnereien . . . . .	684 000
Vorräte in europäischen Spinnereien . . . . .	840 000
Gesamtvorrat (außer der in den Farmen befindlichen Menge) . . . . .	8 068 000
Ernte vom Jahre 1905 (geschätzt) . . . . .	10 500 000
Verfügbare Vorrat für 1905/06 . . . . .	13 568 000
Weltverbrauch amerikanischer Baumwolle 1905/06 (Schätzung) . . . . .	11 868 000
Restbestand am 31. August 1906 . . . . .	2 200 000

Die Versendung indischer Baumwolle erreichte vom 1. September 1905 bis 19. Januar 1906 im Vergleich zum Vorjahre folgenden Umfang:

	Ballen	1905/06	1904/05
Nach Großbritannien . . . . .	31 000	15 000	
Nach dem europäischen Kontinent . . . . .	362 000	141 000	
Zusammen . . . . .	393 000	156 000	

Die ägyptische Baumwollenernte wird nach offiziellen Angaben ungefähr 60 000 Ballen mehr als im Vorjahr für den Markt liefern. Diese Ballenzahl kommt, da der ägyptische Ballen 750 Pfund wiegt, rund 90 000 amerikanischen Ballen gleich. Die Mehrernte wird voraussichtlich von den englischen Spinnereien aufgenommen werden, da in Großbritannien 1906 rund 2 Millionen mehr Spindeln als 1905 zur Verfügung stehen, die hauptsächlich zur Erzeugung feiner Garne aus ägyptischer Faser bestimmt sind. (Nach Manufacturers Record.)

Neues Elektrizitätsprojekt. Um den Thyssenschen Monopolen in der Verorgung mit elektrischer Energie zu begegnen, hatte der Landrat Gerstein in Bochum die Gründung eines kommunalen Elektrizitätswerkes für eine Reihe von Städten und Gemeinden angeregt. Das Projekt zerfiel sich. Wie jetzt gemeldet wird, plant Gerstein nun die Gründung eines kommunalen Elektrizitätswerkes für die Kreise Bochum-Stadt und Land, Gelsenkirchen-Land und einen Teil von Reddinghausen. Es soll eine Aktiengesellschaft gebildet werden, an der die Kommunen, industriellen Werke und Finanzleute sich beteiligen können. Den Kommunen soll eine vorläufige Beteiligung von 35 Prozent und das Recht des Erwerbes sämtlicher Aktien innerhalb zwei Jahren eingeräumt werden. Als Kraftquelle gebietet man industrielle Abgase zu verwenden. Da die industriellen Werke dem Plan angeblich sympathisch gegenüberstehen, so hält man seine Verwirklichung für wahrscheinlich.

An die Verwirklichung des Projektes glauben wir noch nicht. Es mögen industrielle Werke dem Plane Sympathie entgegenbringen, aber die in Betracht kommenden Werke haben für ihre Abgase genügend Selbstverwendung. Sie würden jedenfalls nur unter der Bedingung, ausschlaggebenden Einfluß zu erhalten, sich beteiligen. Die Kommunen kämen dann in dieselbe Situation, der sie sich gegenüber den Thyssenschen Plänen erwehren wollen.

### Handelsvertrag mit Serbien.

Die Stapschina hat heute den Handelsvertrag mit dem Deutschen Reich endgültig angenommen. Die nächste Sitzung ist auf den 26. Februar anberaumt.

Der deutsche Kartoffelhandel mit dem Auslande hat sich in den letzten Jahren gewaltig vermindert. Im Jahre 1905 ist einmal die Einfuhr von Kartoffeln um nicht weniger als 427 000 Doppelzentner oder um circa 14 Proz. gegen das Jahr 1904 gestiegen, sodann ist die Kartoffelausfuhr Deutschlands um 951 000 Doppelzentner oder mehr als 40 Proz. zurückgegangen! Bis zum Jahre 1903 war seit 1898 mit Ausnahme des Jahres 1899 der Kartoffelport immer größer als die Einfuhr; in den beiden letzten Jahren aber ging die Einfuhr ganz bedeutend über die Ausfuhr hinaus. Seit dem Jahre 1900 stellten sich nämlich Ein- und Ausfuhr von Kartoffeln in Tonnen wie folgt:

	Einfuhr	Ausfuhr
1900	177 683	180 815
1901	140 763	224 410
1902	158 900	197 291
1903	179 469	272 940
1904	311 403	243 896
1905	354 110	148 748

Die gewaltige Einfuhrsteigerung verteilt sich auf fast alle importierenden Länder. An der Spitze steht nach wie vor Holland, das ein Drittel zur Gesamteinfuhr liefert; die kräftigste Ausdehnung im Laufe der Jahre aber zeigt der Kartoffelhandel mit Belgien. Im letzten Jahre führte Belgien mehr als dreimal so viel Kartoffeln ein wie im Jahre 1900. Allerdings hat auch die deutsche Landwirtschaft ihr Absatzgebiet in Belgien stark vergrößert; ihre Kartoffelausfuhr ging von 50 000 Doppelzentner im Jahre 1900 auf 309 853 im Jahre 1905 hinauf. Eine bedeutende Zunahme gegenüber 1900 hat noch der Kartoffelimport aus Rußland erfahren; im Vergleich zum Jahre 1904 war er allerdings etwas eingeschränkt. Sehr verschiedenartig entwickelte sich die Nachfrage des Auslandes nach deutschen Kartoffeln. So stand noch im Jahre 1904, wie schon 1900, Großbritannien an erster Stelle; es bezog rund 921 690 Doppelzentner von Deutschland. Im letzten Jahre nun ging der Import Englands ganz unterhältnismäßig zurück; es führte nur noch 23 367 Doppelzentner aus Deutschland ein. Dafür eroberte sich aber die deutsche Landwirtschaft neuerdings Holland als Absatzgebiet für Kartoffeln.

Kein Entgegenkommen. Das rigorose Vorgehen amerikanischer Zollabfertigungsstellen bildet einen Hauptklagepunkt der Importeure und Exporteure. Anscheinend soll an den bestehenden Zuständen auch nichts geändert werden. Es wird gemeldet: In einer Konferenz zwischen dem Präsidenten Roosevelt, Kaufleuten und Zollbeamten wurde das Gesetz der Importeure um Einführung öffentlicher Verhöre in Fällen, in denen sich Meinungsverschiedenheiten über die Wertabschätzung von Waren ergeben, abgewiesen. Auch deutsche Importeure hatten das Gesetz unterstügt.

## Aus der Frauenbewegung.

Schöneberg. Am Montag, den 12. Februar, hielt der hiesige Frauen- und Mädchenverein im Klubhause seine regelmäßige Versammlung ab. Fräulein Dr. Springer hielt einen Vortrag über: „Was ist unserm Körper in gesundheitlicher Hinsicht dienlich.“ Der sehr lehrreiche Vortrag fand beifällige Aufnahme. Es entspann sich eine rege Diskussion. Unter Vereinsangelegenheiten wurde bekannt gegeben, daß am 3. März ein Massenball in Obits Festsaal stattfindet. Programm: Jahrmarschrummel und Fingerringzug! Aufgenommen wurden im vergangenen Monat 29 Mitglieder. Sodann wurde bekannt gegeben, daß jedes dem Verein angehörende Mitglied beim Ableben durch Kranzspende und Nachruf im „Vorwärts“ vom Verein geehrt wird.

Richtenberg. Der hiesige Frauen- und Mädchen-Verein hielt Montag, den 10. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale der Gebrüder Krenholdt, Frankfurter Chaussee 6, seine Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht: 1. Vortrag von Herrn Dr. Schwerin über „Frauentrankeheiten“. 2. Diskussion. 3. Bericht der Vorsitzenden und der Kassiererin. 4. Neuwahlen des Vorstandes. 5. Vereinsangelegenheiten. Aufnahme neuer Mitglieder. Recht

zahlreiches und pünktliches Erscheinen verlangt die wichtige Tagesordnung. Frauen als Gäste willkommen. Der Vorstand.

Weisensee. Einen glänzenden Verlauf nahm die am 13. d. M. im Prälaten von der örtlichen Vertrauensperson einberufene öffentliche Versammlung. Eine den Saal füllende Menge nahm das Referat des Genossen Wehrle-Berlin, der an Stelle des verhinderten Genossen H. Hoffmann erschienen war, entgegen. Redner erklärte den ganzen Werdegang der Kirche, ihre verbummende und einschüchternde Tendenz, mit dem bezweckten Resultat, das arbeitende Volk zu einem gefügigen Werkzeug der herrschenden Klasse zu machen. Zum Schlusse forderte Redner zum Austritt aus der Landeskirche auf. Auch die sämtlichen Diskussionsredner, die zum Teil noch die Schule und die Kirchensteuern in den Bereich der Erörterung zogen und einen Vergleich der Religion mit der Wissenschaft zogen, stimmten dem Referenten bei.

Vor dem Vortrage gab die Vertrauensperson, Genossin Neumann, ihren Tätigkeits- und Kassenbericht während der letzten beiden Jahre. Auch dieser Bericht gab Veranlassung zu einer ausgedehnten Diskussion. Die Frauen wurden aufgefordert, den Hintertreppen- und Schundzeitungsromanen keine Aufmerksamkeit zu schenken, sondern anstatt dessen belehrende und aufklärende Zeitungen und Schriften zu lesen. Hierfür kämen einzig und allein nur die „Gleichheit“, welche alle vierzehn Tage erscheint und pro Nummer 10 Pf. kostet, sowie der „Vorwärts“ in Betracht. Die Letztere allein genüge aber nicht, die Frauen hätten doch ein gutes Beispiel an den Organisationen ihrer Männer; auch sie müssen sich den bereits bestehenden Frauenbildungsvereinen, sowie, so weit sie gewerblich tätig sind, den Gewerkschaften anschließen.

Als örtliche Vertrauensperson wurde die Genossin Teuber bestimmt. Auf Antrag der Revisorinnen wurde der Genossin Neumann für ihre Tätigkeit seitens der Versammlung Dankschreiben erteilt.

Ablershof. Der Verein für Frauen und Mädchen in Ablershof hielt am Montag, den 12. Februar 1906, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Herrn Wollstein, Bismarckstraße 24, seine Generalversammlung ab. Es fand eine Vorlesung über „Ernährung und Wohnungsfrage“ statt. Nachdem die Vorsitzende und die Kassiererin Bericht gegeben hatten, wurde die Neuwahl der Verwaltung vorgenommen. Frau Ulbrecht blieb erste, Frau Klingler zweite Vorsitzende, Frau Hildebrandt ging als Kassiererin, Frau Kaufhold, Frau Rümer und Frau Neumann als Revisorinnen aus der Wahl hervor. Aufgenommen wurden drei neue Mitglieder. Der Vorstand.

## Gerichts-Zeitung.

„Als wahr unterstellt.“ In einer der beliebtesten und für den Angeklagten wie für die Erforschung der Wahrheit gefährlichsten Beschränkung der Verteidigung gehört die Kassele, das Gericht lehnt den Verteidigungsantrag ab, weil es die behauptete Tatsache als wahr unterstellt. Es ist dies unter allen Umständen eine Beschränkung der Verteidigung, weil das Urteil nach dem Grundsatz der Strafprozedur auf dem Inbegriff der aus der mündlichen Verhandlung geschöpften Ueberzeugung beruhen soll. Dieser Grundsatz der Strafprozedur wird in der Praxis recht häufig mißachtet. Unsere Leser entsinnen sich, daß vor kurzem festgestellt werden konnte, daß ein Urteil auf Grund der gegen den Angeklagten zusammengetragenen Akten fix und fertig vor Beginn der mündlichen Verhandlung vorlag. Und derartige Vor-Urteile sind leider nicht einzeln dastehende Erscheinungen. Das Reichs-

gericht hat dieser Mißachtung des in der Strafprozedur zum Ausdruck gelangten Grundsatzes der Mündlichkeit und Unmittelbarkeit des Verfahrens leider durch seine Rechtsprechung erheblichen Vorstoß geleistet. So hat es die Unterstellung einer Behauptung als wahr für zulässig erachtet. In vielen Prozessen haben Gerichte nun diese Formel benutzt, um die vom Angeklagten über erhebliche Punkte angetretenen Beweise abzulehnen. Aus Anlaß eines speziellen Falles hat das Reichsgericht diese der Erörterung der Wahrheit ungünstige Judikatur in einer am Donnerstag getretenen Entscheidung in etwas, freilich auch nur in etwas eingeschränkt. Der Fall lag wie folgt:

Wegen Verleumdung des Landgerichts Eisenach ist am 24. Juni vorigen Jahres vom Landgerichte Weimar der Kaufmann Georg Heineke in Eisenach zu einer Geldstrafe von 150 M. verurteilt worden, nachdem ein früheres Urteil, welches auf 200 M. lautete, vom Reichsgericht auf seine Revision aufgehoben worden war. In einem früheren Prozesse vor dem Landgerichte Eisenach war ein gewisser A. als Zeuge geladen. Im Wartezimmer soll der Angeklagte diesem und anderen gegenüber die intrinierte Aussage getan haben. In der Hauptverhandlung am 24. Juni vorigen Jahres hatte nun der Angeklagte den Antrag gestellt, A. als Zeugen zu vernehmen. Das Gericht hatte diesen Antrag aber mit der Begründung abgelehnt, es unterstelle die Wahrheit dessen, was der Zeuge nach der Behauptung des Angeklagten auszusagen sollte. Im Urteile wurde dann aber die zu erwartende gewesene Aussage des A. etwas anders dargestellt. Hierin erblickte der Angeklagte eine Beschränkung seiner Verteidigung und er führte dies in seiner Revision, die er persönlich vor dem Reichsgerichte vertrat, eingehend aus. Das Reichsgericht trat der Ansicht bei, daß die Vorinstanz die Bedeutung des Beweisanspruches verkannt und dadurch den Angeklagten in seiner Verteidigung beschränkt habe. Es hob deshalb das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

Boshafter Frevel. Eine Anklage wegen einer besonders boshaften Sachbeschädigung führte gestern den Bootsmann Franz Schütz vor die Schranken der siebenten Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte war auf einem Oberlande des Schiffseigners Andreas Wasserstrahl als Bootsmann angestellt. Eine ihm angewordene Jurkenreinigung regte ihn so auf, daß er seinem Arbeitgeber grobste und darauf sann, wie er diesem einen empfindlichen Schaden zufügen könnte. Er kam zu dem Entschluß, es zu versuchen, den Kahn zum Sinken zu bringen. Hier im Nordhafen führte er seinen Plan aus. Als er sich eines Tages auf dem mit Weizen beladenen Kahne allein befand, schlug er mit einem Weil einen daumendicken Spalt in den Boden des KAHNES, so daß das Wasser ungehindert einströmen konnte, und verließ alsdann das Fahrzeug. Das Wasser hatte schon einen nicht unbeträchtlichen Teil des KAHNES angefüllt, als die Gefahr bemerkt und der schließlich wohl in Aussicht stehende Untergang des Schiffes durch energisch eingreifende Hilfe vereitelt wurde. Der Schiffseigner hat durch die Frevelthat des Angeklagten einen Schaden von 6-700 Mark erlitten. — Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die vom Angeklagten bewiesenen Bosartigkeit gegen diesen eine Strafe von 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis. Das Gericht erkannte auf sechs Monate Gefängnis.

# Warenhaus Wilhelm Stein

□ Berlin N. 39, Chausseestr. 65-66 □

## Zur Einsegnung

# Kleiderstoffe, schwarz und farbig

Cheviots reine Wolle, 95-110 cm breit . . . Mtr.	85, 110, 160 Pf.	Kaschmir reine Wolle, 100-110 cm breit . . . Mtr.	140, 200, 225 Pf.
Satintuche reine Wolle, 95-110 cm breit . . . Mtr.	135, 175, 200 Pf.	Voile reine Wolle, 95-110 cm breit . . . . . Mtr.	110, 145, 185 Pf.
Kammgarnstoffe reine Wolle, 100 bis 110 cm breit . . . Mtr.	125, 175, 200 Pf.	Wolle mit Seide zirka 100 cm breit . . . Mtr.	135, 175, 225 Pf.
Alpaca-Mohair 95-115 cm breit . . . Mtr.	125, 175, 200 Pf.	Gemusterte Stoffe zirka 100 cm breit Mtr.	80, 100, 120 Pf.

## 1 Posten waschechte Zephirs

in modernen Streifen und Karos . . . . . Meter 25 Pf. 30 Pf. und 35 Pf.

# Sonder-Angebot

für Sonnabend, den 17. Februar  
 „ Montag, „ 19. „ so lange  
 „ Dienstag, „ 20. „ Vorrat\*

Apfelsinen Dtzd. 30, 35, 45, 55 Pf. || Zitronen Dtzd. 28, 35, 45 Pf.

## Fleischwaren

Pommersche Rotwurst . . . . . Pf.	50 Pf.	Kaiser-Jagdwurst . . . . . Pf.	1.00 M.
Pommersche Zwiebelberwurst . . . . . Pf.	50 Pf.	Prima Bratenschmalz . . . . . Pf.	50 Pf.

\* Verkauf an Wiederverkäufer findet nicht statt.

# New-Departure-Freilauf-Bremsnabe

Die beste der Welt In jeder besseren Fahrradhandlung Millionen im Gebrauch erhältlich.

**Jeder Arbeiter,  
Jeder Handwerker  
sollte zur Arbeit**

die Lederhose **Herkules** tragen.  
Wahrscheinlich. Sehr starkes Leder in  
praktischen grauen u. braunen Streifen,  
auch einfarbig. Am Bund aus einem  
Stück gearbeitet. Sehr feste Knapp-  
nähte. Halbbare Blot-Zischen.  
Große Hüften umloht. Die Hose

bei Entnahme von  
6 Stück 26 Pf. **4 Mr. 50**

- Wandhose ohne Knie 5 Mr. 50
  - beschnittene Wandhose 14,50, 8,75
  - Schlaues Monteur-Hose 1 Mr. 90
  - Schlaues Monteur-Hose 1 Mr. 50
  - Schlaues Monteur-Hose, prima Körper-Gewebe 2 Mr. 50
  - Schlaues Monteur-Hose, prima Körper-Gewebe 2 Mr. 10
  - Weiche Reifer-Hose 3,50, 2 Mr. 75
  - Ronditor-Hosen, dreifig 4 Mr. 50
  - Waler-Mittel 2,50, 2 Mr. 25
  - Mechaniker-Mittel (braun) 3, 2 Mr. 40
  - Weiche Leder-Hose, dreifig 7,50, 3 Mr. 75
  - Weiche Lederhosen 4,50, 2 Mr. 90
  - Stoffreiner-Anzüge, blau, nach Wunsch 5 Mr. 50
- Die Preise gelten für normale Größen.

**Baer Sohn**

En gros. Export. En detail.  
Chaussee 24a/25, Brückenstr. 11.  
Gr. Frankfurterstr. 20.  
Das 28. Haupt-Preisbuch 1906 wird  
kostenlos und portofrei zugelandt.  
Bei Bestellung von Hosen ist die  
Bandweite und die Schrittlänge, bei  
Hose und Mittel die Brustweite  
anzugeben. 1906

— Versand von 20 Mr. an franko. —

Wachstum verboten!

**Der Kenner  
raucht**

**Nr. 61**

hochfeine 6 Pf. Cigarre  
vorzüglicher würziger Geschmack

**J. NEUMANN**  
Cigarren-Fabriken — 103 Filialen.

**Josef Fischer**  
Kohlen-Großhandlung

Berlin O. 31, Brombergerstr. 19/20.

Preise ab Platz von 10 Str. an.

Industr.-Brikets, Halbsteine p. Str. 80 Pf.

in Senftenberger Salen-Briketts

„Anna“ oder „Marie“ p. Str. 90 Pf.

Henckels Werke 90

110 u. Anh. Mariengrube 95

in engl. Anthrazit, Bruch, Koks,

Steinkohlen, Holz uim.

zu billigsten Tagespreisen.

Sandwagen verleihe zu Kohlen.

5685L

Achtung! **Vereine, Gewerkschaften!**

Dem verehrten Publikum, Vereinen und Gewerkschaften sowie allen Freunden und Bekannten

zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich das herrlich an der Oberspree gelegene, mit Veranden

und Hallen versehene circa 15 000 Personen fassende Etablissement **Hasselwerder** käuflich

erworben habe. — Bequem vom Bahnhof Nieder-Schöne-weide—Johannisthal in 5 Minuten zu erreichen.

Dampferanlegestelle der Stern-Gesellschaft.

**Ausspannung für 200 Pferde. Im großen Saale jeden Sonntag: Ball. 6 Kegelbahnen.**

△△△△ Volksbelustigungen aller Art. △△△△

In meinen Festsälen Rüdgersdorferstr. 45 setze ich mein Geschäft bis zum 1. Oktober 1906

unverändert fort. Hochachtungsvoll

**Albert Scheruch, Rüdgersdorferstr. 45.**

Achtung! **Arbeiter, Parteigenossen!**

Wir gestatten uns, den politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeitern Berlins

hierdurch ergebenst mitzuteilen, daß wir unter dem Namen:

„**Hoffnung**“

Berliner Schneider-Genossenschaft, G. b. m. H.

ein Schneidergeschäft — für Maßarbeit und fertige Konfektion — eröffnet haben.

Unsere Geschäftsräume befinden sich:

**Brunnenstraße 185 parterre**

zwischen **Rosenthaler Tor** und **Invalidenstraße.**

**Verkauf nur gegen bar! Streng feste Preise!**

Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in eigenen

Werkstätten unter den von der Organisation festgesetzten

Sohnbedingungen

Um geneigten Zuspruch bittend, gezeichnet

Hochachtungsvoll

„**Hoffnung**“

Berliner Schneider-Genossenschaft.

105/10\*

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

**H. Greifenhagen Nachf.**

Brunnenstr. 17-18.

Veteranenstr. 1-2.

**Lebensmittel-  
Extra-Preise!**

Pommersche Cervelatwurst Pfd. 1.15

Thüringer Schinken ohne Knochen, ca. 2-4 Pfd. sch. Pfd. 1.20

Thüringer Schinkenspeck . . . Pfd. 1.10

Berliner Mettwurst . . . . . Pfd. 0.75

Thüringer Rothwurst . . . . . Pfd. 0.55

Schlesische Fleischwurst . . Pfd. 1.05

Braunschweiger Süzwurst . Pfd. 0.85

Landleberwurst (delikat) . . . Pfd. 0.90

**Lachs,** hochfein geräuch. u. mild { in Stücken Pfd. 0.72

{ in Scheiben Pfd. 1.10

Citronen, Dtzd. 35 Pf. Apfelsinen, Stück 3, 4 u. 5 Pf.

**Besonderes Angebot:**

Hochf. roter Portwein } pro 95 Pf.

Samos-Ausbruch } b. Abn. v. 90 Pf.

1900 Château Cantenac } 10 Flasch.

**KNORR'S  
Maccaroni.**

**Blitz-Schnell**

kommt man mit der Dampfbahn bei **Weingarten, Gitschinerstr. 72,**

Station im Hause. Empfiehlt:

1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,

1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,

auch für locupletente Herren passend.

Dieselben sind von feinen Kasackern und Kleiden, die nur einen

Monat Ihre Garbetode tragen. 57012\*

Fahrgeld wird vergütet. Bitte auf Hausnummer zu achten.

5685L

Achtung! **Vereine, Gewerkschaften!**

Dem verehrten Publikum, Vereinen und Gewerkschaften sowie allen Freunden und Bekannten

zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich das herrlich an der Oberspree gelegene, mit Veranden

und Hallen versehene circa 15 000 Personen fassende Etablissement **Hasselwerder** käuflich

erworben habe. — Bequem vom Bahnhof Nieder-Schöne-weide—Johannisthal in 5 Minuten zu erreichen.

Dampferanlegestelle der Stern-Gesellschaft.

**Ausspannung für 200 Pferde. Im großen Saale jeden Sonntag: Ball. 6 Kegelbahnen.**

△△△△ Volksbelustigungen aller Art. △△△△

In meinen Festsälen Rüdgersdorferstr. 45 setze ich mein Geschäft bis zum 1. Oktober 1906

unverändert fort. Hochachtungsvoll

**Albert Scheruch, Rüdgersdorferstr. 45.**

Achtung! **Arbeiter, Parteigenossen!**

Wir gestatten uns, den politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeitern Berlins

hierdurch ergebenst mitzuteilen, daß wir unter dem Namen:

„**Hoffnung**“

Berliner Schneider-Genossenschaft, G. b. m. H.

ein Schneidergeschäft — für Maßarbeit und fertige Konfektion — eröffnet haben.

Unsere Geschäftsräume befinden sich:

**Brunnenstraße 185 parterre**

zwischen **Rosenthaler Tor** und **Invalidenstraße.**

**Verkauf nur gegen bar! Streng feste Preise!**

Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in eigenen

Werkstätten unter den von der Organisation festgesetzten

Sohnbedingungen

Um geneigten Zuspruch bittend, gezeichnet

Hochachtungsvoll

„**Hoffnung**“

Berliner Schneider-Genossenschaft.

105/10\*

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

**Kaiser's  
Malz-  
Kaffee**

unübertroffen,

das Pfund nur **25** Pfg.

**Kaiser's Kaffee-Geschäft**

Europas größter Kaffee-Rösterei-Betrieb.

**Berlin N.:** Ackerstr. 23/26, Brunnenstr. 81, Brunnenstr. 151, Brunnen-  
straße 185, Badstr. 18, Chaussee 23, Chorinerstr. 20a, Danziger-  
straße 90, Dalldorferstr. 23, Fennstr. 53, Franseckstr. 50, Invaliden-  
straße 144, Mallerstr. 166, Putzuserstr. 41, Reinickendorferstr. 10,  
Swinemünderstr. 87, Schwedterstr. 245a, Tresckowstr. 18, Usedom-  
straße 17, Weinbergsweg 5, Wollinerstr. 42, Prinzen-Allee 31, Prinz  
Eugenstr. 20, Pappel-Allee 4.

**Berlin NW.:** Bredowstr. 43, Beusselstr. 29, Heidestr. 15/16, Hutten-  
straße 4, Lübeckerstr. 20, Luisenstr. 43/44, Alt-Moabit 112, Melanchton-  
straße 1, Stephanstr. 42, Turmstr. 30, Turmstr. 47a, Wilsnackerstr. 30.

**Berlin W.:** Culmstr. 1, Genthinerstr. 26, Gleditschstr. 48, Lützow-  
straße 83, Steinmetzstr. 41.

**Berlin SW.:** Bergmannstr. 93, Zossenerstr. 22.

**Berlin S.:** Gräferstr. 25, Sebastianstr. 88.

**Berlin SO.:** Admiralstr. 32, Köpenickerstr. 144, Muskauerstr. 18,  
Neanderstr. 37, Oranienstr. 1, Reichenbergerstr. 123, Wrangelstr. 23,  
Wrangelstr. 54.

**Berlin O.:** Andreasstr. 57, Boxhagenerstr. 14/15, Ebertstr. 48, Frank-  
furter Allee 51, Frankfurter Allee 71, Grüner Weg 41, Gubenerstr. 49,  
Krautstr. 48b, Königsbergerstr. 31, Petersburgerstr. 81, Richthofen-  
straße 15, Stralauer Allee 23b, Zorndorferstr. 48.

**Berlin NO.:** Gollnowstr. 11, Greifswalderstr. 1, Landsberger Allee 29,  
Lippinerstr. 29.

**Berlin C.:** Alte Schönhauserstr. 30, Kaiser Wilhelmstr. 20.

**Charlottenburg:** Augsburgerstr. 59/60, Berlinerstr. 98, Berliner-  
straße 125, Dankemannstr. 60, Holtzendorferstr. 4, Kantstr. 149, Kleist-  
straße 19, Nehringstr. 1, Pestalozzistr. 9a, Pestalozzistr. 29, Kaiser  
Friedrichstr. 57, Tauenzienstr. 19, Spandauerstr. 28, Uhlandstr. 82,  
Wilmersdorferstr. 126, Wilmersdorferstr. 148.

**Boxhagen-Rummelsburg:** Alt-Boxhagen 4/5.

**Deutsch-Wilmersdorf:** Berlinerstr. 131.

**Friedenau:** Rheinstr. 10.

**Friedrichsberg:** Frankfurter Chaussee 7.

**Friedrichsfelde:** Berlinerstr. 45.

**Lichtenberg:** Frankfurter Allee 171.

**Weissensee-Berlin:** König-Chaussee 82.

**Pankow:** Breitestr. 24a.

**Reinickendorf-West:** Scharnweberstr. 16.

„ **Ost:** Residenzstr. 107.

**Rixdorf:** Hermannstr. 40, Kaiser Friedrichstr. 242, Steinmetzstr. 116.

**Rummelsburg:** Schillerstr. 12.

**Schmargendorf:** Breitestr. 22a.

**Schöneberg:** Colonnenstr. 66, Goltzstr. 36, Hauptstr. 139, Tempel  
hoferstr. 21, Neue Winterfeldtstr. 44.

**Steglitz:** Schloßstr. 85.

**Tegel:** Berlinerstr. 9.

**Tempelhof:** Berlinerstr. 15.

**Adlershof:** Bismarckstr. 14a.

**Nowawes:** Friedrichstr. 15.

**Ober-Schöne-weide:** Wilhelminenhofstr. 41.

**Potsdam:** Brandenburgerstr. 20, Nauenerstr. 38.

**Spandau:** Breitestr. 49, Jägerstr. 1, Neuendorferstr. 6, Potsdamerstr. 1a,  
Schönwalderstr. 87.

**Treptow:** Baumschulenweg 19/20.

Die Revolution in Rußland.

Das Schreckenregiment in den Ostsee-Provinzen wird uns noch von einem russischen Flüchtling wie folgt geschildert:

Sämtliche esthnische und lettische sozialdemokratisch und radikal gestimmte Schriftsteller, Redakteure, Volksschullehrer und Arbeiter wurden verhaftet und erschossen oder flüchteten. Von mehr als 20 Redaktionen der esthnischen und lettischen Zeitungen und Zeitschriften sind nur zwei oder drei von den reaktionärsten noch am Leben geblieben.

In Walk wurden die Schriftsteller und Buchhändler Karison und Kandsepp verhaftet und so lange mit den Knuten geschlagen, bis sie über und über blutig waren.

In Werro wurde der esthnische Schriftsteller Unsiatu im Gefängnis mit dem Gewehrkolben geschlagen, weil er die Marcella in esthnische überfetzt und veröffentlicht hatte.

In Wesenberg wurde der Schriftsteller Kaudorf auf die Verordnung des Kreischefs erschossen, weil er ein Sozialdemokrat sei!

In Reval wollte man alle esthnische Schriftsteller hängen; sie konnten sich nur durch die Flucht retten. Das ganze Stadtamt in Reval war radikal gestimmt und alle seine Mitglieder mußten flüchten.

Wenn das russische Militär mit seinen Mordabsichten in die baltischen Provinzen einrückte, so veranstalteten die deutschen Junker ihnen überall einen feierlichen Empfang und ihre Güter verwandelten sich zu Saufanstalten, wo die Offiziere mit den Soldaten fassen und pröhen, und dann nach den Vorschriften der Barone das schuldlose Volk ausplünderten und beraubten.

Auf dem Gute Mofkaj in Lidland waren der Polizeioffizier Jwanoff und der Besitzer Baron Koffen völlig betrunken, als sie den Soldaten Befehl gaben, auf das friedliche Volk zu schießen.

Man hört auch, daß die deutschen Junker noch etliche Millionen Schadenerjah von der russischen Regierung erhalten, weil ihre finanzielle Lage nicht allzu glänzend sei. Sie belamen schon vor einem Jahre für ihre Kriege und Sauflokale von der Krone umsonst einige Millionen, obgleich ihnen für ihre Sauflokale jetzt ebenso viel Pacht bezahlt wird als vor der Einführung des Branntweinmonopols.

Der lettische Redakteur Dr. Walter erzählte unserem Gewährsmann, daß in Kurland die Barone und Junker den Kosaken und Soldaten Verhaltensvorschriften den Bauern und Volksschullehrern gegenüber gaben, die nach ihrer Meinung erschossen werden sollten.

Die Frau unseres Gewährsmannes erkaufte sich und ihren Kindern das Leben durch Vergabe von Geld und Branntwein. Ihr wurde gesagt, ihr Mann gehöre zu denen, welche die russische Regierung hängen wolle; 15 000 Rubel seien auf seinen Kopf gesetzt, weil er früher — eine sozialdemokratische Zeitung herausgab (!) und politische Reden hielt!

Nach ungefähren Schätzungen sind vom Militär in den baltischen Provinzen 700 bis 800 unschuldige Menschen, meist Weiber und Kinder, erschossen oder gehängt worden. Fast in jedem Dorfe sieht man Ruinen von verbrannten Häusern. Überall haben die Kosaken und Soldaten mit ihren Offizieren das Volk geplündert. Der Schrecken war nur gemindert durch die unter dem gegenwärtigen Regiment unaustrittbare russische Korruption. Sogar die Generale haben gegen gewisse Bezahlung den zum Tode Verurteilten Leben und Vermögen gelassen.

Die Reaktion an der Arbeit.

Die „Russische Korrespondenz“ erhält aus Petersburg folgende Depesche vom 16. Februar: Täglich wächst die Ueberzeugung, daß die Regierungsreaktion keine vorübergehende Erscheinung ist. Die Regierung meint Gere der Lage geworden zu sein, und verfolgt offen eine antikonstitutionelle Politik. Das Grundgesetz, das in kurzer Zeit veröffentlicht wird, entzieht eine ganze Reihe von Fragen der Kompetenz der Duma. Das Grundgesetz selbst wird ebenfalls nicht der Beratung der Duma unterliegen. In der schwierigsten aller Fragen, in der Agrarfrage, stellt sich die Regierung auf einen Standpunkt, der reaktionärer ist als der Standpunkt der konservativen Großgrundbesitzer. Der Vertreter der letzteren, Graf Dwaroff, schlägt die Enteignung des Güterbestandes über 1000 Dehjatinen vor. Die Regierung lehnte aber jede Idee einer Enteignung rundweg ab, und proklamierte das Prinzip absoluter Unantastbarkeit des Privateigentums. Damit ist jede Möglichkeit einer friedlichen Lösung der Agrarfrage ausgeschlossen, und es ist ein neuer Ausbruch von Agrarunruhen im Frühjahr zu erwarten. Alle anderen vom Reichsrat in diesen Tagen formulierten und zu erwartenden Gesetze über Presse, Versammlungen, Verbände verfolgen ganz offen den Zweck, oppositionelle Elemente die Tätigkeit unmöglich zu machen. Dieser Zweck wird in den Reden der Reichsratsmitglieder gar nicht verheimlicht. Im Reichsrat sieht jetzt eine ungewöhnlich große Zahl von Mitgliedern. Die Hälfte sind alte Generale, die früher nie erschienen; sie sprechen kein Wort, stimmen aber immer mit Durnowo. Aus guter Quelle erfahre ich, es existiere augenblicklich der Plan, die Duma Ende April zu berufen. Diese Duma werde aber nur Fragen über Organisation ihrer Arbeiten besprechen und sich dann nach einigen Tagen bis Herbst vertagen. Die Regierung meint, ein nichtsfördernder Schein einer Volksvertretung werde genügen, um Europa von der eingetretenen Verhinderung zu überzeugen und (das ist schließlich in Rußland immer die Hauptsache!) eine Krise möglich zu machen.

Gefährliche Erpressung.

So wenig wie Rußland bei seiner jetzigen Lage das ausländische Publikum zur Vergabe von Mitteln zu begeistern vermag, kann die Regierung die eigenen Landesländer dazu bringen, ihre letzten Rubel, die ihnen Kosaken und Hooligans liehen, auf dem Altar der Reaktion zu opfern. Der russische Finanzminister befindet sich deswegen auf der Suche nach einem Gesetz oder wenigstens einem Paragrafen, der die Bevölkerung zum Opferstein zu zwingen vermag. Er hat nämlich gefunden, daß in den Forderungen des Publikums, seine Einlagen aus der Staatsbank zurückzuerhalten und die Annahme des Papiergeldes zu verweigern, eine schwere Verleumdung für die russische Regierung liege. Daher hat sich Finanzminister Schipow an den russischen Justizminister Klimow mit der Bitte gewandt, ihm anzugeben, welcher Paragraf des russischen Strafgesetzes auf die Handlungsweise eventuell bezogen werden könnte. Ist ein solcher nicht vorhanden, so wird man natürlich das Volk durch ein neues Gesetz zur pekuniären Betätigung seines Patriotismus zu zwingen versuchen.

Und weitere Finanznot.

Den Blättern zufolge hat Durnowo den Gouverneuren befohlen, die rückständigen Semstwo Steuern mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zwangsweise beizutreiben. Die Rückstände betragen schon im Jahre 1902 20 Millionen Rubel und sind gegenwärtig dermaßen angewachsen, daß den Semstvos finanzielle Zerrüttung droht.

Riga, 15. Februar. Die Polizei entdeckte in dem Keller eines Hauses im Zentrum der Stadt 14 Bomben, von denen acht gefüllt und sechs leer waren.

Kosow a. Don, 15. Februar. Ein aus 14 Personen bestehendes revolutionäres Komitee ist in einer Privatwohnung verhaftet worden.

Aus der Partei.

Wie eine Reminiscenz aus den Tagen des Sozialistengesetzes liest sich ein Bericht, den unser Vater Parteiorgan aus Delmenhorst bringt.

Wir lesen dort: „Genosse E. Vermeiren hat am gestrigen Tage unsere Stadt und damit den Machtbereich der Herren Bürgermeister Koch und Syndikus Luken unfreiwillig verlassen. Bescheiden wie immer wollte unser braver Genosse in aller Stille von hier Abschied nehmen. Einige seiner bisherigen Mitarbeiter, belamen jedoch Kenntnis von dem Zeitpunkt der Abreise und bald lagen alle Bauten der Bauunternehmer C. Zwirperling und G. Posten still. Fast alle Handwerker und Arbeiter dieser benannten Firmen hatten sich eingefunden, um den allgemein beliebten und gerechten Mitarbeiter und Klassengenossen ein Stück Weges zu begleiten. Um 3 Uhr nachmittags hatten sich etwa 200 Personen eingefunden, die durch Freunde und Bekannte des Ausgewiesenen immer mehr verstärkt wurden. Ein stattlicher Zug von Demonstranten holte den Genossen Vermeiren von seiner Wohnung ab und begab sich zunächst nach der Zentralkasse. Hier wurde vom Vorsitzenden des Bauhilfsarbeiter-Verbandes, dem Genossen Joh. Flach, eine kernige Ansprache gehalten. Auch der Genosse Vermeiren dankte in bewegten Worten für die ihm bewiesene Sympathie. Hierauf ordneten sich die Versammelten wieder zu einem Demonstrationszuge und bewegten sich durch die Luisenstraße, Langenstraße, über den Marktplatz, durch die Bismarckstraße und Parkstraße nach Mentens Hotel. In der Parkstraße vor dem Hause des Bürgermeisters Koch und der Wohnung des Syndikus Luken standen Polizeiposten, ohne Gelegenheit zum Einschreiten zu bekommen. In Mentens Hotel hielt Genosse Aug. Meyer eine ergreifende Ansprache und geißelte das jämmerliche Verhalten unseres Magistrats in betreff der Ausweisungspolitik. Durch die Deklamation eines selbstverfaßten Prologs auf Vermeirens Ausweisung durch den Genossen Flach fand die Zusammenkunft in Mentens Hotel ihren Abschluß. Dann gaben ein paar Hundert Teilnehmer dem ausgewiesenen Genossen Vermeiren das Geleit bis zum Bahnhof Heidkrug, unterwegs beim Wirt Jirud, der halbwegs gestoppt hatte, eine kurze Rast machend. In Heidkrug hielt Genosse A. Keri die Abschiedsrede, schilderte die Verfolgungen unserer Genossen in den letzten 40 Jahren und schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Arbeiterbewegung. Bald nach der Jag und unser Genosse Vermeiren fuhr mit demselben, seine Familie vorläufig zurücklassend, aus dem streife seiner Freunde und Genossen in die Welt, um sich abermals eine Heimat zu suchen. Vergebens ruft sein kleines Kind das Wort Papa, — er kehrt nicht, er darf nicht zurückkehren. . . .“

Unser Chemnitzer Parteiorgan, die „Vollstimme“, bringt in einer ihrer letzten Nummern auf der Vorderseite ein Bild des neugewählten sozialdemokratischen Vertreters. Die Parteipresse sollte der bürgerlichen Presse diese Art von Personentaktus überlassen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Aufreizungsklagen-Epidemie hat nun auch nach den Halleischen Staatsanwalt gepackt. Er fehlte gerade noch in dem großen Aufreizungslongert. Neben seinem Staatsanwaltskollegen von Torgau, der das Wahlrechtsflugblatt „aufreizend“ findet, hat er sich eines am 3. Februar im „Volksblatt“ unter der Spitzmarke „Hamburgs Fall“ von dem Redakteur Genossen Däumig veröffentlichten Leitartikel ausgelacht, der ihm nicht in den Kram paßt. Die könnte auch der Halleische Staatsanwalt in diesem Wertewerbe zurücksehen, wenn ein Torgauer Staatsanwalt seinen Arm nach dem Halleischen Flugblattzeichner ausstreckt.

Genosse Däumig wurde vor den Untersuchungsrichter, den verflochtenen Reichstagskandidaten der Ordnungspartei, Amtsgerichtsrat Dr. Windfeld, geladen, wo man ihm klarzumachen veruchte, daß es aufreizend sei, wenn in dem Artikel ausgeführt werde, daß die liberalen Kräfte Hamburgs hätten ihren Wahlrechtstaus deshalb ausführen können, weil die gepanzerte preussische Macht hinter ihnen stand und weil sie sich zum letzten Ende auf die preussischen Bajonette verlassen konnten. Aufreizend wirkte auch die Schlussfolgerung, daß unser Kampf gegen die preussische Reaktion im verschärzten Maße als Angriffskrieg geführt werden müsse, ehe er zum Verteidigungskrieg werde. Aber am aufreizendsten — eine weitere Steigerung ist nicht mehr möglich — ist nach der Meinung des Staatsanwalts das am Schluß des Artikels stehende Zitat aus dem Heterliede Schillers aus Wallensteins Lager: „Und segnet Ihr nicht Euer Leben ein, wie wird Euch das Leben gewonnen sein.“

Seit dem 21. Januar hat man hier schon viel erlebt. Wenn diese Gleichgültigkeit der Staatsanwaltschaft und Polizei so weiter geht, dann wird man fragen müssen, was dann eigentlich nicht mehr aufreizt. Schließlich nimmt man immeren Schuldben noch die Klassen weg, und füttert die Jungen mit „geistiger reizloser Kost“ aus dem Hause des Staatsanwalts. — Wenn man in gewissen Kreisen so aufgeregt ist, dann sollte man es einmal mit vegetabilischer Kost versuchen.

Gerichts-Zeitung.

Ein Silberstern hat für den Schlossermeister Wilhelm Pofsch sehr unangenehme Folgen gehabt. Wegen großen Unfalls und Schickens in der Nähe bewohnter Gebäude mußte sich P. gestern vor dem Schöffengericht I verantworten. — Am Silbersternabend des vergangenen Jahres sah P. vergnügt und guter Dinge inmitten seiner Familie beim Glase Punsch. Dieser schien wohl etwas zu stark gebraut gewesen zu sein, denn der sonst ruhige Mann verübte allerlei Alotria und stand bald völlig im Banne des Alkohols. Der Zufall wollte es, daß dem Angeklagten eine alte verrostete Pistole in die Hand fiel, mit der er sofort einen „riesigen Spah“ machen wollte. Dieser „Spah“ bestand darin, daß er unter vielen Mähen den altertümlichen Schießprügel mit einer gehörigen Pulverladung verpackte und damit das Herannahen des neuen Jahres erwartete. Kurz vor 12 Uhr begab sich P. auf die Straße. Um das neue Jahr mit einem Freudenböllchen zu begrüßen, drückte P. ab und erzielte damit den Erfolg, daß es einerseits einen Krach gab, daß sämtliche Fenster der Umgegend erzitterten und schwachnervige Menschen vom Stuhle fielen und andererseits, daß ihn ein Schuttmann am Kragen packte und zur Polizeiwache brachte. Die Folge war ein Strafmandat über eine Woche Haft wegen großen Unfalls und unbefugten Schießens. Wegen dieser empfindlichen Strafe legte Pofsch, der Familienvater ist, durch den Rechtsanwält Grünspach Verurteilung ein. Vor dem Schöffengericht machte der Verteidiger geltend, daß mit dem Vorgehen mit exemplarischen Strafen gegen Leute, die in der Silbersternnacht Unlust stiften, doch wohl nicht Personen getroffen werden sollen, die wie der Angeklagte in vom Alkohol angeregter farnavalistischer Stimmung einmal einen dummen Streich verüben. Der Gerichtshof änderte den Strafbefehl in zehn Mark Geldstrafe um.

Schadenersatzklage gegen einen Gerichtshof. Der Pfarrer P. Herrmann und der ehemalige Zahlmeisterspizant W. Herrmann haben gemeinschaftlich Grundbesitz in Steglitz. Wegen Ermächtigung der ihnen abberlangten Grundstücken für die Jahre 1896 bis 1901 führten sie regelmäßig Prozesse im Verwaltungsverfahren, die vom zweiten Senat des Oberverwaltungsgerichts in letzter Instanz erledigt wurden. Ihren Anträgen wurde nur teilweise stattgegeben. Der eine der Prozesse hatte im ersten Rechtszuge den ersten Senat des Oberverwaltungsgerichts beschäftigt. Es war Zurückverweisung in die Vorinstanz erfolgt. Infolge einer anderweitigen Geschäftsbereitstellung kam er im zweiten Rechtszuge an den zweiten Senat, der dann wie schon gesagt, in allen Prozessen der Kläger das letzte Wort sprach. — Vergeblich veruchten nun die Kläger, durch Klage im Wiederaufnahmeverfahren die rechtskräftigen Urteile insoweit anzufechten, als sie zu ihren Ungunsten ausgefallen waren. Schließlich klagten sie gegen sämtliche Mitglieder des zweiten Senats des Oberverwaltungsgerichts beim Oberverwaltungsgericht auf Schadenersatz, vertreten durch ihren Vater als ihren Generalbevollmächtigten, einen Herrn, der auf dem Oberverwaltungsgericht häufiger Gast ist. Es wurde vom Vertreter der Kläger behauptet, die Mitglieder des zweiten Senats hätten nicht richtig gehandelt, indem sie nach Meinung des Herrn nicht die Grundfälle beachtet hätten, welche der erste Senat seinerzeit bei der erwähnten Zurückverweisung der einen Sache an die Vorinstanz im ersten Rechtszuge aufgestellt habe. —

Katzenlied makte die Klage vom Oberverwaltungsgericht als unzulässig abgewiesen werden, weil das Oberverwaltungsgericht nicht zuständig ist dafür, daß ein Richter und der Staat für wirkliche Versehen seiner Beamten verantwortlich gemacht werde, und zwar von dem ordentlichen Gerichte, tritt die Sozialdemokratie ein. Derartige Klagen aber, wie die vorstehend beschriebene, machen den Eindruck als ob sie von Luten angefleht sind, die da glauben, ihre Rechtsansicht sei die Achse der Weltgegebenheiten: für solche Ansprüche fehlt jeder Boden. Die Verfolgung solcher abstrusen Forderungen hat mit der sozialdemokratischen Forderung des Schadenersatzanspruches gegen Fiskus und Beamte nicht das geringste gemein.

Preussische Richter können auch misde urteilen! Vor der Strafkammer des Landgerichts in Duisburg hatte sich am 12. d. M. der Gefangenen-Auffeher Meyer vom Gerichtsgefängnis in Ruhrort wegen mehrfacher Verbrechen im Amte zu verantworten, nämlich wegen 1. Gefangenennimhandlung, 2. wegen Verletzung des ersten Gefangenen-Auffeher, 3. Unterschlagung im Amte, 4. Entnahme von Geschenken und 5. wegen Diebstahls zum Nachteile des Fiskus. Die Zeugenvernehmung fiel demart beläufig gegen den Angeklagten aus, daß der Staatsanwalt wegen der Delikte unter 1, 2, 3 und 5 die Verurteilung beantragte, nämlich wegen Nimhandlung in vier Fällen je drei Wochen Gefängnis, wegen Verletzung 5 Tage Gefängnis, wegen der Unterschlagung in drei Fällen je 3 Monate Gefängnis, wegen Betruges in zwei Fällen je 3 Tage Gefängnis und wegen Diebstahls in zwei Fällen je 3 Tage Gefängnis. — Das Ueberraschende war nun, daß das Gericht zwar die Delikte unter 1, 2 und 3 als erwiesen annahm, die Gefangenennimhandlung sogar in vier Fällen, daß es aber dennoch bei einer gelinden Geldstrafe von 70 M. blieb. Wegen des Diebstahls zum Nachteile des Fiskus gab es ferner — 3 Tage Gefängnis.

Auffallend war, daß der Gefängnisinspektor Stahl den Angeklagten als einen ehrlichen, sehr zuverlässigen und tüchtigen Beamten schilderte. Da weiß man wirklich nicht, worüber man sich mehr wundern soll, ob über das Urteil selbst oder über das Zeugnis des Gefängnisinspektors oder über den Mut des Meyer, der mit dem Urteile nicht zufrieden ist und Revision beantragen will. Es scheint allerdings, als ob im Ruhrorter Gerichtsgefängnis etwas eigenartige Zustände herrschen. Möglich, daß von dort noch Verschiedenes an die Öffentlichkeit gezogen werden muß. Die auffallende Milde des Urteils muß geradezu verblüffen.

Ein eigenartlicher Mordprozeß. Vor dem oberbayerischen Schwurgericht in München steht seit gestern das Ehepaar Schellhaas unter der Anklage des Raubmordes, der Oberkammer Rader unter der Anklage der Urkundenfälschung und Hehlerei. Der Prozeß zeichnet sich dadurch aus, daß der vermeintlich Ermordete — ein im Jahre 1881 in Hamburg geborener früherer Beamter Gram — trotz dieser Nachforschungen weder lebend noch als Leiche hat aufgefunden werden können. Die Angeklagten Schellhaas lebten mit Gram, einem wohlhabenden alten Sonderling, zusammen. Damals waren sie noch nicht verheiratet. Die jetzige Frau Schellhaas soll beiden Männern gefällt gewesen sein. Als das frühere Dienstmädchen der erst nach dem Verschwinden des Gram standesamtlich berehelichten Schellhaas Eheleute auf 14 Tage verweist war und nach ihrer Rückkehr nach dem „alten Onkel“, so wurde Gram genannt, fragte, wurde ihr als Antwort zuteil, Gram sei vertrieben. Das war vor zwei Jahren. Die eifrigsten Nachforschungen seiner Verwandten und der Behörden haben seitdem eine Spur des Gram nicht entdecken können. Nach dem Verschwinden haben die Schellhaas Eheleute Schulden bezahlt und vielerlei Anschaffungen gemacht. Gram hatte etwa 50 000 Mark in Wertpapieren besessen. Diese Wertpapiere sind dem dritten Mitangeklagten, Rader, von den Schellhaas Eheleuten angeblich zur Aufbewahrung übergeben. Er hat dann versucht, die Wertpapiere in Geld umzusetzen. Durch diese mißglückten Versuche wurde der Verdacht einer Ermordung des Gram durch das Schellhaas Ehepaar so rege, daß sie in Untersuchungshaft genommen wurden. Die Anklage nimmt als wahrscheinlich an, daß Schellhaas, der sich nach dem Verschwinden Grams ein Automobil zugelegt hatte, die Leiche mittels des Automobils weiter befördert habe. Ueber den Ausgang des Prozesses, dessen Dauer auf mehrere Tage berechnet ist, werden wir berichten.

Ein Strafprozess aus China beauftragte vorgestern das Reichsgericht. Vom Konsulargerichte in Tschifu ist am 3. Mai v. J. der deutsche Reichsangehörige Gastwirt Fritz Kugsburg wegen Körperverletzung zu einer Geldstrafe von 300 M. verurteilt worden. Die gleiche Strafe hat seine Ehefrau Adele Kugsburg wegen Körperverletzung und Verleumdung erhalten. Beide haben den Kapitän Adler gemißhandelt, er hat ihn mit einem Knüttel geschlagen, sie hat ihn an der Kehle erstickt. — Die nur von dem Ehegatten eingelegte Berufung wurde vom ersten Strafsenate des Reichsgerichts, der Berufungsinstanz für Konsulargerichtsurteile, als unbegründet verworfen.

**Öffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung** für jedermann, S.W., Alexandrinerstr. 26. Geöffnet täglich von 5<sup>1/2</sup>—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—11 und 3—6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

**Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag, den 18. Februar, vormittags 8<sup>1/2</sup> Uhr, im Rathause, Saal 109, Eingang Jüdenstraße: Versammlung. „Freireligiöse Versammlung“. — Um 10<sup>1/2</sup> Uhr vormittags in der Schul-Halle, N. Frankfurterstr. 6: Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille: „Was bedeutet Weltanschauung?“ Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

**Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.** (G. H. W.) Hülse 3. Sonnabend, den 17. Februar, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, bei Kayler, Reichsbergerstr. 57: Mitgliederversammlung. — Hülse Berlin 4. Heute abend bei Kerkow, Androstr. 26: Mitgliederversammlung.

### Briefkasten der Redaktion.

**WaldmannsLuft.** Unentgeltlich? Niemand. Im Gegenteil, das kostet einen gehörigen Bahren. — **H. S.** Wenden Sie sich mal an das Deutsche Theater, Berlin. — **Wochener Bierhalle.** Bestimmter Fall ist und nicht bekannt. Wahrscheinlich, weil er allgemein als zu liberal tagiert wurde. — **G. H. 9.** In Sachsen und Preußen bis 1858. 110 Pf. — **P. G. 100.** Derartige durch Reklame angepriesene Heilmittel beruhen sehr oft auf Schwimbel, meistens ist deren Wirkung weit übertrieben. — **Schneider.** Versuchen Sie es mit einer Mischung von halb Wasser und halb Spiritus.

### Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7<sup>1/2</sup> bis 9<sup>1/2</sup> Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Besucher und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

**H. S. 14.** Nein. — **P. J. 30.** Leider steht Ihnen ein Recht auf Fortschickung nicht zu. Wenden Sie sich aber zunächst an die Versicherungsanstalt und wenn Sie da kein Glück haben sollten, so wenden Sie sich an

das städtische Bureau, Neue Friedrichstr. 10. Vielleicht finden Sie Aufnahme. Die Hoffnung ist freilich nicht groß. — **Wäldein.** Die Frage kann nicht generell entschieden werden. Ihre Verantwortung hängt von dem Inhalt des Versicherungsvertrages ab. — **H. D. 52.** Sie haben zunächst schuldhaft Antrag auf Unfallrente an die Berufsgenossenschaft zu richten. Die Krankenkasse zahlt Ihnen das Krankengeld aus. Von Beginn der fünften Woche sieht Ihnen der sogenannte Unfallzuschuß gegen die Kasse nur dann zu, wenn die Höhe des Krankengeldes weniger als zwei Drittel des bei der Berechnung desselben zugrunde gelegten Lohnes beträgt. Ihre Statuten haben Sie nicht beigelegt, Ihnen kann daher nicht mitgeteilt werden, ob Ihnen ein Unfallzuschuß zusteht, der Vorstand der Kasse hat aber nicht die geringste Veranlassung, Ihnen etwa falsche Auskunft zu erteilen, da die Kasse Ihre Auslagen vom Arbeitgeber ersetzt erhält. — **Krdungen 55.** Leider nein.

**Z. 7.** 1. Zur Aufnahme ist sie verpflichtet. 2. Der Ehebruch ist strafbar, wenn wegen des Ehebruchs die Ehe getrennt wird und der Verleihte den Strafantrag stellt. 3. Unverhältnißlich. — **O. D. 30.** Nein, aber ein geschlossenes Vergütungs ist zulässig. — **P. S. Baumhäuserweg.** Sie können einen Antrag an die Unfallversicherungsanstalt richten. Die Versicherungsanstalt ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, Sie in einer Heilanstalt aufzunehmen. 2. Die Körner müssen in Wasser gequillt und unter Zugung von Weich in etwa fünf bis sieben Tagen zur Reife gebracht werden. — **G. S. 100.** Leider ist die Dienstverpflichtung berechtigt, für zerbrosenes Geschirr Schadenersatz zu bezehren, wenn Fahrlässigkeit des Dienstmädchens vorliegt. Die Richter neigen zur Annahme einer Fahrlässigkeit. — **500.** 1. Nein. 2. 6—10 Part. — **Brauner.** Umfahrsteuer ist in verschiedenen Städten verschieden geregelt. Wiederholen Sie Ihre Anfrage unter genaueren Angaben, oder fragen Sie bei der in Betracht kommenden Kommunalbehörde an. — **H. K., Oranienburg.** Die Eltern sind für den durch ihre Kinder angerichteten Schaden schadenersatzpflichtig, wenn der Richter annimmt, daß der Schaden bei gehöriger Aufsicht nicht entstanden wäre. — **W. S. 100.** Sie können lediglich auf Zahlung wegen Herausgabe des Kleides klagen. — **T. A. 27.** Gegen den Ausweisungsbefehl, der auf Grund des Gesetzes von 1840 ergangen ist, müssen Sie im Verwaltungsstreitverfahren klagen. Da Sie nähere Angaben unterlassen, ist es unmöglich, Ihnen weitere Auskunft zu geben. Die juristische Sprechstunde steht jedem Abonnenten offen. Zweckmäßig ist es, den Ausweisungsbefehl mitzubringen. — **O. R. 100.** 1 und 2. Nein. — **P. G. 100.** Sie können von dem Verträge nur zurücktreten, wenn Sie beweisen, daß die Wohnung unbrauchbar ist. Die von Ihnen angeführten Umstände berechtigen nur dazu, den Mietvertrag aufzulösen, die Wohnung von den Mietern zu befreien, ihm, falls er dies nicht tut, eine angemessene Frist zu setzen und ihm anzudeuten, daß die Ermittlung der Tiere nach Ablauf der Frist auf Kosten des Mieters erfolgen würde, sowie endlich diese Drohung auszuführen. — **W. S. 5.** 1. Allgemeine Rechtsregeln und Ausführungen können wir unmöglich machen. 2. In jedem Fall geht das Recht des Kindes verloren. — **G. H. 19.** Wenn keine für Mängel hinreichende Sicherheit bei der Übergabe des Darlehens vorliegt, so würde der Pfleger für etwaigen Ausfall haften. — **Pantow 73.** Sie sind an den Vertrag gebunden. Der Richter würde annehmen, daß Sie die Verpflichtung hatten, sich die Wohnung genauer anzusehen. — **G. 1000.** 1. Liegt Unterschlagung vor, so könnten Sie Strafanzeige erstatten. Die Vollmacht können Sie ferner kündigen und Rück-

zahlung des von Ihnen an die Rechtskonsultanten Bezahlten verlangen. So schnell wie möglich lösen Sie die Verbindung, 2. Nein. — **P. S. 271.** Wird ein Haus subhastiert, also zwangsweise veräußert, so kann der neue Miet bis am dritten Tage des aus das Kaufquartal folgenden Monats den längeren Vertrag zum Quartalschluß kündigen. Wird im Februar zwangsweise veräußert, kann also der längere Vertrag bis am 3. April zum 30. Juni gekündigt werden. Wird das Haus durch den Konsultantenverwalter ohne Subhastation verkauft, so gilt der längere Vertrag. — **100 Wemelerstraße.** Wiederholen Sie Ihre Anfrage. — **S. 3. 1789.** 1. Nein. 2 und 3. Darum erledigt. 4. Der Vater oder die Mutter kann jeden ihrer Söhne ohne jeden Grund auf ihren Pflichten setzen. Ein Erwerbungsgrund liegt keineswegs vor. 5. Der Pflichtteil beträgt halb so viel wie die gesetzliche Portion. — **H. S. 39.** Sie müssen an das Vormundschaftsgericht einen Antrag zwecks Aufhebung der Verbindung mit Ihrem minderjährigen Kinde vor Einlegung der zweiten Ehe richten. Ein Beispiel zu einem solchen Antrage finden Sie in dem dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Hefen. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — **G. S. 120.** Sie können den Mieter nicht durch Polizei entfernen lassen, sondern müssen auf Ermission klagen. Die Klage können Sie jetzt bereits anstellen. — **C. S. 7.** 1. Ja. 2. 50 Pf. 3. Ja, Seite 218, 219 des dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Hefen. 4. Nein.

**S. 3. 100.** Voraussetzungen der Rückzahlung ist, daß mindestens 200 Markten gefehlt sind und zwar vor der Ehe. Einnahmen gegangene Karten zählen mit, Sie können Ersatzkarten erhalten. — **Paul 43.** 1. Das Mädchen hat kein Einspruchsrecht, aber Alimente müssen Sie weiter zahlen. 2. Nein. — **G. W. 25.** Die Statuten Ihrer Klasse sind entscheidend. Ohne Einsicht in dieselben ist es unmöglich, Ihnen eine Auskunft darüber zu geben, welche Rechte aus dem Statut für Sie folgen. — **P. S. 71.** Ihre Bedarfsaufgabe und die Steuerbarkeit Ihres früheren Ehegatten haben Sie zwecks Wiederherstellung beizubringen. — **W. S. 48.** Sie müssen klagen, eine Aufhebung der Entmündigung herbeizuführen. Ein weiterer Rat kann Ihnen leider nicht erteilt werden.

### Eingegangene Druckschriften.

**Dr. G. Liebe.** Werde gesund! Zeitschrift für Volksgesundheitspflege. Monatlich ein Heft. Preis vierteljährlich 75 Pf. Verlag: Th. Krüger, Erlangen.

**Plutus.** Kritische Wochenchrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen. (Herausgeber: Georg Bernhard.) 7. Heft. Abonnements einschließlich der Plutus-Verkauf vierteljährlich per Post und Buchhandel 3,50 M., direkt vom Verlag 4 M. Verlag: Berlin-Charlottenburg, Voetstr. 60.

**Großstädter Dokumente.** Band 7: Hans Cirkwald, Berliner Kaffeehändler. 1 M. Band 14: F. Salten. Wiener Adel. 1 M. Verlag: G. Seemann Nachf., Berlin NW. 87.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinelei Verantwortung.

### Theater.

Sonnabend, den 17. Februar Anfang 7<sup>1/2</sup> Uhr:

**Opernhaus.** Die Hugenotten. Schauspielhaus. Die Räuber. Anf. 7 Uhr.

**Deutsches.** Der Kaufmann von Venedig.

**Berliner.** Hans in allen Gassen.

**Neues.** Ein Sommertraum. Vesting. Rodmerholm.

**Schiller O.** (Wallner-Theater.) Ueber unsere Kraft. (I. Teil.)

**Schiller N.** (Friedrich Wilhelm-Städtisches Theater.) Die Nacht der Himmels.

**Welten.** Schönenleise.

**Kleines.** Kinder der Sonne.

**Komische Oper.** Hoffmanns Erzählungen.

**Reichens.** Der Prinzgemahl.

**Ernan.** Lesou.

**Volksbühne.** Der Weg zur Hölle.

**Nachmittags 3 Uhr:** Schneeweißchen und Rosenrot.

**Metro-pol.** Auf ins Metropol.

**Walhalla.** Nach Afrika, nach Kamerun.

**Gari Weich.** Die lebende Brücke auf Kuba.

**Nachmittags 4 Uhr:** Rubezahl und das lustige Schneiderlein.

**Enfeln.** Der Störenfried. Die Dienstboten.

**Deutsch-Amerikanisches.** Er und 34.

**Kasino.** Die goldene Brücke.

**Opella.** Josef Tulipatan. Am Welschen-Basar. Spezialitäten.

**Gerrufeld.** Familientag im Hause Bivillein.

**Folies Caprice.** Nach dem Papstentwurf. Der Beheme.

**Wintergarten.** Tschin-Maa's Chinesen-Truppe. — Otto Reutter. Die goldene Brücke. — Stettiner Sänger. Passage. Spezialitäten.

**Urania.** Taubens. 48/49. Abends 8 Uhr: Am Golf von Neapel.

**Nachmittags 4 Uhr:** Im Lande der Mitternachts-Sonne.

**Hörtael 8 Uhr:** Dr. Donath: Elektrisches Licht.

**Sternwarte.** Invalidenstr. 57/62. Täglich geöffnet von 1 bis 7 Uhr.

### Urania Taubens. str. 48/49.

Nachmittags 4 Uhr: Im Lande der Mitternachts-Sonne.

Abends 8 Uhr: Am Golf von Neapel.

Hörtael 8 Uhr: Dr. Donath: Elektrisches Licht.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

### Castans Panoptikum

Friedrichstr. 165.

Ohne Extra-Entree.

Bergbewohner

Abessiniens.

65 Eingeborene Männer, Weiber und Kinder, sowie das Baby „Berolina“.

Eintritt 50 Pf.

### Komische Oper.

Sonnabend, 17. Febr., abends 8 Uhr:

**Hoffmanns Erzählungen.**

Sonntag nachm. 3 Uhr zu ermäßigter Preisen: Hoffmanns Erzählungen.

Abends 8 Uhr: Don Pasquale.

Montag: Hoffmanns Erzählungen.

### Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:

**Der Störenfried.**

**Die Dienstboten.**

Sonntag nachmittag: Die lustigen Weiber von Windsor.

Abends: Die Anna-He.

Montag: Die Anna-He.

Mittwoch: Schauspiel der Königl. Schauspielergesellschaft Frau Julie Köhler und Dr. Max Böhl: Maria Magdalene

### Lustspielhaus.

Nachm. 3<sup>1/2</sup> Uhr: Wohltätigkeits-Vorstellung: Die Juden.

Abends 8 Uhr:

**Der Weg zur Hölle.**

### Apollo-Theater.

Nur neue Spezialitäten und

**Gobert Belling** mit seinen vierbeinigen Komikern. **Katsukuma Higashi,** der Meister d. Selbstverleumdungsstücke. **Jiu-Jitsu.** Vorher: Die Insel Tulipatan, Operette. Sonntag, den 18. Februar, nachm. 3 Uhr: Große Familienvorstellung: Berliner Luft und Spezialitäten.

### Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Sonnabend, abends 8 Uhr: Ueber unsere Kraft. Schauspiel in 4 Akten v. Björnsterne Björnson.

Sonntag, nachm. 3 Uhr: Nora.

Sonntag, abends 8 Uhr: Zwei glückliche Tage.

Montag, abends 8 Uhr: Ueber unsere Kraft.

### Zirkus Albert Schumann

Heute abend prägte 7<sup>1/2</sup> Uhr: XXII. Grande Soirée High Life. Gala-Programm. U. a.:

Zum 2. Male! Größte Novität! Ein Souper bei Maxim.

Neu! Les 7 Perezoff.

Riesenspaßpauze von Schul-, Freiheits- und Springpferden. Sämtl. Originaldresuren des Dir. Albert Schumann.

Ihre Exz. Margaretha Fehim Pascha, das Pflöckchen des Orients.

Die ausgezeichnete Créard Troupe. Die phänomenale Ergotti und King Louis Troupe.

Frl. Dora Schumann auf dem Vollbluthengst „Cziti“. Die vorzügliche Morgana Troupe. Ferner die neu engagierten Spezialitäten.

Zum Schluß: Das größte Nacht-Mangenspaßstück der Gegenwart: das neue **Femina** Frauenreich.

Sonntag: 2 Gala-Vorstellungen, nachm. 3<sup>1/2</sup> Uhr (ein Kind frei) und abends 7<sup>1/2</sup> Uhr. In beiden Vorstellungen das Sensations-Programm. Zum 67. Male **Femina**.

### Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr.

**!Auf - in's Metropol!**

Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Kanonen in all. Räumen gestattet.

### Deutsch-Amerikanisches Theater.

Köpenickerstraße 67/68.

Jeden Abend 8 Uhr: Gastspiel Adolf Philipp zum

**57. Er & Jch**

Male

Sonntag nachmittags 3 Uhr: „Ueber'n großen Teich“.

Montag, 19. Februar, abends 8 Uhr: Fest-Vorstellung anlässlich des 25-jährigen

**Künstlerjubiläums** von Adolf Philipp. Billets sind jetzt zu haben.

### Folies Caprice

Budapester Possen-Theater 132 Linienstr. 132. Ecke Friedrichstraße. Zum 153. Male: Nach d. Zapfenstreich.

Vorher: Der Beheme u. d. ausgezeichnete Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.

Borcher: Die Insel Tulipatan, Operette. Sonntag, den 18. Februar, nachm. 3 Uhr: Große Familienvorstellung: Berliner Luft und Spezialitäten.

### Trianon-Theater.

Anfang Loulou. 8 Uhr. Sonntag nachm.: Die herbe Frucht.

### Wintergarten

Zum erstenmal in Berlin!

### Tschin-Maa's Chinesen-Truppe

Außerdem

### Otto Reutter

und das sensationelle Februar-Programm.

### Kasino-Theater

Lothringerg. 37. Täglich 8 Uhr.

Nur noch bis 1. März inkl. Die goldene Brücke.

Am 2. März zum erstenmal: Die Herren Söhne.

Sonntag nachmittags 4 Uhr: Hotel Klingebusch.

### Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58.

Morgen Sonntag, den 18. Februar, nachmittags 3 Uhr:

### Die Bluthochzeit.

Abends 7 Uhr:

Der Leiermann und sein Pflegekind. Bilet-Vorverkauf Sonntag von 10 bis 1 Uhr an der Theaterkasse.

Montag: Die zärtlichen Verwandten.

### Palast-Theater

Burgstr. 24, 2 Min. v. Sb. Börse. Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.

### Mlle. Eugenie

Schulterlein im Herrenjackett mit Goldschmuckstück Monte Cristo.

**Li Bello** Jongle u. Scene.

**Miß Astre Norton** die zweite Zaharet.

### La belle Leona

Geleitsphantastin. Die Herbstparade. Schwanf. Familienfanten in Barbier, Pfeifer- und Piquardengedächtnis unentgeltlich.

### Carl Gabriels Volks-Museum

Friedrichstr. 112a, an Oranienb. Tor. Zirka 2000 Ausstellungsobjekte! Entree 30 Pf. Sold.u. Kind 20 Pf. Sämtl. Räume 60 Pf.

### Arnold Scholz Neue Welt

Hasenheide 108-114. Letzte Woche! Großes Bock-Bier-Fest.

**Muckl's Bauernkapelle.** Schienung durch 30 bayerische Mabl. Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

### Passage-Theater.

Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr.

**Miß Gertrude,** Tänzerin.

**Karl Bernhard,** der Humorist.

= Bierzehn Nummern. = „Und Pepi singt“ (Pepi Weiß).

### Gebrüder Herrfeld-Theater.

Heute zum 103. Male:

**Der größte Herrfeld-Schlager:**

**Familientag** im

**Hause Prellstein.**

Romödie in drei Akten mit den Autoren H. u. D. Herrfeld in den Hauptrollen.

Anf. 8 Uhr. Vorverk. 11—2 Uhr (Theaterkasse).

### Gustav Behrens Spezialitäten-Theater

Frankfurter Allee 85.

**Die größte Sensation des Ostens** sind

Die kleinen Mädchen von Berlin.

Am zweiten Abende: Die sechs schönen Manollizigaretten.

Nachdem

× das neue Februar-Programm. ×

### Otto Pritzkw's Berliner Anormitäten-Theater

Münzstr. 16.

Neu! Neu! Neu!

**Die Elite-Liliputaner-Truppe** die kleinste Vortragskünstler und Sterne der Liliputaner der Welt.

Die Jub.-Künstlerin Margarete Marjet. Hellscherin Armida, wahrhaftige Wunderkante. Photo. Wunderbahn, geb. mit 4 Beinen, 2 Köpfer, 1 Kopf, lebend. etc.

Diefen, Quere, Phänomen, Raffre usw.

### Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefert elegant fertige

**Herren-Garderoben.** Ersatz für Maß.

Anfertigung nach Maß. Tadellose Ausführung.

**Julius Fabian,** Schneidemeister.

Große Frankfurter Str. 37, II. Eingang Straußberger Platz.

**Restaurant „Zum Prälaten“**  
Rummelsburg. Sph. F. Boragk.  
Sonntags, 17. Februar:  
**Original-Hamburger Sängerkorps**  
Direktoren: C. Fricke und Fr. Kascho-Krause.  
Neues hochkom. Progr. Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Vorzugskarten gelten. Nachher: Tanz.  
Sonntags: Spezialitäten-Vorstellung.

**Variété Elysium**  
Kommandantenstraße 3/4.  
Um 9 1/2 Uhr: Auftreten des berühmten Stegreifdichters **Paul Steinitz**.

**Etablissement Buggenhagen**  
Horitzplatz. Täglich  
In den unteren Sälen  
**Gottschalk-Konzert.**

**Orts-Krankenkasse der Schmiede**  
und verwandten Gewerbe.  
Am Montag, den 26. Februar findet im Lokal von Wertowost, Lindenstr. 26, die

**Wahl der Delegierten**  
für 1906 statt.  
1. Abends 7 1/2 Uhr: Wahl von 9 Delegierten seitens der Herren Arbeitgeber.  
2. Abends 8 1/2 Uhr: Wahl von 19 Delegierten seitens der Herren Arbeitnehmer.

**50. Todestages Heinrich Heine's**  
empfehlen wir unseren Lesern die Werke dieses beliebten deutschen Dichters zur Anschaffung: 233/5\*  
Atta Troll-Deutschland 60 Pf. und 1,- 28.  
Die Gargreife . . . . . 60 Pf.  
Neue Gedichte . . . . . 1,- 27.  
Romanzeros . . . . . 60 Pf. und 1,- 27.  
Buch der Lieder . . . . . 80 Pf. mit Goldschnitt . . . . . 1,20 27. und 1,80 27.  
Auswahl aus seinen Werken 1 Bd. illustriert . . . . . 3,- 27.  
Sämtliche Werke in 1 Bd. . . . . 3,- 27. in 2 Bde. illustriert . . . . . 4,- 27. in 4 Bde. Leinen . . . . . 6,- 27. in 4 Bde. Halbdr. . . . . 9,50 27.

**Expedition des „Vorwärts“**  
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, Laden.

**Zigarren!**  
Billigste Bezugsquelle für Händler: ab Mk. 10,-  
**Bell & Co.**  
Rosenstraße 18, I.  
Spezialitäten:  
21-25-26-28-29-30  
32-33-35-40-55-75

**Spree-Blume-Zigaretten.**  
Ganswinds jetzt fert. Blumenschneidmaschine (s. Werbebl.) zu besch. täglich von 10 bis 6. Um 11 1/2, 4 u. 5 1/2, kurze Erklärung mit Anlaß des Motors. Einz. 1 u. 2 Mk. Kurze Zeit. 205/9\*

**Krafft-Rothwein für Blutmarme u. Kranke**  
Feurig-Süß  
**Sanjalucia**  
Fl. 150 u. 2 M. Überall zu haben  
In Apotheken, Drogerien u. Delikatessengesch., steht unter ständiger Kontrolle d. chem. Laboratoriums Dr. C. Bischoff.

**Nathan Wand**  
129 Staligerstr. 129.  
Die schönsten Herren-Sommer-Paletots und Anzüge in neu sowie speziell Monats-Garderobe von stasiblen getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Sauganzüge sind in großer Auswahl preis zu taumend billigen Preisen zu haben.  
**Nathan Wand**  
129 Staligerstr. 129.  
Nachbestellung Kottbusser Tor. Bitte am Postnummer zu richten

**Greift zu!** dem Besten  
Monats-Anzüge . . . d. 10,- 27. an  
Abonnements-Anzüge . . . 12,50  
Monats-Paletots . . . 9,-  
Joppen . . . 5,-  
Partie-Anzüge, teils mit unmerklichen Reklamen . . . 10,50  
Anzüge, Ersatz für Maß . . . 20,-  
Stamm- u. Jagd-Jackets . . . 3,-  
Alles auch für forpuleute Figuren!  
Getrag. Kleidungsstücke v. Kavalleren, Reklamen, aus den feinsten Stoffen Berlin, teils von Hofliefer. kolossal billig. Strohhalm-Vergütung!  
Bitte **Zentral-Keller, Berlin**, 35 Neanderstr. 35, Adenauerstr. 3 Minut. v. Stadtbahn Zionsviertelbrücke.

**Verband der haugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. Sektion der Brunnenbauer.**  
Sonntag, den 18. Februar, vormittags 10 Uhr, im Lokal von Augustin, Craniichstr. 103:  
**Versammlung**  
der im Brunnenbaufach beschäftigten Arbeiter.  
Tages-Ordnung:  
1. Unser Vorgehen in diesem Jahre. 2. Die Vertretersitzung. 3. Verschiedenes.

**Sektion der Kunstsandstein-Arbeiter.**  
Sonntag, 18. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7:  
**Sektions-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag über Gemeindegeldliches. Referent: Kollege Noack. 2. Diskussion. 3. Die Vertretersitzung. 4. Verschiedenes.

**Achtung! Vororts-Bezirke. Achtung!**  
Diesjenigen Vorortsbezirke, deren Versammlungen regelmäßig am Sonntag nach dem 15. eines jeden Monats stattfinden, machen wir darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 18. Februar, dieselben in den bekannten Lokalen und der üblichen Zeit stattfinden.  
Regen Besuch der Versammlungen erwartet  
32/19  
**Der Zweigvereins-Vorstand.**

**Stukkateure!**  
Montag, den 19. Februar, abends pünktlich 8 Uhr, in den Muffersälen, C., Kaiser Wilhelmstr. 18m (nicht bei Franke):  
**Versammlung der Filiale Berlin.**  
Tages-Ordnung:  
1. Die Unterstufungs-Einrichtungen in unserer Organisation. Referent Kollege Ch. Odenthal-Hamburg. 178/6  
2. Diskussion.  
3. Die vorgeschlagenen andertweitigen Statutenänderungen.  
Erscheint alle in dieser hochwichtigen Versammlung, in der es gilt, maßgebende Beschlüsse für die Zukunft zu fassen.  
**Die Ortsverwaltung.**

**Zentralverband der Asphaltreue, Pappdachdecker und Hilfsarbeiter (Ortsverwaltung Berlin).**  
Sonntag, den 18. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal 3), Engel-Ufer 15:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Jahresbericht. 2. Kasensbericht. 3. Neuwahl der Ortsverwaltungs-vorstände. 4. Verbandangelegenheiten.  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
**Die Ortsverwaltung.**

**Verband der Sattler.**  
(Ortsverwaltung Berlin.)  
Mittwoch, den 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr:  
**Allgemeine Mitglieder-Versammlung**  
in den Arminshallen, Kommandantenstr. 20.  
Tages-Ordnung: 1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Genossen Witke über Konsum- und Baugenossenschaften. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. 156/7  
Kollegen! In Anbetracht dieser für unser Wirtschaftswesen so wichtigen Frage erwarten wir, daß die Versammlung recht zahlreich besucht wird. Für die verbeirateten Kollegen richten wir die Aufforderung, möglichst ihre Frauen zu dieser Versammlung mitzubringen.  
**Die Ortsverwaltung.**  
NB. Die ausgegebenen Fragezettel müssen unbedingt im Laufe dieser Woche an uns zurückgegeben werden.

**Restaurant zur Schleiße**  
Neu-Mühle bei Königs-Wusterhausen Tel. 52.  
Empfehle den geehrten Vereinen, Gesellschaften mein herzlich gelegenes Stabliement. — Dampferstation. — Großer Saal für 800 Personen.  
**Otto Ballmüller.**

**Verlag Kaden & Co., Dresden-A.**  
Soeben erschienen  
**Kurt Eisner:**  
**Der Sultan des Weltkrieges**  
Ein marokkanisches Sittenbild deutscher Diplomaten-Politik.  
72 Seiten gr. 8°. Preis 40 Pf.  
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Zeitungsverlage.

**Achtung! Bohner Berlins u. Umgegend. Achtung!**  
Sonntag vormittags 11 Uhr im Lokale von Ahrens, Fruchtstraße 20:  
**Besprechung sämtl. Bohner Berlins u. Umg.**  
Tages-Ordnung:  
1. Wie organisieren sich die Bohner? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Die Verteilungsberechtigten werden gebeten, die Bohner auf diese Zusammenkunft hinzuziehen. **Der Einberufer.**

**Automobilfahrer!**  
Jedermann wird um sachmännlicher Leitung schnellstens zu erhaltenden Chauffeur ausgebildet. Probezeit frei.  
**Automobil-Technikum „Berlin“**, Spichernstr. 11/12.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV 9679.  
Arbeitsnachweis-Zimmer 34. Amt IV 3353.

Montag, den 19. Februar 1906, abends 8 Uhr, in den „Sophien-Festsälen“, Sophien-Strasse Nr. 18:  
**Allgemeine Metallarbeiter-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Das Verhalten der Hirsch-Dünder-Gewerksvereine innerhalb der Metallarbeiter-Bewegung. Referent: Kollege Handtke. 2. Diskussion.  
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Montag, den 19. Februar 1906, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Züd-Ost“, Waldemarstr. 75:  
**Versammlung**  
aller in der  
**Schraubenbranche beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Pawlowitsch über: „Leben und Leiden in Strafanstalten und Zuchthäusern“. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Montag, den 19. Februar 1906, abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexander-Strasse 27c, unterer Saal:  
**Versammlung der Metallschleifer, Galvaniseure, Hülsenarbeiter und Arbeiterinnen.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Ströbel über: „Partei und Gewerkschaften“. 2. Diskussion. 3. Verbandangelegenheiten.  
Kollegen! Wir erwarten, daß zu dieser Versammlung die Kolleginnen ebenso wie die Kollegen zahlreich erscheinen.

**Achtung! Gürtler! Achtung!**  
Montag, den 19. Februar 1906, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer Nr. 15, großer Saal:  
**Versammlung der Gürtler und aller in Gürtlereien beschäftigten Kollegen und Kolleginnen.**  
Tages-Ordnung:  
1. „Die kulturelle Bedeutung der Arbeiterbewegung“. Referent: Adolf Ritter. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Rege Beteiligung erwartet  
**Die Ortsverwaltung.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Montag, den 19. Februar, abends 8 1/2 Uhr:  
**Branchen-Versammlung der Kistenmacher**  
im Gewerkschaftshaus (Saal 5), Engel-Ufer 15.  
Tages-Ordnung:  
1. „Unsere Taktik bei Streiks und Lohnbewegungen“. Referent: Kollege R. Leopold. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
80/12  
Regelmäßiges Erscheinen erwünscht  
**Der Obmann.**

**Barbier- u. Friseur-Genossenschaft „Voran“**  
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung).  
Am Sonntag, den 25. Februar 1906, nachmittags 6 Uhr, im „Rosenhaller Hof“, Rosenhallerstr. 11-12:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrates. 2. Kasensbericht. 3. Vorlegung und Genehmigung der Bilanz. 4. Beschlußfassung über Gewinn- und Verlustverteilung. 5. Revisionsbericht. 6. Erwahlungen des Vorstandes und Aufsichtsrates. 7. Anträge. 8. Genossenschaftliches.  
Das Erscheinen eines jeden Genossen ist Pflicht. — Die Bilanz liegt zur Einsicht bei dem Genossen Langner, Parkstr. 22, aus.  
**Der Vorstand.**  
Paul Liere. Julius Langner. 105/14

**Verband der Maschinisten u. Heizer sowie Berufsengenossen Deutschlands.**  
Verwaltungsstelle Berlin und Umgegend.  
Sonntag, den 18. Februar, nachmittags 4 Uhr, bei Volgt, Ritterstr. 75:  
**Versammlung.**  
Tages-Ordnung: 1. Beratung über die Anträge zu der Generalversammlung in Rauscheln. 2. Verschiedenes. 3. Fragekasten. 4. Aufnahme neuer Mitglieder.  
138/6  
**Die Ortsverwaltung.**

**Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter.**  
Zweigverein Berlin, Sektion I (Brauereiarbeiter).  
Geschäftsstelle Berlin C. 54, Lönistr. 191. Fernspr. VII, 2340.  
Sonntag, den 18. Februar, nachm. 2 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal I):  
**Vereins-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Verbandsvorsitzenden Kollege Georg Bauer-Hannover über: Die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und die der Brauereiarbeiter im besonderen. 2. Annahme Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.  
**Der Vorstand.**

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.**  
Eingeschriebene Kassenkasse Nr. 3 (Hamburg).  
**Berlin G.**  
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Kassenkasse von Babersche, Petersburgerstr. 81, nach der Strohhallenstr. 29 bei Rott verlegt worden ist.  
**Die Ortsverwaltung.**

Unserem Zahlhabiter 27658  
**Richard Lehmann**  
zum 34. Geburtstag ein donnerndes Hoch! Die Genossen des 147. Bezirkes. Lieder, Gaste hell oder dunkel?

Unserem Parteigenossen  
**Albert Hinz**  
zum 33. Geburtstag ein dreifaches Hoch!  
27785  
Der 506. Bezirk.

**Deutscher Buchbinder-Verband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Am 11. Februar verstarb nach langem Leiden unser langjähriges Mitglied, der Buchbinder  
**Otto Eggert**  
im 33. Lebensjahre.  
Seine letzten Wünsche!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 17. d. M., nachm. 2 Uhr, in Friedhofstraße auf dem Gemeindefriedhof statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler  
**Ernst Rost**  
am 15. Februar verstorben ist.  
Seine letzten Wünsche!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. Februar, nachmittags um 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedens-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen (Kordens) statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
80/13  
**Die Ortsverwaltung.**

**Verband der haugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.**  
Bezirk Friedrichshagen.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege  
**Emil Schinner**  
am 15. Februar verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. d. M., nachmittags 1 1/2 Uhr, vom Trauerhause Schrammstraße 73 aus statt.  
32/18  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Zweigvereinsvorstand.**

**Tanzlehrer-Verein „Solidarität“ (gegr. 1892).**  
**Todes-Anzeige.**  
Hiermit die traurige Nachricht, daß unser altes treues Mitglied  
**Karl Maer**  
im Alter von 45 Jahren gestorben ist.  
200/1  
Wir werden ihm dauernd ein ehrendes Andenken bewahren.  
**Der Vorstand.**  
A. K. Richard Heinrich, Vor.

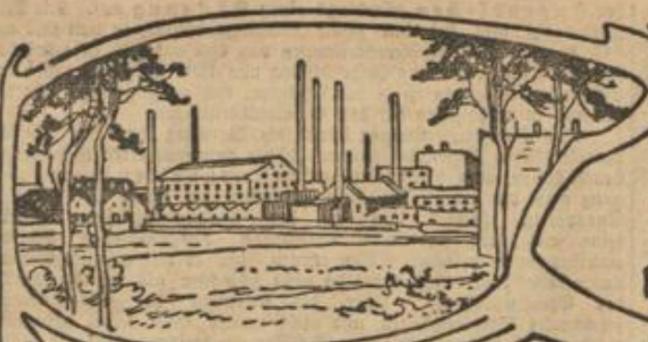
Donnerstag früh 8 Uhr entschließ sanft nach langen schweren Leiden mein lieber Mann und herzenguter Vater, der Restaurateur  
**Wilhelm Seefeld**  
im Alter von 53 Jahren.  
Dies zeigen tiefbetrübt an  
**Ww. Berta Seefeld geb. Marzahn**  
nebst Sohn.  
Berlin, den 15. Februar 1906.  
Corauerstr. 4.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. Februar, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause nach dem Emmaus-Kirchhof statt.

Am Donnerstag, nachts 2 Uhr, entschließ sanft nach kurzem, aber qualvollem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, der Tanzlehrer  
**Karl Maer**  
im 44. Lebensjahre.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. Febr., nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des alten Jakobikirchhofes, Niddorf, Verberstraße, aus statt.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

Allen lieben Bekannten, Kollegen und Parteigenossen die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau  
**Pauline** am 14. d. M. an Verblutung verstorben ist.  
Um stille Beileid bitten  
**Karl Bindseil**  
27625  
Schriftf. nebst Kindern.

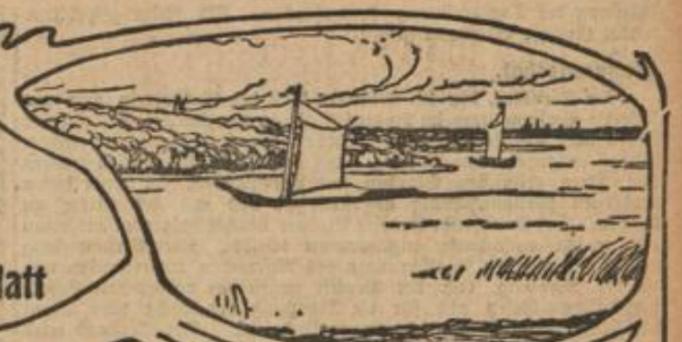
**Dr. Simmel, Pringon-Str. 41.**  
Spezialarzt für 29/14  
**Haut- und Nervenleiden.**  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4





# Warort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt



Redaktion und Expedition:  
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt 17. 1903.

Nr. 40. Sonnabend, den 17. Februar 1906.

Inserate sechsgepaltene Kolonelle 20 Pfg.  
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

## Partei-Angelegenheiten.

**Steglitz.** Heute, Sonnabend, abends 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins bei Schellhase. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Aufstellung der Kandidaten zur Gemeindevahl. 3. Abrechnung vom Kunstabend. Regler Besuch wird erwartet.

**Friedenau.** Sonntag früh 8 Uhr wollen sich die Genossen recht zahlreich zur Flugblattverbreitung einfinden.

**Mahlsdorf.** Sonntag, den 18. Februar, nachmittags 5 Uhr, findet im Lokal von Bernede, Hönowerstr. 6, eine Volksversammlung statt. Schriftsteller Adolf Stern wird über „Christentum und Wahrheit“ referieren.

**Nieder-Schönhausen.** Der Wahlverein veranstaltet heute abend in Stephans Lindengarten, Lindenstr. 43, sein Winterfest. Freunde und Bekannte sind hiermit eingeladen. Da wieder Mühe und Kosten gespart wurden, wird auf guten Besuch des Festes gerechnet.

**Schlesdorf.** Eine Flugblattverbreitung findet am Sonntag früh im Lokal von Widley, Potsdamerstr. 25, aus statt. Da mit diesem Flugblatt der diesjährige Gemeindevahlkampf von unserer Seite eröffnet wird, so ist es Pflicht aller Parteigenossen, pünktlich um 7 Uhr in oben genanntem Lokal anzutreten.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

**Reverung auf dem Gebiete der elektrischen Beleuchtung.** Von dem städtischen Elektrizitätswerk werden gegenwärtig Versuche bei der Straßenbeleuchtung angestellt, die darauf abzielen, ein helleres und ruhigeres Licht zu erlangen. Die Versuche geschehen nicht wie sonst häufig mit Drehstrom, sondern mit Gleichstrom, und zwar mit sehr hoher Spannung. Zu diesem Zweck sind seit Mittwoch abend sechs Lampen auf der Strecke des Kurfürstendamms zwischen Joachimsthalerstraße und Potsdamerstraße aufgehängt, die so hell brennen, daß fast das Tageslicht ersetzt wird. Der Strom wird vorläufig von der Straßenbahn genommen. Sollte sich die Anlage weiter wie bisher bewähren, so werden zukünftig alle Lampen auf dem Kurfürstendamm mit Gleichstrom gespeist werden, der von der Zentrale oder einer der Unterstationen geliefert wird.

### Lichtenberg.

Die hiesigen Grundbesitzer vor der Ringbahn haben den sehnlichsten Wunsch, den westlichen Ortsteil von der Gemeinde abzutrennen und Berlin einzuverleiben. Bietet sich irgendwie Gelegenheit, für diese Lieblingsidee zu wirken, so sind diese Herren auf dem Plan. Eine solche Gelegenheit wurde in der letzten Sitzung der Gemeindevorstellung von dem „geistigen Nährvater“ der Grundbesitzer, dem Schöpfer und dem Gemeindevorsteher begreiflich zu machen versucht, daß die Einwohnerzahl als Grundbesitzer des Ortsteils vor der Ringbahn ein großes Interesse daran haben, alle außerordentlichen Ausgaben, die die Gemeinde macht, von dem Gesichtspunkt der Einverleibung des 25000 Seelen zählenden westlichen Ortsteils in Berlin zu prüfen. Die im westlichen Ortsteil wohnenden Gemeindevorordneten (Grundbesitzer, würden in einer der nächsten Sitzungen einen Antrag einbringen, der die Gemeindevorstellung zwingt, Klipp und klar Stellung zu nehmen und Farbe zu bekennen. Gleichzeitig wurde von demselben Herrn der Gemeindevorsteher ersucht, nun vom Minister endlich auf den vor Jahr und Tag gestellten Antrag um Verleihung der Stadtrechte eine Antwort zu verlangen. Daß diese schwebenden Fragen nur den Vorwand abgeben müssen, die Inanspruchnahme der schon lange als notwendig anerkannten Einrichtungen hintenan zu halten, ergibt sich aus der Interessentpolitik unserer Herren vom West“ von selbst. Es läge wirklich im Interesse der Gemeinde, wenn durch eine klare Antwort des Ministers dem Rätsel endlich ein Ende gemacht würde.

### Rummelsburg.

**Das der Gemeindevorstellung.** Die fortschreitende Erweiterung des Realgymnasiums macht auf dem Gebiete der Naturwissenschaften die Gründung einer neuen Oberlehrerstelle notwendig. Die Gründung wird beschlossen. Die Turnhalle in der Prinz-Albertstraße soll eine Vergrößerung erfahren, die hierfür veranschlagten Kosten von 18000 Mark werden bewilligt.

Eine längere Debatte zeitigte die Neupflasterung der Markt- und Sadowstraße, da in diesen beiden Straßen, welche zugleich den größten Fußverkehr haben, die drei höheren Schulen, Gymnasium, Mittelschule, höhere Mädterschule, sowie die katholische Schule und eine vierundzwanzigklassige Volksschule in Kürze erbaut werden sollen; da außerdem noch das neue Rathaus hier seinen Platz finden wird, so muß auf ein möglichst geräuschloses Pflaster Bedacht genommen werden. In Vorschlag werden Asphalt, Granit, Schladensteine I. Güte und Zementpflaster gebracht. Recht komisch berührte der Antrag des Verordneten Assessor Köhler, die beiden Straßen teilweise mit Asphalt und Granit zu pflastern. Beschlossen wird Schladensteinpflaster I. Güte zu nehmen. Kostpunkt 65000 Mark. Das außerordentliche schnelle Wachstum der Bevölkerungszahl von Vohagen-Rummelsburg und Ober-Schöneweide sowie das Ausblühen der in beiden Gemeinden betriebenen industriellen Unternehmungen macht einen weitreichenden Ausbau des zurzeit an der Grenze der Leistungsfähigkeit stehenden Gemeindevorwerks notwendig. Nach dem vorliegenden Entwurf soll die Erweiterung des Vorwerks so vorgenommen werden, daß es noch bei einer Bevölkerungszahl von 120000 — es sind für Vohagen-Rummelsburg 95000, zurzeit 25000 und für Ober-Schöneweide 25000 Einwohner gerechnet — genügend Wasser liefern kann. Der Kostenanschlag hierfür beläuft sich auf 525000 Mark, welche Summe durch eine Anleihe gedeckt werden soll. Die Genehmigung erfolgt einstimmig. Um dem in der letzten Sitzung vom Bürgermeister ausgesprochenen Wunsch, die Verleihung der Stadtrechte bei der Regierung zu beantragen, näher zu kommen, beschließt die Gemeindevorstellung, eine Kommission von neun Vertretern für die Vorberatung und zur Ausarbeitung einer Denkschrift zur Stadtverordnungsfrage zu wählen. Von unserer Partei gehören die Genossen Ritter und Tempel dieser Kommission an.

### Tegel.

Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich gestern in der Vorkühler Fabrik in Tegel. Dort war der 33 Jahre alte Schlosser

Ragel damit beschäftigt, in eine auf einem Bod ruhende Lokomotive die Kurbelzapfen einzupressen. Die Presse erlitt jedoch statt des Zapfens die Achse und schob diese von ihrem Lager. Das etwa zehn Zentner schwere Eisenstück stürzte infolgedessen auf den Boden und traf R. derartig, daß ihm beide Ober- und Unterarmel stark gequetscht wurden. Der Verunglückte erhielt durch die Fabrik-Unfallstation einen Notverband, der jedoch infolge der fortschreitenden Schwellung der verletzten Gliedmaßen gesprengt wurde. Der Schlosser mußte nach einem Krankenhause übergeführt werden.

### Köpenick.

**Menschenleben in Gefahr!** Dieser Alarmruf brachte in der vergangenen Nacht bald ganz Köpenick auf die Beine. Nicht am Bahnhof wütete ein gewaltiger Dachstuhlbrand. Auf bisher noch nicht ermittelte Ursache war auf dem Boden des dem Vödemermeister Köhler in der Bahnhofstr. 2 gehörigen Hauses Feuer ausgebrochen. Das verheerende Element hatte sich mit einer solchen Schnelligkeit verbreitet, daß zwei in der Dachkammer schlafende Vädergesellen in größter Lebensgefahr schwebten. Der Rückweg war den Bedrohten fast vollständig abgeschnitten. Wollten die beiden ihr Leben retten, so mußten sie an der Außenseite des Hauses von Etage zu Etage klettern. Nur mit dem Hemde bekleidet, unternahmen sie das gefährliche Wagnis und es glückte ihnen auch. Als sie unten angekommen waren, bemerkte der eine der Gesellen, daß er in der Kammer sein Portemonnaie mit 35 Mark hatte liegen lassen. Schnell eilte der Leichtsinrige noch einmal die Treppe hinauf. Vergeblich wartete man jedoch auf seine Rückkehr. Ein Feuerwehmann, welcher mit dem Rauchschutzhelm angehen vordrang, fand den jungen Mann besinnungslos auf der Treppe vor. Durch Anwendung des Sauerstoffapparates wurde der Erkrankte wieder ins Leben zurückgerufen. Auf den gewaltigen Feuerschein hin waren außer der Köpenicker Wehr die Löschmannschaften aus sämtlichen Orten der Umgebung herbeigeilte. Der Dachstuhl war jedoch nicht mehr zu retten; er wurde ein Raub der Flammen. Der entstandene Schaden ist bedeutend.

### Oranienburg.

Das rätselhafteste Verschwinden des 13jährigen Schülers Köhler aus Oranienburg hat nunmehr seine Aufklärung gefunden. Die Befragung, daß der Knabe das Opfer eines Verbrechens geworden sein könnte, hat sich danach erfreulicherweise nicht bestätigt. Der Verursacher ist von einer „unüberwindlichen Reiselust“ befallen worden und aus diesem Grunde zu Verwandten nach Breslau gefahren, die erst durch die Bekanntmachung in den Zeitungen davon erfuhren, daß der Knabe heimlich den Besuch abgestattet hatte.

### Groß-Lichterfelde.

Der sozialdemokratische Wahlverein Groß-Lichterfelde-Landwich hielt am Mittwoch seine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Der für den Vortrag über Heinrich Heine ausersehene Referent war leider am Erscheinen verhindert und übernahm es an dessen Stelle Genosse Eisner, der Versammlung in großen Zügen das Lebensbild des vollstimmlichen und beliebten Dichters vor Augen zu führen. Einige Negationen aus den poetischen Schätzen Heines wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Auf Beschluß der Versammlung findet nunmehr jeden Monat auch in Landwich eine Versammlung des Wahlvereins statt. Dadurch sollen die Parteigenossen dieses Ortes mehr herangezogen und auch eine eifrigere Propaganda für die politische Organisation entwickelt werden.

Für die im März stattfindenden Kommunalwahlen wurden als Kandidaten nominiert für Lichterfelde-Ost: Genosse Eisner, für Lichterfelde-West: Senz und Wenzel, für Landwich: Vogheimer.

Zur Kreis-Generalversammlung wurden delegiert: Eisner, Schindler und Wenzel.

Kadete sprach sodann über die bekannte „Vorussia“-Angelegenheit und bedauerte, daß die Fraktion nicht in genügender Stärke vertreten gewesen sei, um ihre eigene Interpellation geschäftsmäßig zur Verhandlung bringen zu können. In ähnlichem Sinne sprach sich Genosse Wenzel aus, während Eisner hervorhob, daß lediglich ein — allerdings großes — Versehen insofern vorlag, als die Abgeordneten nicht telegraphisch gerufen wurden. — 79 Genossen meldeten sich zur Aufnahme in den Wahlverein.

### Notawitz.

Die am Mittwoch abgehaltene Gemeindevorstellung in Notawitz beschäftigte sich nach Genehmigung einiger unwesentlicher Etatsübersichtungen mit den Wahlen zu den Kanalisationskommissionen. In die Kommission, welche mit den Reuendörfern Vertretern über die mit dieser Gemeinde gemeinsam auszuführenden Anlagen und Bauten zu beschließen hat, wurden der Gemeindevorsteher, Schöffe Richter, sowie die Gemeindevorsteher Rathen, Janitz und Grühl (Soz.) delegiert. Die Kommission, welche die Arbeiten für die Kanalisation in Notawitz zu bewilligen hat, wurde durch die Wahl der Herren Wenzel und Gorgas verstärkt. — Durch die früher beschlossene Vernehmung der Schöffen von vier auf fünf war eine Neuwahl notwendig geworden. Die bürgerlichen Vertreter vereinigten mit einer Ausnahme ihre Stimmen auf Herrn Gemeindevorsteher Rathen, die Sozialdemokraten gaben weiße Fettel ab. — Ferner lag noch ein Antrag vor, den Schulkindern aus Anlaß des diesjährigen Silberhochzeitstages des Kaiserpaars eine Wäckerpende zu überweisen. Dieser Antrag basierte auf einem dringenden Gesuche des Ministers an den Gemeindevorstand. Namens der sozialdemokratischen Vertreter gab Genosse Grühl die Erklärung ab, daß diese eine solche Forderung rundweg ablehnen. Natürlich liehen sich unsere bürgerlichen Vertreter diese Gelegenheit, auf Kosten der Gemeinde ihren Patriotismus leuchten zu lassen, nicht entgehen und bewilligten zu diesem Zwecke 200 Mark.

### Tempelhof.

Der Kampf um den dreiklassigen Gemeindevorsteher hat begonnen. Nachdem am Montag von unseren Genossen ca. 2000 Flugblätter verbreitet worden sind, wurde am Mittwoch, den 14. Februar bei Road eine öffentliche Wählerversammlung abgehalten, die von ca. 120 Personen, also relativ gut besucht war. Der vorgelesene Referent, Genosse Hoffmann-Krepton war nicht erschienen, es ging aber sehr gut ohne ihn. Zuerst sprach Genosse Thiel über die Veranlassung, die uns an dem Wahlkampf teilnehmen läßt. Dann entwickelte der Kandidat der Sozialdemokratie, Genosse Klempnermeister Max Schmidt sein Programm und legte dar, für welche Forderungen er im Falle seiner Wahl zunächst eintreten würde. In der Debatte beteiligten sich die Genossen Jänke, Franz und Acker, welche über die Tempelhofer Schulverhältnisse und über die Behandlung der von Sozialdemokratischer Seite gestellten Forderungen durch die jetzige Gemeindevorstellung sprachen, sowie ferner der Genosse Wustas, welcher die Kurzfristigkeit

unserer Gemeindevorstellung bezüglich des Parks und der anderen Erholungsplätze geistete. 10 Minuten nach Eintritt der Vollzeithunde wurde die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen. Der Gendarm hatte wieder den Auftrag, die Versammlung um 10 Uhr, trotz der Nichtung des Lokals durch den Vorsitzenden, zur Auflösung zu bringen.

### Steglitz.

Ueber die bevorstehenden Gemeindevahlen referierte am Mittwochabend Genosse Leimbach in einer sehr besuchten Versammlung. Nach einer Erläuterung und Kritik des Gemeindevahlrechts führte der Redner den Anwesenden vor Augen, welche Interessen der Arbeiterklasse bei den Gemeindevahlen auf dem Spiele stehen, zeigte an der Hand der Beschlüsse der jetzigen Gemeindevorstellung, daß es die herrschende Grundbesitzerpartei sehr gut versteht, ihre Interessen zu wahren, und folgerte daraus, daß auch in der Gemeindevorstellung die Interessen der Wählerbeteiligten nur durch die Sozialdemokratie wirksam wahrgenommen werden können. Mit einem Appell an die Versammelten, die kurze Zeit, die uns noch von der Wahl trennt, zu intensiver Agitation zu benutzen, den Wahlauspruch kräftig zu unterstützen und am Tage der Wahl (6. März) ihre Schuldigkeit zu tun, schloß der Redner unter dem Beifall der Zuhörer. — An der Aussprache beteiligten sich eine ganze Anzahl Genossen. Der Vorsitzende, Genosse Krause, gab bekannt, daß am Sonnabend, den 17. Februar, bei Schellhase eine außerordentliche Versammlung des Wahlvereins stattfinden, in der die Kandidatenaufstellung vorgenommen werde. Er bittet um zahlreichen Besuch. — Einige Mitteilungen aus der Diskussion verdrängen der weiteren Öffentlichkeit bekannt zu werden. Ein Genosse führte aus, daß der Flottenverein Frauen angestellt habe, welche gegen ein Entgelt von 4 Pf. pro Namen Unterschriften für die berüchtigte Resolution sammeln müssen. Von anderer Seite wurde berichtet, daß der Mieterverein schon seit langem ein ähnliches Verfahren habe, indem er Agenten zum Mitgliederwerb gegen eine Gebühr von 25 Pf. pro geangelltes Mitglied angestellt habe. Auch die staatsretterische Tätigkeit des Rektors Heinicke in der hiesigen Fortbildungsschule wurde in das rechte Licht gerückt. Diesem Herrn ist der aufstrebende Lehrlingsverein ein Dorn im Auge und er sucht seine Schüler zum Austritt zu bewegen, allerdings erfolglos. Dem Rektor wurde empfohlen, seinen Talendrang auf die Verbesserung des Unterrichts zu verwenden. — Ein anderer Genosse konnte noch mitteilen, daß sich unsere Gemeindevorstände am „Noten Sonntag“ in besondere Anstrengung gefaßt habe. Die zum Sicherheitsdienst herangezogenen Nachwächter usw. wurden mittags im Kaffeehaus mit Gänsebraten registriert. Wie man sich erzählt, wünschten sich die Verlesenden öfter einen „roten“ Sonntag, der ihnen zu solch opulenten Wahlen verhalf, das sie sich bei den niedrigen Gehältern sonst nicht leisten können. — Wer die Kosten bezahlt hat, konnte niemand beantworten.

### Karlshorst.

Der Arbeiter-Verein „Walddraußen“ (M. d. A. S. V.) hält am 17. Februar seinen Rastentball in dem renovierten Lokal von Ruyß („Waldbänke“) ab und bittet um Unterstützung der Parteigenossen.

### Großfelde.

Eine öffentliche Kommunalwählerversammlung fand hier am 11. Februar statt, in der die beiden Gemeindevorsteher Otto Schröder und Stoff über ihre Tätigkeit berichteten. Sie bemerkten, daß hier ein Elektrizitätswerk errichtet werden solle, das ihrer Ansicht nach viel zu kostspielig sei und sich nicht genügend rentieren würde. Viel notwendiger sei der Bau einer neuen Schule, aber da heiße es, es sei kein Geld da. Wie traurig es mit unseren Schulverhältnissen bestellt sei, beweiße die Tatsache, daß selbst die Regierung von der Gemeinde die Anstellung zweier neuen Lehrkräfte gefordert habe. Sieben Lehrer unterrichten 500 Kinder, es kommen also auf einen Lehrer 80 Kinder. Trotzdem hatte ein Vertreter der ersten Klasse den Mut zu sagen, das sei doch nicht viel. Die beiden geforderten Lehrkräfte wurden einfach abgelehnt. Der Gemeindevorsteher wurde beauftragt, bei der Regierung nochmals anzufragen, ob die Anstellung durchaus notwendig wäre und ob männliches oder weibliches Lehrpersonal eingestellt werden solle. Und das nennt sich Selbstverwaltung! Ferner war die Gemeinde von der Gesundheitskommission aufgefordert worden, die Schulräume zweimal in der Woche nach aufzuweihen und alle Tage zu kehren. Gibts nicht, kostet zu viel Geld. Zweimal in der Woche ist genug. Als die Herren noch unter sich waren, fanden die Sitzungen um 8 Uhr statt, seit unsern Genossen aber diesen trauten Jirkel führen, werden die Sitzungen um fünf Uhr anberaumt. Auf den Antrag unserer Genossen, die Sitzung um 8 Uhr anzufangen, erwiderte der Gemeindevorsteher, daß er nach reiflicher Überlegung die Sitzung auf 5 Uhr anberaumt habe, seine Gründe zu sagen habe er nicht nötig. In der Diskussion meldete sich ein Kaufmann Schlen, ein Vertreter der dritten Klasse, der aber zum Frühjahr ausscheidet. Der Herr gab die Kritik unserer Genossen als berechtigt zu, brachte sich aber dabei in empfindliche Erinnerung. Er bedauerte, von unserem Genossen Gröndler angegriffen zu werden. Die Politik wollte er aus der Gemeindevorstellung entfernen wissen. Der vorgerückten Stunde wegen kam es noch nicht zur Aufstellung eines Kandidaten, in einer späteren Versammlung soll diese vorgenommen werden.

### Königs-Wusterhausen.

Im sozialdemokratischen Wahlverein referierte am Sonntag, den 11. Februar, im Hermannischen Lokale in Niederlehme Genosse Böcke-Rixdorf über die Bedeutung und Zusammenfassung der Parteien im deutschen Reichstag. In der Diskussion nahm Genosse Hoenig auf die Interpellation betreffend das Grubenunglück auf der Zeche „Vorussia“ Bezug und wünschte Ausdruck über die betreffende Tatsache, daß so wenig Abgeordnete anwesend waren, daß die Interpellation am ersten Tage nicht zur Verhandlung kommen konnte. Genosse Lorenz kam auf den Fall Schippel zu sprechen und meinte, daß es so kommen mußte, daran seien einzelne Parteigenossen schuld; ein Vertrauensvotum hätte auch er als Wähler des 16. sächsischen Wahlkreises Schippel nicht ausgestellt. Genosse Kaiser rügt auch, daß die Fraktion nur durch 15 Mitglieder vertreten gewesen sei, als die Unterfraktionsfrage für Beratung der Interpellation gestellt wurde, während Genosse Gebhardt betont, daß die Sache nicht so schlimm sei. Die Interpellation sei doch zur Verhandlung gekommen. Die Neben-Ordnung und Hues hätten so vielleicht noch mehr nach außen gewirkt. Genosse Böcke meint, daß wir von unseren Abgeordneten eine Antwort verlangen und auch erhalten würden, aber man solle nicht vorher urteilen, ehe man die Umstände kenne. Uebrigens hätten unsere Abgeordneten auch in den Kommissionen und Gewerkschaften tätig zu sein, auch habe eine Ver-

Ablebung der Tagesordnung stattgefunden. Als Zeitungsredakteur wurde Genosse Baumann gewählt.

### Johannisthal.

Am Dienstag, den 13. Februar, hielt der Wahlverein eine gut besuchte Versammlung im Lindenhof ab, in der Genosse Schriftsteller Stern über Christentum und Wahrheit sprach. Der mit reichem Beifall ausgenommenen Vortrag folgten die folgenden Resolutionen: Von allem religiösen Glauben und Aberglauben, sich einer freien modernen Weltanschauung anzuschließen und mit der Kirche zu brechen. Der Vorsitzende Genosse Diesner brachte folgende Resolution ein, welche einstimmig angenommen wurde: Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und ist der Meinung, daß der Protest gegen das vorbereitete Schulverfassungsgesetz und für die Trennung der Kirche vom Staat der Massenaustritt aus der Landeskirche sei. Der Vorstand wird beauftragt, eine dahingehende Agitation zu entfalten und erwartet von allen Genossen, daß sie sich dem Protest anschließen. Dann kritisierte Genosse Diesner, daß der Nachwächter des Ortes am 21. Januar im Kochbarock zum Schutze des Staates verhandelt wurde, auch die Illumination des Schulhauses am 27. Januar war Gegenstand der Kritik. Die Gemeindevertreter hätten in der letzten Sitzung in dieser Sache den Vorsteher interessiert, aber ohne besondere Erklärung darüber zu erhalten. Die Versammelten nahmen einen Beschluß an, daß unsere Vertreter noch einmal im Dorparlament energisch gegen eine derartige Verwendung der Steuererträge protestieren sollen. Zum Kandidaten für Gemeindevortretung stellte die Versammlung den Genossen Dühring wiederum auf.

## Berliner Nachrichten.

### Großstadtteilend.

Die kapitalistische Gesellschaftsform zeitigt Zustände, die geradezu an Wahnsinn grenzen. Auf der einen Seite werden immer größere Reichtümer aufgehäuft, während auf der anderen Seite Laufende und Abtaufende am Hungertuche nagen müssen und im Elend verkommen. Während unsere Bourgeoisie sich in ihren weichen Betten wälzt in Sorge, in welcher Weise der Luxus und der Genuß noch gesteigert werden können, und alles daran setzt, um auf diesem Gebiete die Bourgeoisie anderer Länder zu überbieten, wissen Tausende nicht, wo sie etwas zu essen hernehmen, wo sie für eine Nacht ihr Haupt hinlegen sollen. Wir reproduzierten dieser Tage ein Bild von dem Luxus und der Genußsucht der Bourgeoisie, heute möchten wir die Rehrseite dieses Bildes zeigen. Einen kleinen Einblick in das Massenelend der Großstadt gibt uns der Jahresbericht des Asylvereins für Obdachlose. Es wird da berichtet, daß dieser Verein in den 37 Jahren seines Bestehens 5 630 021 obdachlose Personen Unterkunft gewährt hat. Zugleich wurden diesen Armen Abend- und Morgenmahlzeit, auch Wäber verabreicht. Allein im abgelaufenen Jahre nächtigten in den Anstalten dieses Vereins (Männerasyl in der Wiesenstraße und Frauenasyl in der Fäßlerstraße) 309 359 Personen, darunter 253 641 Männer, 55 453 Frauen und Kinder und 265 Säuglinge. Welches namenlose Elend spricht aus diesen trockenen Zahlen! Und dabei zeigt sich bei näherem Nachsehen, daß sich die größte Zahl dieser Armen und Elenden in den besten Jahren befindet. Beim männlichen Geschlecht hatten die kräftigsten Altersstufen von 20 bis 40 Jahren, bei den Frauen die Altersklassen 40 bis 60 Jahren die höchsten Frequenziffern aufzuweisen. Wie bei uns für Leute „bis ins höchste Alter hinein“ geforgt ist, wird durch die Latsche charakterisiert, daß 777 Greisinnen im Alter zwischen 70 und 80 Jahren das Obdach aufsuchen mußten. Wohl gemerkt, wir reden hier nur von der Anstalt des Asylvereins für Obdachlose. Die Unterkunftsuchenden im städtischen Obdach in der Fröbelstraße bleiben hier außer Anrechnung. Der Verein ist jetzt genötigt, das in der Fäßlerstraße befindliche Frauenasyl durch die in Angriff genommene Niederlegung des Scheinviertels aufzugeben und ein neues Heim zu schaffen. Das neue Frauenasyl wird auf dem zwischen dem Männerasyl und der Panke belegenen Hinterlande errichtet.

Einen weiteren Beitrag zu dem Großstadtteilend liefert uns der folgende statistische Bericht: Im Monat Dezember 1905 wurden in Berlin 1468 Personen wegen Bettlei ergriffen und an die Polizeirevierbüros eingeliefert. Darunter befanden sich 1387 Männer, 67 Frauen und 14 Kinder. Von den Arretierten wurden 853 zur Haft eingeliefert, 382 entlassen und angezeigt und 223 verwahrt und entlassen.

Beim Amtsgericht I (Alexanderplatz) wurden verurteilt: wegen Bettlei 668 Personen (653 Männer, 15 Frauen); wegen Obdachlosigkeit 500 (486 Männer, 14 Frauen); wegen sittenpolizeilicher Konvention 523 weibliche Personen. Wieviel Personen außerdem wegen derselben „Vergehen“ von der Abteilung des Amtsgerichts in Moabit verurteilt wurden, darüber liegen keine Zahlen vor.

Eine Gesellschaftsordnung, die derartige Zustände zeitigt, ist des Unterganges wert. Die organisierte Arbeiterklasse hat dieser „Ordnung“, die in Wirklichkeit die größte Unordnung ist, die Fehde geschworen, sie wird nicht eher rasten, bis sie ihr Ziel erreicht und das Volkwerk der kapitalistischen Gesellschaft niedergeworfen hat.

Die Frequenz der Berliner Pflicht-Fortbildungsschule ist in diesem Winterhalbjahr, nach dem Stand vom November, auf 7639 gestiegen. Diese Zahl verteilt sich auf vier Fortbildungsschulkreise. Es kommen 2022 auf den ersten Schulkreis (Nordwesten, Westen, Südwesten), 2561 auf den zweiten Schulkreis (Süden, Südosten, Osten), 1401 auf den dritten Schulkreis (Zentrum, Nordosten), 1653 auf den vierten Schulkreis (Norden).

Die gewerblichen Gruppen sind naturgemäß sehr ungleich beteiligt. Die stärkste Gruppe bilden die „Gewerblichen Arbeiter“ (ohne nähere Angabe), von denen in den vier Schulen samt Filialen allein 2227 gezählt wurden. Dann folgen die Gruppen „Metallarbeiter“ mit 1730 Schülern, „Kaufleute“ mit 1127, „Kunstgewerber“ mit 970, „Bauhändler“ mit 960. Am schwächsten sind die Gruppen „Nahrungsmittelgewerber“ mit nur 262 Schülern, „Bekleidungsarbeiter“ mit 216, „Barbiere, Friseur uvm.“ mit 145. Hierbei ist zu beachten, daß für manche Gewerbe die Nachschule als Ersatz der Pflicht-Fortbildungsschule gilt, so daß die Lehrlinge dieser Gewerbe für die Pflicht-Fortbildungsschule wenig oder gar nicht in Betracht kommen. In den einzelnen Schulkreisen ist übrigens die Stärke der einzelnen Gruppen sehr verschieden. Im vierten Schulkreis stehen die „Metallarbeiter“ mit allein 569 Schülern an der Spitze, während die Gruppe „Gewerbliche Arbeiter“ hier 483 Schüler hat. Im zweiten Kreis ist die Gruppe „Metallarbeiter“ zwar noch stärker als im vierten, da sie hier sogar 640 Schüler hat, aber im zweiten Kreis besteht die Gruppe „Gewerbliche Ar-

beiter“ aus 749 Schülern, so daß sie hier an der Spitze steht. Verhältnismäßig zahlreich sind in diesem Schulkreis die „Kunstgewerber“. Zu ihnen gehören hier 496 Schüler, die Hälfte der „Kunstgewerber“ aller vier Kreise. Zahlreich sind im zweiten Kreis auch die „Bauhändler“, 371 Schüler. Dagegen sind die „Kaufleute“ besonders stark im ersten und im dritten Schulkreis vertreten, dort mit 366, hier mit 378. Im dritten Kreis stehen sie sogar an der Spitze, da sie dort noch zahlreicher als die Gruppe „Gewerbliche Arbeiter“ sind.

Die Gesamtzahl 7639 umfaßt bei weitem noch nicht alle, die die Pflicht-Fortbildungsschule zu besuchen hätten. Es bleibt da noch ein sehr großer Rest, der bisher der Einschulung entgangen ist. Diese Schwänzerlei dürfte nicht selten dem verehrlichen Arbeitgeber noch erwünschter sein als seinen Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern. Die Ermittelung derjenigen Jugendlichen, die ihrer Pflicht zum Besuch einer Fortbildungsschule sich entziehen bezw. entzogen werden, wird mit Hilfe der Krankenkassen und der Handwerkskammer vorgenommen. Es fehlen dann aber immer noch diejenigen Knaben, die nach Vollendung des 14. Lebensjahres und Entlassung aus der Volksschule uvm. noch keine Lehr- oder Arbeitsstelle gefunden oder angenommen haben.

Die Gastwirte Berlins hatten vor einiger Zeit sich gegen einige sie beleidigende Äußerungen des Ministerialdirektors Dr. Thiel mobil gemacht. Vor einiger Zeit hatten sie sich sogar deswegen an den Kaiser gewandt. Der Zentralausschuß der vereinigten Innungsverbände Deutschlands hat jetzt vom Landwirtschaftsminister v. Podbielski und dem Handelsminister Delbrück nachstehenden Bescheid erhalten: Die Immediateneingabe des Zentralausschusses betreffend eine Beschwerde über den Ministerialdirektor Dr. Thiel ist uns zur Prüfung und Verfügung übergeben worden. Die Prüfung hat ergeben, daß der Ministerialdirektor Dr. Thiel in seiner Eröffnungsrede in der Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung irgendwelche Äußerungen, welche den Handwerkerstand in der öffentlichen Meinung herabsetzen oder als Ausdrücke der Geringschätzung und der Nichtachtungedeutet werden könnten, nicht getan hat. Wir bedauern, daß durch unzutreffende Wiedergabe einiger aus dem Zusammenhange gelösten Sätze dieser Rede in der Presse eine irrtümliche Auffassung über den Inhalt und die Tendenz der Ausführungen des Ministerialdirektors Dr. Thiel hat entstehen können und sehen durch diese Feststellung die Beschwerde als erledigt an.

Der Landtags-Abgeordnete Schurath Dr. Zwiß ist gestorben. Zwiß hat sich um die Einführung des Haushaltungsunterrichts an den Berliner Gemeinde-Mädchenschulen verdient gemacht; in politischer Beziehung war er ein recht verdienstvoller Freisinniger, der in dem letzten Reichstagswahlkampf im fünften Berliner Wahlkreis nicht gerade eine ruhmvolle Rolle gespielt hat.

Ein Irrenniger im Soldatenrod. Vor einigen Tagen war aus der Garnison Spandau der Gardejäger Slawa fahnenflüchtig geworden. In der gestrigen Nacht wurde S. auf dem Bahnhof in Überwalde wieder festgenommen. Er war im Wartesaal zweiter Klasse durch seine wirren Reden aufgefallen, und da man seinen Urlaubspass bei ihm fand, wurde S. nach der Polizei gebracht. Dort lobte der Detektiv wie ein Mafender. Es hat den Anschein, als ob S. in einem Anfall von Irrenn fahnenflüchtig geworden sei. Er ist jetzt wieder nach Spandau zurückgebracht worden.

Opfer ihres Berufes. Bei drei Unglücksfällen sind die Beteiligten schwer verletzt worden. In den Eisenwerken von Vender u. Schneewogel in der Trebbinerstraße verunglückte der 40jährige Schlosser Jinnell, Rankstraße 20 wohnhaft. J. stürzte von einer Eisenkonstruktion herab und wurde mit schweren inneren Verletzungen in das Elisabethkrankenhaus eingeliefert. — Auf dem Rangierbahnhof der 53. Bahnhofsreihe kam der 19jährige Eisenbahnarbeiter Gustav Stephan aus der Bergstraße 13 schwer zu Schaden. Der junge Mann geriet beim Rangieren zwischen zwei Waggons und wurde so schwer verletzt, daß er in das Elisabethkrankenhaus eingeliefert werden mußte. — Beim Abladen von Mehlsäcken verunglückte in der Schönhauser Allee der Kaufherr Friedrich. Schwer verletzt und in bewußtlosen Zustande wurde F. dem Krankenhaus am Friedrichshain zugeführt.

Opfer der Straßenbahn. Im Jahre 1905 wurden im Betriebe der Großen Berliner Straßenbahn 1688 Personen verletzt und 18 getötet. Bei 169 Personen werden die Verletzungen als schwere bezeichnet.

### Zu der Tragödie in der Reinickendorferstraße

wird noch folgendes berichtet: Die polizeilichen Ermittlungen haben bisher noch keinen Inhalt dafür gegeben, daß Mord und Selbstmord vorliegt. Da Frau Hennig außerordentlich lebenslustig war, so ist wohl kaum anzunehmen, daß sie freiwillig aus dem Leben geschieden ist. Hennig war sowohl eifersüchtig als auch jähzornig. Das Ehepaar lebte sehr zurückgezogen, doch hin und wieder vernahm man in der Wohnung erregte Auseinandersetzungen. Es hat sich wohl jedesmal um Eifersuchtszügen gehandelt. Sowohl von den Kindern über als auch unter der Wohnung des Ehepaares wurde in der Nacht zum Dienstag in dem S.ichen Schlafzimmer das Rollen eines schweren Körpers vernommen. Die Tochter des im Hause Reinickendorferstraße 64 wohnhaften Restaurateurs R. hatte in der gleichen Nacht ein jämmerliches Stöhnen vernommen. Als gestern Abend ein Klempner der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, bei welcher Hennig zuletzt tätig gewesen war, in der Wohnung vergeblich Einlaß begehrte, um sich über das Fernbleiben seines Arbeitskollegen zu erkundigen, schäufte man Verdacht und benachrichtigte die Polizei. Bei der Vorrichtung, die jetzt gewaltsam aufgebrochen wurde, war auch die Sicherheitsleuchte vorgehängt. Ehe die beiden Eheleute am Montagabend in ihre Wohnung hinaufgingen, hatten sie noch Einkäufe besorgt und waren dann im S.ichen Lokale eingeleitet. Während Frau S. ein fröhliches Wesen zur Schau trug, war S. etwas gedrückt. Daß die Ehefrau schon jetzt geahnt hat, daß sie dem Tode entgegengeht, ist kaum anzunehmen. Im Laufe des getrigen Morgens fand in der S.ichen Wohnung durch die Untersuchungsbehörde ein Termin statt.

In der Frühstücksstunde verunglückte gestern vormittag auf einem Reubau am Bahnhof Tiergarten der 65jährige Maurer August Münz aus der Pestalozzistraße 29 dadurch, daß er beim Hebersteigen eines Balkens ausglitt und mit dem Kopfe auf einen eisernen Träger schlug. Bei dem Fall zog er sich eine acht Zentimeter große Wunde am Kopfe zu, die ihm der Arzt der Unfallstation Zoologischer Garten verband.

Der Berliner Arbeiter-Turnverein „Fichte“ hat im Jahre 1905, über das er jetzt seinen Geschäftsbericht veröffentlicht, die Wirkung der Drangsalierungen zu spüren gefiegt, die die staatliche Schulaufsichtsbehörde im Herbst 1904 gegen ihn begonnen hatte. Die Turnhallensperre, die damals über seine Schülerabteilungen verhängt wurde, ist noch in frischer Erinnerung. Der Verein „Fichte“ wurde durch diese Aktion plötzlich in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Die Schulaufsichtsbehörde hatte ihn in den Auf der Staatsgefährlichkeit gebracht und die bürgerliche Presse aller Schattierungen reichte ihn in die „sozialdemokratischen Vereine“ ein. Hier wie dort hoffte man ihm durch die „Brandmarkung“ Abbruch zu tun. Doch diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt.

Der „Erfolg“ jener Drangsalierungen war mindestens für die Abteilungen der Erwachsenen derartig, daß der Arbeiter-Turnverein „Fichte“ mit ihm zufrieden sein kann. Vom Jahresanfang bis zum Jahresende liegt die Mitgliederzahl bei den dreizehn Männerabteilungen von 977 auf 1078, bei den zwei Damenabteilungen von 202 auf 207, also bei den fünfzehn Abteilungen der Erwachsenen von 1179 auf 1285. Dagegen weichen die Abteilungen

der Jugendlichen allerdings einen Rückgang auf. Die Mitgliederzahl sank bei den zwölf Lehrlingsabteilungen von 662 auf 645, bei den vier Schülerabteilungen von 628 auf 633, also bei den sechzehn Abteilungen der Jugendlichen von 1290 auf 1178. Bei den Lehrlingsabteilungen ist ja der Rückgang nur ganz gering, sehr bedeutend ist er dagegen bei den Schülerabteilungen.

Den Schülerabteilungen dürfte die Warnung vor den „sozialdemokratischen Jugendführern“ keinen nennenswerten Schaden gebracht haben, aber hier scheint doch die Turnhallensperre nicht ganz ohne die erhoffte Wirkung geblieben zu sein. Der Arbeiter-Turnverein „Fichte“ läßt seit der Verhängung jener Sperre seine aus den städtischen Turnhallen ausgewiesenen Schülerabteilungen in privaten Sälen turnen, die er mit eigenen Geräten ausgestattet hat. Man turnt da nicht schlechter als in den Hallen der Gemeindefschulen. Aber die Auswahl der Säle bereitet mancherlei Schwierigkeiten, und nicht immer kann dabei vermieden werden, daß diesem und jenem Schüler ein weiterer Weg als bisher zugemutet wird.

Wir wünschen und hoffen, daß es dem Verein „Fichte“ gelingen möge, seine Schülerabteilungen ebenso wie seine Lehrlingsabteilungen wieder auf die frühere Mitgliederzahl und darüber hinaus zu bringen. Der Umstand, daß den Schülerabteilungen immer noch über 500 Knaben erhalten geblieben sind, zeigt mit erfreulicher Deutlichkeit, daß durch jene kleinliche Maßregelung schließlich doch nur sehr wenig erreicht worden ist. Die Bemühungen des Arbeiter-Turnvereins „Fichte“, auch die noch schulpflichtige Jugend durch Pflege des Turnens und des Schwimmens, der Spiele und der Wanderungen zu fördern, verdienen alle Unterstützung. Den Eltern seien sie hiermit erneut zur Beachtung empfohlen.

Ueber das Thema der Heimarbeit werden in den nächsten Tagen folgende Vorträge gehalten: Am Montag, den 19. Februar, abends 8 Uhr, im Friedrich Werberischen Gymnasium, Dorotseeufer 14, spricht Fräul. Marg. Behm über: „Was kann die Organisation für die Heimarbeit leisten?“ Am Dienstag, den 20. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerbegericht, Zimmerstr. 90, spricht Paul Göhre über: „Die Heimarbeit im Erzgebirge.“ Eintrittspreis 25 Pf. für Gewerkschafts- und Vereinsmitglieder 10 Pf. Die Heimarbeit-Ausstellung selbst unter den Linden 38 ist von 10 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends geöffnet.

Maxim Gorki, dem russischen Freiheitsdichter, ist der Unterhaltungsabend gewidmet, den die Ortsgruppe Berlin des „Deutschen Arbeiter-Studentenbundes“ am Sonntagabend 8 Uhr in den Arminkallen, Kommandantenstr. 20 veranstaltet. Genosse Stripp wird einen Vortrag über das Leben des Dichters halten und aus seinen Werken vorlesen. Gemütliches Beisammensein und Tanzfränzchen wird den Abend beschließen. In Anbetracht des niedrigen Eintrittsgeldes von 20 Pf. wird auf zahlreichen Besuch gerechnet.

## Vermischtes.

### Um die Toilettenschmerzen

der Frauen der sogenannten „guten Gesellschaft“ zu befriedigen, verschickt eine Berliner Firma einen Katalog, der folgende interessante Angaben über Toilettenkünste enthält mit der Versicherung, jede moderne Frau habe das nötig. Man höre nur, was da alles angeboten wird:

1. Firz-Fir, geschlich geschlüt, zur Erlangung lieblicher Körperfülle; 2. Lavendel-Komposition, geschlich geschlüt, um die Büste fest zu gestalten; 3. Tee-Purin, geschlich geschlüt, um schlanke, graziose Formen zu geben; 4. Waschlöscher, geschlich geschlüt, um die Haut stets glatt, zart, weich und weich zu halten; 5. Wasch- und Badepulver, geschlich geschlüt, um dem Körper einen feinen leichten Duft zu verleihen; 6. Toilette-Essig, geschlich geschlüt, um den Körper wunderbar zu erfrischen; 7. Rouge-Zemese, geschlich geschlüt, um der Haut einen zarten, natürlichen, nicht abweisbaren Rosenhauch zu verleihen; 8. Sommerproffen-Creme, geschlich geschlüt, und Sommerproffen-Wasser, geschlich geschlüt; 9. Nero, geschlich geschlüt, um die Augenbrauen und Wimpern unschädlich und haltbar zu färben; 10. Toilette-Puder, geschlich geschlüt, um dem Teint Schutz bei kalter und heißer Witterung zu verleihen; 11. Lippenrot, geschlich geschlüt, um die Farbe der Lippen zu einer künstlich schönen zu machen; 12. Parfa-Divina, geschlich geschlüt, gestaltet den Teint frisch und blühend wie den eines Kindes; 13. Kosmetisches Papier, geschlich geschlüt, zum Trocknen und Abwischen der Haut bei Transpiration; 14. Jugend-Creme, geschlich geschlüt, macht alle Hautfehler vollkommen unsichtbar; 15. Nagel-Email, geschlich geschlüt, gibt den Nägeln zauberhaften Glanz; 16. Augenbrauenhaft, geschlich geschlüt, verleiht Schwung und Glanz und befördert das Wachstum; 17. Amollin, geschlich geschlüt, verreibt jegliche Kakerläse; 18. Rinnbinde, geschlich geschlüt, beseitigt unter Garantie das Doppellid, hebt die gesunkenen Mundwinkel; 19. Stirnbinde, geschlich geschlüt, aus Jaspierleder und Watte, macht die Stirn blendend weiß, gibt den Augenbrauen eine schöne Form usw.

Wo nehmen die Frauen der „guten Gesellschaft“ Bloß die Zeit dazu her, um ihre Toilette modern zu gestalten, denn sie müssen doch auch dem Vergnügen obliegen. Aber schließlich haben sie ja sich um weiter nichts zu sorgen, als um zu gefallen. Die Arbeiterfrau kennt diese Toilettenkünste nicht, ihre Sorge gilt lediglich dem Kampfe ums tägliche Brot.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 63-66 pr. 100 Pfund, Ha 54-62, IIIa 49-53, IVa 39-47. Kalbfleisch Ia 82-90, Ha 65-80, IIIa 55-64, Dammeifisch Ia 62-73, Ha 56-62. Schweinefleisch 73-78. Netowid Pfund 0,50-0,58, Damwid 0,50-0,62. Hühner Stück 3,85-4,00, Kanarienvogel Stück 0,90-1,10. Hühner pro Stück, alte 1,20-3,00, junge 0,80-1,60, da. Ha 0,00-0,00. Tauben, junge 0,50-0,60, alte 0,45-0,50. Enten, Stück 1,75-3,50. Gänse pr. Pfd. Ia 0,00-0,00, Ha 0,00-0,00, russische 0,20-0,30. Schafschm 38 M., Rinder 13-21 M., pro 100 Pfd. Ochse 100-113, Schale, unfort. 00,00. Sale. groß 00,00, mittel 00,00; Wägen 55-56, Karren 00,00, Abteilungs 0,00, Seelachs 60-60 pr. 100 Pfd. Schottische Vollerlinge (gelesen) 40-44 M. Äter. Schaf 3,50-3,80. Butter pro 100 Pfund Ia 120-121, Ha 116-119, IIIa 115-116, abfallende 00-00. Kartoffeln pr. 100 Pfd. rote 2,00-2,20, weißen 0,00-0,00, blaue 0,00-0,00, runde weiße 1,80-2,00. Einkornbrot pr. Schaf 7,00-12,00, Weizenbrot pr. 100 Pfd. 3,25-3,75, Roggenbrot pr. Schaf 6,00-10,00, holz. 14-16 M. Saure Gurken, Schaf 2,00 M., Pfeffergurken 2,00 M.

### Witterungsüberblick vom 16. Februar 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. in C	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. in C
Zwettende	746	SO	2	Schnee	0	Haparanda	763	SO	2	Schnee	-1
Darmstadt	761	SO	3	Wolken	-4	Petersburg	770	SO	3	Schnee	-5
Berlin	763	SO	1	Regen	-1	Scilly	753	SO	4	bedeckt	8
Frankfurt	763	SO	1	bedeckt	-3	Aberdeen	742	SO	3	bedeckt	3
München	764	SO	1	bedeckt	-3	Paris	760	SO	1	wolkenl.	1
Wien	761	SO	2	bedeckt	1						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 17. Februar 1906. Nennlich trübe mit geringen Niederschlägen, schwachen südlichen Winden und langsam steigender Temperatur.

### Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 15. Februar. Elbe bei Ruffig + 0,06 Meter, bei Dresden - 1,43 Meter, bei Ragdeburg + 1,38 Meter. - Inn in bei Straußfurt + 1,45 Meter. - Oder bei Rathor + 1,04 Meter, bei Dresden Oberpegel + 4,88 Meter, bei Dresden Unterpegel - 1,50 Meter, bei Frankfurt + 1,55 Meter. - Weichsel bei Großmünde + 2,90 Meter. - Warthe bei Posen + 1,14 Meter. - Neße bei Wsch + 1,28 Meter.